



Landtag von Baden-Württemberg

88. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 3. April 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 14:31 bis 15:30 Uhr

Schluss: 17:45 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	5301	2. Aktuelle Debatte – Ja zum Klimaschutz – wirksamer Klimaschutz braucht Enthusiasmus und Realismus – beantragt von der Fraktion der CDU	5320
Umbesetzungen bei den Schriftführer/-innen und in verschiedenen Ausschüssen	5301, 5374	Abg. Paul Nemeth CDU	5320
Eintritt des Abg. Dr. Alexander Becker	5301	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	5322
Nachwahl eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat	5301, 5375	Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD	5325
Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung	5301, 5375	Abg. Andreas Stoch SPD	5327
Nachwahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe	5301, 5376	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	5329
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Martina Braun	5301	Minister Franz Untersteller	5331
1. Regierungsinformation durch den Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration zum Thema „Sicherheitsbericht 2018 des Landes Baden-Württemberg“ und Aussprache	5302	Abg. Claus Paal CDU	5335
Minister Thomas Strobl	5302	Abg. Gernot Gruber SPD	5335
Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	5310	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5336
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	5312	3. Aktuelle Debatte – Deindustrialisierung: Führt uns die verfehlte Mobilitätsstrategie der Landesregierung in die Massenarbeitslosigkeit? – beantragt von der Fraktion der AfD	5337
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	5313	Abg. Bernd Gögel AfD	5337, 5349
Abg. Bernd Gögel AfD	5314	Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE	5339
Abg. Sascha Binder SPD	5316, 5319	Abg. Winfried Mack CDU	5341
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	5317	Abg. Daniel Born SPD	5342
Abg. Thomas Blenke CDU	5318	Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	5344
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5319	Minister Winfried Hermann	5347
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	5320	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5350
		4. Regierungsbefragung	
		4.1 Stichtag für die Einschulung	5350
		Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5351, 5352
		Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	5351, 5353
		Abg. Sandra Boser GRÜNE	5351, 5352
		Abg. Daniel Born SPD	5351
		Abg. Beate Böhlen GRÜNE	5352, 5353
		Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	5353

<p>4.2 Eingriffe in den Straßenverkehr durch Autokorsos 5353</p> <p>Abg. Hans Peter Stauch AfD 5353</p> <p>Minister Thomas Strobl 5353, 5354, 5355, 5356</p> <p>Abg. Anton Baron AfD 5354</p> <p>Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP 5354</p> <p>Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD 5355</p> <p>Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD 5356</p> <p>4.3 Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Karlsruhe 5356</p> <p>Abg. Thomas Poreski GRÜNE 5356, 5358</p> <p>Minister Manfred Lucha 5356, 5357, 5358, 5359</p> <p>Abg. Stefan Teufel CDU 5357</p> <p>Abg. Rainer Hinderer SPD 5357, 5358</p> <p>Abg. Jürgen Keck FDP/DVP 5357</p> <p>Abg. Anton Baron AfD 5359</p> <p>4.4 Auswirkungen des Qualitätskonzepts im Kultusministerium 5359</p> <p>Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD 5359</p> <p>Ministerin Dr. Susanne Eisenmann 5359, 5360</p> <p>Abg. Raimund Haser CDU 5360</p> <p>5. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Einführung eines inklusiven Wahlrechts</p> <p>b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz über das Wahl- und Stimmrecht von Personen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksachen 16/5784, 16/5914, 16/5907 5361</p> <p>Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE 5361</p> <p>Abg. Ulli Hockenberger CDU 5362</p> <p>Abg. Daniel Rottmann AfD 5363</p> <p>Abg. Sabine Wölfle SPD 5364</p> <p>Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 5365</p> <p>Minister Thomas Strobl 5366</p> <p>Beschluss 5366</p>	<p>6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ausstattung der Schulen für Vorbereitungsklassen – Drucksache 16/1931 (Geänderte Fassung) 5367</p> <p>Abg. Gerhard Kleinböck SPD 5367, 5373</p> <p>Abg. Sandra Boser GRÜNE 5368</p> <p>Abg. Raimund Haser CDU 5369</p> <p>Abg. Anton Baron AfD 5370</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP 5371</p> <p>Ministerin Dr. Susanne Eisenmann 5371</p> <p>Beschluss 5373</p> <p>7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. März 2019 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Dritten Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag – 3. GlüÄndStV) – Drucksachen 16/5894, 16/5908 5373</p> <p>Beschluss 5373</p> <p>Nächste Sitzung 5373</p> <p>Anlage 1</p> <p>Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen bei den Schriftführer/-innen und in verschiedenen Ausschüssen 5374</p> <p>Anlage 2</p> <p>Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Nachwahl eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat . . . 5375</p> <p>Anlage 3</p> <p>Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung 5375</p> <p>Anlage 4</p> <p>Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Nachwahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe 5376</p>
--	--

Protokoll

über die 88. Sitzung vom 3. April 2019

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 88. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Balzer, Herr Abg. Filius, Herr Abg. Gall, Herr Abg. Herre, Frau Abg. Lösch, Herr Abg. Lorek, Frau Abg. Neumann-Martin, Herr Abg. Räßle und Herr Abg. Dr. Weirauch.

Seitens der Regierung haben sich aus dienstlichen Gründen entschuldigt: ab 16:30 Uhr Herr Ministerpräsident Kretschmann, ab 14 Uhr Herr Minister Hauk, bis ca. 15 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut und ab 17:30 Uhr Herr Minister Lucha.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt ist außerdem Herr Abg. Josef Frey, und zwar wegen der zeitgleich stattfindenden Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas in Stuttgart – in Straßburg; Stuttgart wäre auch nicht schlecht.

Außerdem ist Frau Staatsrätin Gisela Erler entschuldigt.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 27. März 2019 – Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2017 bis 2020 –, Drucksache 16/6004. Ich schlage vor, diese Mitteilung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der CDU für Umbesetzungen bei den Schriftführerinnen bzw. Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 1*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute einen neuen Kollegen begrüßen dürfen. Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 29. März 2019 mitgeteilt, dass Sie, lieber Herr Dr. Alexander Becker, mit Wirkung vom 1. April 2019 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 16. Landtags von Baden-Württemberg erworben und somit die Nachfolge von Frau Sylvia Felder angetreten haben. Im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen und wünsche Ihnen bei der Ausübung Ihres Mandats viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Ausgelöst durch den Mandatswechsel bei der Fraktion der CDU sind nun verschiedene Nachwahlen vorzunehmen.

Zunächst kommen wir zur Nachwahl eines Abgeordneten in den Oberrheinrat. Die Fraktion der CDU hat Herrn Abg. Dr. Alexander Becker als neues Mitglied des Oberrheinrats vorgeschlagen. Ein entsprechender Wahlvorschlag liegt auf Ihren Tischen (*Anlage 2*). Sind Sie damit einverstanden, in offener Wahl über diesen Wahlvorschlag abzustimmen? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit ist Herr Abg. Dr. Alexander Becker einstimmig in den Oberrheinrat gewählt. – Alles Gute!

Nun kommen wir zur Nachwahl in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung. Als Nachfolger für Frau Sylvia Felder schlägt die Fraktion der CDU Herrn Abg. Dr. Alexander Becker vor. Der Wahlvorschlag liegt Ihnen vor (*Anlage 3*). Stimmen Sie auch hier der offenen Wahl zu? – Das ist der Fall. Danke.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Danke. Somit ist Herr Abg. Dr. Alexander Becker als neues Mitglied in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung gewählt.

Für die Nachwahl eines Mitglieds in den Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters Karlsruhe schlägt die Fraktion der CDU Herrn Abg. Dr. Alexander Becker vor. Auch hierzu liegt der Wahlvorschlag auf Ihren Tischen (*Anlage 4*). Auch hier schlage ich vor, die Wahl offen durchzuführen. – Sie sind damit einverstanden. Danke schön.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist damit einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, es ist mir eine besondere Freude, jetzt noch ein Geburtstagskind in unseren Reihen zu begrüßen. Unsere Kollegin Frau Martina Braun feiert heute ihren Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich dir, liebe Martina, von Herzen alles erdenklich Gute und viel Spaß mit uns nachher bei der Feier.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungsinformation durch den Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration zum Thema „Sicherheitsbericht 2018 des Landes Baden-Württemberg“

und Aussprache

Nun erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg! Im letzten Jahr war es eine Premiere, und heute darf ich Ihnen zum zweiten Mal den Sicherheitsbericht des Landes Baden-Württemberg vorstellen.

Wir sollten die Debatte über die Sicherheitslage des Landes auch im nächsten Jahr – 2020 – unbedingt fortsetzen. Denn durch die Befassung dieses Hohen Hauses mit der Sicherheitslage in unserem Land erzeugen wir einen direkten Diskurs und damit auch maximale Transparenz und maximale Öffentlichkeit. Das ist sehr wichtig und sehr gut.

Warum ist das so wichtig? Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat, ja, in unser demokratisches Gemeinwesen hängt ganz wesentlich vom Vertrauen darauf ab, dass unser Rechtsstaat funktioniert, dass es dem Staat gelingt, das Gewaltmonopol durchzusetzen. Der Staat beansprucht das Gewaltmonopol für sich. Deswegen muss er auf der anderen Seite auch dort das Recht durchsetzen, wo dies notwendig ist.

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, sicher zu leben, sich sicher im öffentlichen Raum bewegen zu können, ja, sich frei und sicher fühlen zu können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir können stolz sein, dass das in Baden-Württemberg besser gelingt als anderswo.

Die Bürgerinnen und Bürger haben auch ein Recht darauf, sich ein Bild über die Lage der inneren Sicherheit in ihrem Land zu machen. Sicherheit ist auch ein wesentlicher Anteil am Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält, der Menschen motiviert, sich für diesen Staat, für unsere Gemeinschaft, für unser demokratisches Gemeinwesen zu engagieren, hinter diesem Staat zu stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, so viel kann ich vorwegschicken: Diese Sicherheitsbilanz und der vorliegende Sicherheitsbericht können sich sehen lassen. Unsere Bemühungen um die innere Sicherheit in unserem Land sind sehr erfolgreich, ja, sie machen mich stolz. Die Leistung der Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg ist erste Klasse.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Um es kurz vorwegzuschicken und zusammenzufassen: Wir können den stärksten Rückgang der Fallzahlen, das heißt der Zahl der Straftaten insgesamt, seit über zehn Jahren vermelden und gleichzeitig die niedrigste Kriminalitätsbelastung für die Bürgerinnen und Bürger seit 30 Jahren. Zugleich ist die

Aufklärungsquote die höchste, die es in der Geschichte der baden-württembergischen Landespolizei jemals gegeben hat – jedenfalls soweit wir das zurückverfolgen können. Herzlichen Dank an unsere Polizistinnen und Polizisten für diese gute Arbeit!

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Der vorliegende Sicherheitsbericht für das Jahr 2018 informiert umfassend über die Sicherheitslage im Land – im Positiven wie auch bei den Problemen, die wir selbstverständlich nach wie vor haben. Auf 133 Seiten lässt er das vergangene Jahr Revue passieren, fasst die polizeilichen Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung zusammen, geht auf die unterschiedlichen Straftaten ein und zeigt sicherheitsrelevante Entwicklungen auf. Der Sicherheitsbericht steht ab sofort allen Menschen im Land online auf der Internetseite des Innenministeriums zur Verfügung. Auch das hat etwas mit Transparenz zu tun.

Die Sicherheit der Menschen im Land kann jedoch nicht auf den Schutz vor Kriminalität reduziert werden. Wir müssen den Blick auch auf die Verkehrssicherheit richten. Daher greift der Sicherheitsbericht in diesem Jahr erstmals auch die aktuelle Verkehrssicherheitslage auf.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, konnten bereits in Vorbereitung auf die heutige Sitzung einen Blick in den Sicherheitsbericht werfen.

(Zuruf von der SPD: Wir haben ihn gelesen!)

Ich bin mir sicher, Sie kommen zum gleichen Fazit wie ich: Baden-Württemberg ist ein sicheres Land. Baden-Württemberg ist, was das Thema Sicherheit angeht, bundesweit Spitze. Dass dies so ist, verdanken wir der unermüdlichen und hervorragenden Arbeit unserer Polizei. Dafür ein herzliches Dankeschön – ein Dankeschön, das ich stellvertretend an den Landespolizeipräsidenten Gerhard Klotter richte. Danke, dass die Polizei jeden Tag für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, für unsere Sicherheit einsteht.

Danken möchte ich auch den vielen rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürgern im Land, die durch ihr rechtstreu Verhalten ihren Beitrag zu dieser guten Sicherheitslage leisten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Die dialektische Beziehung zwischen Freiheit und Sicherheit ist seit jeher eine Triebkraft unserer Kulturgeschichte. Schon immer ging es um das Austarieren der beiden Pole. Freilich wissen wir seit Wilhelm von Humboldt, dass in einem freiheitlichen Gesellschaftswesen beides zusammengebracht werden muss. Diese Freiheit in Sicherheit kann in Baden-Württemberg mehr als gut gelebt werden.

Wie gut es um die Sicherheit im Land bestellt ist, macht folgender Fakt deutlich: Die Kriminalitätsbelastung war mit knapp 5 200 Straftaten je 100 000 Einwohner zuletzt im Jahr 1990, also vor 30 Jahren, niedriger. Sie ist auch deutlich niedriger als im Bund. Dort liegt die Kriminalitätsbelastung im Jahr 2018 bei 6 710 Straftaten je 100 000 Einwohner. In Ba-

(Minister Thomas Strobl)

den-Württemberg sind es 5 200 Straftaten pro 100 000 Einwohner, im Bund liegt der Wert bei 6 710. Das lässt sich hören. Die Kriminalitätsbelastung für die Bürgerinnen und Bürger ist so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Und zweitens – das ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, mindestens genauso wichtig –: Immer seltener kommen Straftäter mit ihren Straftaten ungeschoren davon. Denn auch die Aufklärungsquote konnte abermals gesteigert werden – auf fast 63 %. Das ist ein historischer Höchstwert – auch im Bundesvergleich; denn dort liegt die Aufklärungsquote bei 57,7 % und damit um etwa fünf Prozentpunkte niedriger als in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Diese gute Sicherheitslage ist uns nicht in den Schoß gefallen, sondern sie ist hart erarbeitet. Sie ist das Ergebnis einer harten Arbeit, kluger Schwerpunktsetzungen und konsequenten Handelns. Und sie ist eine Mahnung für die Zukunft, nicht nachzulassen und die Weichen dafür zu stellen, dass Baden-Württemberg das bleibt, was es heute ist: ein sicheres Land. Getreu dem bekannten Motto „Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein“ arbeiten wir in Baden-Württemberg jeden Tag daran, noch ein bisschen besser oder im konkreten Fall noch ein bisschen sicherer zu werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine Bitte ist: Lassen Sie uns – auch in den nächsten Wochen und Monaten – nicht nachlassen.

Kommen wir zur Sicherheitsbilanz. Ich möchte Ihnen, verehrte Abgeordnete, zunächst sagen, dass es meine feste Überzeugung ist, dass die Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden und die Polizei in Baden-Württemberg so vielfältig sind, wie sie es nie waren. Trotzdem kann ich Ihnen heute Zahlen präsentieren, die so gut sind wie schon lange nicht mehr. Das zeigt: Wir machen auch nicht alles verkehrt.

Auf die breite Palette von Herausforderungen reagieren wir beispielsweise nicht mit dem Gießkannenprinzip, mit Zentralismus – „Einmal erdacht in Stuttgart, gut für das ganze Land“ –, sondern lageorientiert und zielorientiert oder, bildlich gesprochen, wie ein Chirurg mit dem Skalpell. Dabei tun wir gut daran, auf die Straftatenbereiche zu blicken, die in besonderem Maß das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen.

Das Gefühl von Sicherheit geht in erster Linie dann verloren, wenn man etwa in den eigenen vier Wänden von Kriminalität bedroht wird, wenn es einen Eingriff in die Wohnung, in die eigene Intimsphäre gibt, wenn die sexuelle Selbstbestimmung und damit die eigene Würde verletzt werden oder wenn ich mich in der öffentlichen oder auch der virtuellen Welt nicht mehr traue, mich sicher zu bewegen.

Schauen wir daher auf die Herausforderungen, die objektiv wie subjektiv Sicherheit beeinflussen, und schauen wir, wie wir diese angehen.

Wohnungseinbruchdiebstahl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Beginn unserer Regierungszeit blickten wir auf einen Höchststand bei der Zahl der Wohnungseinbrüche in unserem Land zurück. Ich habe gesagt: Das ist nicht hin-

nehmbar. Es war klar, dass Polizei und Politik mit aller Entschlossenheit handeln mussten. Und es wurde gehandelt.

Durch eine Strafverschärfung wird dem Unrechtsgehalt und den Folgen von Wohnungseinbrüchen nunmehr besser Rechnung getragen. Der Wohnungseinbruchdiebstahl stellt nunmehr einen Verbrechenstatbestand dar. Das hat weitreichende Folgen; die Anwendung von strafprozessualen Maßnahmen wird erleichtert. Niemals habe ich an die abschreckende Wirkung dieser Strafverschärfung geglaubt. Dass wir dadurch aber den Instrumentenkasten in der Strafprozessordnung vergrößert haben, hat uns bei der Bekämpfung dieser bandenmäßig organisierten Kriminalität – einer hoch mobilen und hoch technisierten mobilen Kriminalität – außerordentlich geholfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ganz entscheidend war aber darüber hinaus die Neuausrichtung innerhalb unserer Polizei. Mit personalstarken Ermittlungsgruppen der Schutz- und Kriminalpolizei, mit Fahndungsaktionen und mit neuen innovativen Ansätzen ist es gelungen, die Anzahl der Einbrüche deutlich zu reduzieren. Im selben Atemzug konnte die Aufklärungsquote deutlich erhöht und konnten Täter, die häufig für eine Vielzahl von Wohnungseinbrüchen verantwortlich gemacht werden können, dingfest gemacht werden.

Dieser Erfolg manifestiert sich auch in Zahlen: Im Jahr 2018 haben wir einen nochmaligen Rückgang der Fallzahlen um rund 16 %. Im Vergleich zum Jahr 2014 heißt das: Es ist uns gelungen, die Zahl der Wohnungseinbrüche zu halbieren und gleichzeitig die Aufklärungsquote um 50 % zu steigern. Das ist schon eine sensationell erfolgreiche Bilanz: 50 % weniger Einbrüche, 50 % mehr Aufklärung dieser Straftaten. Mehr geht fast schon gar nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es haben aber nicht nur die gesetzgeberischen Maßnahmen und die der Strafverfolgung gegriffen. Auch die Präventionsarbeit hat maßgeblich zur positiven Entwicklung beigetragen. Knapp die Hälfte der Einbrüche blieb im Jahr 2018 im Verursuchsstadium stecken.

Die Expertinnen und Experten der Polizei führten im vergangenen Jahr insgesamt 12 000 sicherungstechnische Beratungen vor Ort oder in einer der 35 polizeilichen Beratungsstellen im Land durch. Die baden-württembergische Polizei hat in diesem Bereich ungefähr 1 000 Beratungen gemacht.

Meine Damen und Herren, ich lese immer wieder, der Staat würde das Thema Wohnungseinbruchdiebstahl den Bürgern zuschieben, sozusagen nach dem Motto: Macht aus eurer Wohnung und eurem Haus eine Schutzburg. Das ist nicht wahr. Ich habe Ihnen aufgezählt, was wir polizeilicherseits alles getan haben. Aber die Bürgerinnen und Bürger können eben auch etwas tun. Beides zusammen bringt den Erfolg. Das ist unser Konzept, und das ist ein erfolgreiches Konzept.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mit speziell ausgestatteten Fahrzeugen des LKA können wir bei Bedarf im Übrigen schnell reagieren und mobile Beratungsgespräche zum Thema Einbruchschutz dort durchfüh-

(Minister Thomas Strobl)

ren, wo sie besonders notwendig und angebracht sind. So muss Prävention funktionieren. Höhere Aufklärung von Straftaten – so muss Repression funktionieren. Weniger Straftaten als Ergebnis einer klugen und richtigen Prävention und Repression.

Nun richten wir den Blick auf den öffentlichen Raum und hierbei auf die Kriminalität im Kontext der Zuwanderung. Die Zahl der durch Asylbewerber und Flüchtlinge begangenen Straftaten ging nach durchgängigen und hohen Zuwächsen bis ins Jahr 2016 auch im Jahr 2018 erneut zurück. Es dominieren weiterhin Körperverletzungsdelikte, Diebstähle und das Erschleichen von Leistungen.

Im Blick behalten werden wir die Entwicklung, dass sich nach wie vor insbesondere Körperverletzungen und Rauschgiftdelikte von den Flüchtlingsunterkünften in den öffentlichen Raum verlagern. Die Kriminalität von Menschen, die den Schutz unserer Gesellschaft in Anspruch nehmen, ist für das Sicherheitsgefühl der Menschen im Land und für den Rechtsstaat ein echtes Problem. Ich kann nachvollziehen, dass wir von denjenigen, die hier um Schutz nachsuchen, denen wir Schutz gewähren, auch erwarten, dass sie sich an die Regeln unserer Gesellschaft und insbesondere an das Strafgesetzbuch halten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr richtig!)

Das erwarten wir im Übrigen auch im Interesse derjenigen, die vor Gewalt, Vergewaltigung, dem Tod geflohen sind und sich in unserem Land anständig benehmen. Das ist der größte Teil.

Schon deshalb müssen wir unsere erfolgreichen polizeilichen Maßnahmen konsequent fortsetzen und den Blick auf diejenigen richten, die unsere Regeln brechen, ja, mitunter unsere Regeln verachten.

Spezielle Lagen erfordern auch in diesem Zusammenhang spezielle Maßnahmen. Auch hier geben wir eine maßgeschneiderte Antwort – einmalig in der Bundesrepublik Deutschland.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich würde vorschlagen, dass ich die Regierungsinformation am Stück vortrage. Dann haben wir noch ausreichend Gelegenheit, miteinander in eine Debatte einzusteigen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir nehmen Sie beim Wort!)

Auch hier geben wir eine maßgeschneiderte Antwort. Häufig gibt es ja den Vorwurf an die Politik, dass wir zielgenau und absichtsvoll immer nur die Falschen abschieben würden.

Um einer bestimmten Lage und eines großen Problems Herr zu werden, habe ich bereits zu Beginn des vergangenen Jahres den „Sonderstab gefährliche Ausländer“ in Baden-Württemberg eingerichtet. Selten, meine sehr verehrten Damen und Herren, war ein Konzept erfolgreicher.

Wir stellen fest: Das ausländerrechtliche Fallmanagement fruchtet. Seit seinem Bestehen konnte der „Sonderstab gefähr-

liche Ausländer“ insgesamt 57 dieser gefährlichen und komplexen Fälle erfolgreich abschließen, darunter 15 Gefährder und relevante Personen. Sie sind nun nicht mehr im Land. Damit haben wir für die Bevölkerung in unserem Land die Gefahr, die von diesen Personen in erheblichem Maß ausgeht, deutlich reduziert. Durch jeden von denen, die sich nicht mehr in Baden-Württemberg und in Deutschland aufhalten, wird ein Sicherheitsgewinn für die Menschen in diesem Land und eine Entlastung für die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden erzielt.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Aber das Beispiel der Gefährder macht auch klar: Uns geht es bei dem Sonderstab um die Gefährlichsten der Gefährlichen. Durch jeden – ob Gefährder, ob Schwerkrimineller –, der nach außerhalb des Landes verbracht wird, wird ein absoluter Gewinn für die Sicherheit erzielt.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wir wissen jetzt, wie es geht, und wir wollen das Erfolgsmodell „Sonderstab gefährliche Ausländer“ in die Fläche bringen. Wir haben zwischenzeitlich den ersten regionalen Sonderstab beim Regierungspräsidium Freiburg eingerichtet. Hierfür möchte ich mich nochmals insbesondere bei den Regierungsfractionen der Grünen und der CDU herzlich bedanken, dass sie uns das im Nachtragshaushalt zusätzlich ermöglicht haben.

Jetzt werden wir darauf blicken, ob auch dieser regionale Sonderstab so gut funktioniert wie der „Sonderstab gefährliche Ausländer“ im Innenministerium. Sollte das so sein – daran hege ich keinen Zweifel –, werden regionale Sonderstäbe in allen weiteren Regierungspräsidien folgen.

Kehren wir noch einmal zurück zum Thema „Gefährder und politisch motivierte Kriminalität“, kurz PMK. Ich sage ganz klar: Straftaten der politisch motivierten Kriminalität – egal, welcher Couleur – werden in Baden-Württemberg nicht geduldet. Es ist sonnenklar: Gewalt als Mittel der Politik – egal, ob von links, von rechts, religiös oder wie auch immer extremistisch motiviert – gibt es hier gar nicht und geht hier gar nicht.

(Zuruf von der AfD: Gibt es schon!)

Null Komma null Toleranz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Trotz der insgesamt rückläufigen Zahlen im Bereich der PMK bleibt die aktuelle Gefahrenlage für Baden-Württemberg weiterhin auf einem abstrakt hohen Niveau. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung.

Im Bereich „PMK – ausländische Ideologie“ haben wir einen deutlichen Anstieg der Zahl der Straftaten zu verzeichnen. Gerade in diesem Phänomenbereich werden Konflikte von außerhalb Deutschlands auf die Straßen Baden-Württembergs transportiert. Hierfür fehlt mir jegliches Verständnis.

Zahlreiche Einsatzlagen aufgrund des türkisch-kurdischen Konflikts haben die Polizei auch im vergangenen Jahr massiv gefordert. Das geht gar nicht.

(Minister Thomas Strobl)

Eine der größten Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden im Land, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nach wie vor der islamistische Terrorismus. Die Verhinderung eines Anschlags ist unser oberstes Ziel. Die Polizei und alle Sicherheitsbehörden arbeiten tagtäglich mit einem immensen Aufwand an dieser Zielsetzung.

Wir – der Landtag, die Politik – sind gefordert, die Rahmenbedingungen für diese wichtige Arbeit immer und immer wieder zu verbessern, den neuen Lagen anzupassen.

Noch einmal zur Verdeutlichung: In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Anzahl der islamistischen Gefährder in Baden-Württemberg mehr als verzehnfacht. Bei aktuell rund 100 Personen bei uns im Land Baden-Württemberg dürfte jedem klar sein, warum wir so viel Wert auf ein effektives Gefährdermanagement legen.

Ich habe mich daher auf der letztjährigen Innenministerkonferenz dafür starkgemacht, die Informationsbasis zu den Gefährdern zu verbessern. Die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern hat sich meiner Initiative angeschlossen. Aktuell wird unter der Leitung Baden-Württembergs das entsprechende Konzept hierfür tatkräftig erarbeitet. Wir müssen die gesamte allgemeinkriminelle Historie dieser hochgefährlichen Personen kennen, und das von Flensburg bis zum Bodensee. Jeder Streifenpolizist muss das in Echtzeit abrufen können.

Erst vor wenigen Tagen richtete mein Haus eine internationale Fachkonferenz zum internationalen Terrorismus mit Teilnehmern aus immerhin über 23 Staaten aus. Hochrangige Vertreter diskutierten über innovative Ansätze und Methoden zur Prävention und zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Meine Damen und Herren, das machen wir nicht aus Jux und Tollerei oder deshalb, weil wir ansonsten nichts Besseres zu tun hätten, sondern das machen wir deswegen, weil wir nach wie vor eine abstrakte Terrorgefahr in unserem Land haben,

(Abg. Anton Baron AfD: Woher kommt die bloß?)

die die Sicherheitsbehörden Tag für Tag beschäftigt und beschäftigten muss.

Die schrecklichen Anschläge in der Vergangenheit – zuletzt in Straßburg, also in unserer unmittelbaren Nähe – haben gezeigt, dass der islamistische Terrorismus ein länderübergreifendes Problem ist, das man auch nur gemeinsam, in einem starken Europa, bekämpfen kann.

Eine weitere wichtige Säule der Extremismusbekämpfung sind die Prävention und die Deradikalisierung. Im Koalitionsvertrag haben wir bewusst die Stärkung des konex und dessen Ausweitung auf alle Fälle des Extremismus vereinbart.

Seit Frühjahr 2018 bietet das konex Ausstiegsberatungen für rechtsextremistische Personen an. Auch im Bereich des islamistischen Extremismus besteht seit November letzten Jahres ein umfangreiches Beratungsangebot.

(Abg. Anton Baron AfD: Und Linksextremismus?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Beratungsangebot ist deswegen außerordentlich wichtig – um Ihnen ein Beispiel zu nennen –, weil Radikalisierung häufig im Umfeld

festgestellt wird, durch die Schwester, durch die Eltern, diese aber hilflos sind, nicht wissen, an wen sie sich wenden können, wo sie sich beraten lassen können.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit Linksterrorismus, Herr Strobl?)

Deswegen ist dieses Beratungsangebot, das wir jetzt durch konex anbieten – im Übrigen mitten in Stuttgart, in der Königstraße –, auch so wichtig.

Gleichwohl: Trotz all dieser Maßnahmen und Anstrengungen müssen wir uns eines aber stets vor Augen halten: Einen hundertprozentigen Schutz vor Terror gibt es nicht. Ich möchte Ihnen aber mit bestem Wissen und Gewissen versichern: Wir tun alles, um einen Anschlag in Baden-Württemberg zu verhindern.

Noch einmal: Wir haben weiterhin eine abstrakt hohe Terrorgefahr in unserem Land. Es ist gerade einmal ein Vierteljahr her, dass es diesen schrecklichen Anschlag, dieses Attentat auf den Straßburger Weihnachtsmarkt gab. Straßburg ist nicht irgendwo. Ich habe einige schwierige Stunden verbracht aus Angst, dass der Täter über die Rheinbrücke zu uns nach Baden-Württemberg geflüchtet ist. Straßburg ist Stuttgart. Das, was in Straßburg passiert ist, ist natürlich auch bei uns in Baden-Württemberg eine reale Bedrohungslage. Deswegen bleiben wir auch in Zukunft wachsam.

Widmen wir uns dem öffentlichen Raum. Dort, wo sich im Land Problemstellungen zeigen, lassen wir die Akteure vor Ort nicht allein. Uns ist es ein besonderes Anliegen, die Städte vor Ort ganz gezielt zu unterstützen. Wir analysieren die Situation im Land sehr genau und versuchen, maßgeschneiderte Konzepte, die vor Ort passen, zu entwickeln.

Wir tun dies mit Sicherheitspartnerschaften wie in Heidelberg und Freiburg, aber auch mit zahlreichen örtlichen Bekämpfungskonzeptionen. Diese polizeilichen Konzepte müssen sich an der örtlichen Lage orientieren und auch geografische Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Kollege Burger, ich war dieser Tage in Sigmaringen, ich war in Heidelberg, ich war in Freiburg, und ich möchte Ihnen sagen, dass wir überall, wo wir das machen, auf einem richtigen und einem erfolgreichen Weg sind. Das geht nicht nach dem Motto „Copy-and-paste“, sondern diese Konzepte brauchen einen maßgeschneiderten Anzug.

Vor einem Jahr habe ich bereits über die Erfolge der Sicherheitspartnerschaft mit der Stadt Freiburg und die erhebliche Verbesserung der angespannten Sicherheitslage in Freiburg gesprochen. Dieser Trend hat sich auch in der aktuellen PKS fortgesetzt.

Aber ich möchte auch sagen: Nichts ist so gut, dass man es nicht noch ein bisschen besser machen könnte. So haben wir uns nach der furchtbaren mutmaßlichen Vergewaltigung im Oktober letzten Jahres die Situation in Freiburg noch einmal ganz genau angeschaut.

Mit der Weiterentwicklung der Partnerschaft „Sicherer Alltag“ haben wir gemeinsam mit der Stadt Freiburg noch einmal punktgenau nachjustiert. Sicherheitspartnerschaften – auch die in Heidelberg – sind nicht in Stein gemeißelt, son-

(Minister Thomas Strobl)

dern sie sind ein dynamischer Prozess, den wir ständig weiterentwickeln, an dem wir ständig arbeiten. Wir werden auch künftig dort ansetzen, wo es erforderlich ist – mit maßgeschneiderten, individuellen Konzepten.

Beispielsweise haben wir in der letzten Woche im Polizeipräsidium Mannheim einen Sicherheitstag durchgeführt – 700 Polizistinnen und Polizisten, 24 Stunden im Einsatz, einmal richtig das Licht angeknipst, natürlich eine große Anzahl von Festnahmen, Funde von Rauschgift, Waffen und anderem mehr. Das ist für die objektive Sicherheitslage in unserem Land wichtig. Das ist aber auch für das Sicherheitsempfinden der Menschen wichtig.

Ich freue mich als Innenminister darüber, dass ich bei diesen Sicherheits- und Fahndungstagen, die natürlich auch eine Belastung für die Menschen in einer Stadt sind – weil möglicherweise der Verkehr stockt und anderes mehr –, noch nicht eine einzige Bürgerin und einen einzigen Bürger kennengelernt habe, die sich darüber beschwert hätten. Vielmehr finden die Menschen es gut, dass wir Kriminalität punktgenau und sehr effizient im Rahmen der Fahndungs- und Sicherheitstage mit großem personellen Aufgebot bekämpfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt bin ich bei Mannheim. Lassen Sie mich noch ein Wort zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländern, den vermeintlichen UMAs, sagen.

Beispielhaft für diesen Ansatz steht auch der Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Mannheim. Ende 2017 löste eine kleine Gruppe vorgeblich minderjähriger Migranten ein bundesweites Medienecho aus. Diese Gruppe fiel durch ein völlig untragbares Verhalten mit hoher krimineller Energie auf.

Ich weiß noch, welche öffentliche Häme über mich ausgeschüttet wurde, als ich mir den Hinweis erlaubt habe, dass wir zunächst einmal schauen sollten, ob die unbegleiteten minderjährigen Ausländer auch tatsächlich minderjährig sind. Tage- und wochenlang gab es Spott, Häme, nahezu Verachtung. Nur nebenbei: Letztlich haben unsere Überprüfungen ergeben, dass von 20 straffällig gewordenen, angeblich minderjährigen Ausländern exakt 19 falsche Angaben zum Alter gemacht haben. Ihr tatsächliches Alter lag zwischen 18 und 28 Jahren.

(Abg. Udo Stein AfD: Wer hat es beantragt? – Abg. Anton Baron AfD: Was gab es da für Strafen?)

Das sind eben keine Minderjährigen. Deswegen ist es richtig gewesen, auch wenn es in der Öffentlichkeit nicht so gut angekommen ist,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Im Gegenteil!)

dass wir einmal den Fokus darauf richten: Ist der UMA eigentlich ein UMA? Gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort haben wir Lösungsansätze entwickelt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Erst vor Kurzem konnte die Stadt Mannheim verkünden: Das Problem ist gelöst;

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

und es ist deswegen gelöst, weil wir nicht nur geredet, sondern gehandelt haben. Durch die enge Kooperation aller beteiligten Stellen griff ein Zahnrad ins andere. Aufenthaltsverbote, die sofortige und wiederholte Rückführung, die Trennung der Gruppe und Personenfeststellungsverfahren waren dabei die entscheidenden Erfolgsfaktoren. Das Beispiel zeigt anschaulich, dass erkannte Probleme angepackt werden und vor Ort gemeinsam eine Lösung gefunden wird – im Übrigen auch eine ressortübergreifende Lösung, lieber Kollege Lucha. Ich bedanke mich auch in diesem Fall für die gute Zusammenarbeit und für die Problemlösung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das zeigt aber auch: Wir dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen und müssen uns ständig fragen, wie wir noch besser werden können.

Die mutmaßliche Gruppenvergewaltigung in der Nacht zum 14. Oktober des vergangenen Jahres in Freiburg hat das Sicherheitsgefühl der Menschen nachhaltig erschüttert und uns natürlich alle betroffen gemacht.

Wir haben diesen Vorgang zum Anlass genommen, um auch ganz grundsätzlich die polizeilichen Handlungsabläufe und Strukturen genau zu analysieren und mögliche Optimierungspotenziale zu identifizieren. Ich kann Ihnen heute sagen: Das haben wir gemacht, und das haben wir zwischenzeitlich auch umgesetzt. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere drei Maßnahmen festgelegt, mit denen wir die polizeiliche Arbeit noch professioneller und noch effektiver gestalten können:

Wir haben die bereits vorhandenen Programme für die erwachsenen Mehrfach- und Intensivtäter in einem neuen Programm zusammengeführt.

Durch die zentralisierte, standardisierte und abgestimmte Bearbeitung bei Polizei, Justiz und Sonderstab gehen wir noch konsequenter gegen die Problemgruppe der Intensivtäter vor – unabhängig von Staatsangehörigkeit und Herkunft. Das heißt aber auch, dass sich alle beteiligten Behörden sprichwörtlich an einen Tisch setzen müssen, gemeinsam und abgestimmt handeln müssen.

Außerdem wurde das Haftbefehlsmanagement neu strukturiert. Künftig werden die Haftbefehle bei den Polizeipräsidien an einer Stelle gebündelt, von wo aus die weitere Steuerung, Priorisierung und Eingabe in das polizeiliche Fahndungssystem erfolgt. Das neue Konzept „Vereinheitlichung, Verantwortung, Struktur“ führt zu einem landeseinheitlichen Vorgehen.

Und wir legen – das ist mir persönlich besonders wichtig – künftig einen besonderen polizeilichen Schwerpunkt auf das Kriminalitätsphänomen Sexualdelikte. Deren Zahl ist im vergangenen Jahr noch einmal deutlich gestiegen. Hier werden wir nunmehr ganz gezielt ansetzen und alles dafür tun, diesen Trend zu stoppen –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

(Minister Thomas Strobl)

beispielsweise mit unserem Präventionsprogramm „Sicherheit unterwegs – Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum“, womit der von uns eingeschlagene Weg zur Bekämpfung von Sexualstraftaten konsequent und noch intensiver fortgesetzt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Botschaft lautet ganz klar: Frauen sollen den öffentlichen Raum nicht meiden,

(Lachen der Abg. Carola Wolle AfD)

sondern Frauen sollen selbstbewusst und aktiv rausgehen, und zwar zu jeder Tages- und Nachtzeit, überall in unserem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Eine Walther in der Handtasche!)

Eine weitere große Herausforderung, die uns intensiv beschäftigt, ist das Thema Cybercrime. Die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft sorgt dafür, dass Cybercrime und Cybersicherheit immer bedeutender werden. In das Visier von Cyberkriminellen können alle geraten – von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern über Wirtschaftsunternehmen bis hin zu staatlichen Einrichtungen.

Auch Personen des öffentlichen Lebens sind vor Hackerangriffen freilich nicht gefeit. Das hat das aufsehenerregende Datenleak im Dezember 2018 gezeigt, als private Daten von rund 1 000 Betroffenen – darunter viele von uns hier – in einer Art Adventskalender über den Kurznachrichtendienst Twitter unberechtigt veröffentlicht wurden.

Die im Januar 2019 eingeleiteten Ermittlungen führten binnen nur weniger Tage zur Festnahme des Tatverdächtigen. Dieser Fall zeigt einmal mehr die Gefahren, die in der digitalen Welt auf jeden von uns lauern.

Zur Bekämpfung der Cyberkriminalität wurden bei jedem Polizeipräsidium spezialisierte Kriminalinspektionen eingerichtet. Das haben wir flächendeckend in ganz Baden-Württemberg. Auch beim Landeskriminalamt kümmern sich Experten in einer eigenen Abteilung um diesen Phänomenbereich. Wir haben über 100 Kriminalisten und IT-Experten in der entsprechenden Abteilung im LKA angesiedelt.

Die ebenfalls dort angesiedelte Zentrale Ansprechstelle Cybercrime – kurz ZAC – steht insbesondere der Wirtschaft sowie öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen, auch jeder Bürgerin und jedem Bürger als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung, und zwar 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche.

Im Jahr 2018 hat die ZAC über 800 Hinweise und Anzeigen angenommen. Bei der Entstehung dieser Ansprechstelle war es ein Bruchteil. Das wird dort mit einer hervorragenden Arbeit bewältigt. ZAC ist auf Zack, unser LKA ist auf Zack.

Und niemand soll glauben, im Internet unbeobachtet Straftaten begehen zu können, niemand soll glauben, im Internet ge-

be es einen rechtsfreien Raum. Unser LKA und unsere Spezialisten sind auch dort unterwegs, und zwar mit einer erfolgreichen, hoch motivierten Truppe. Ich bin dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg für die wertvolle Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird, außerordentlich dankbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mit Projekten wie der Cyberwehr leisten wir zudem einmalige Pionierarbeit – deutschlandweit, vielleicht europaweit – für die Cybersicherheit von Unternehmen. Das ist einmalig in Deutschland. Das passt aber zu Baden-Württemberg, weil wir damit ganz konkret den Familienunternehmen, dem Handwerk und dem Mittelstand helfen.

Weil im Falle einer Cyberattacke neben der Strafverfolgung auch der schnellen Wiederherstellung der IT-Sicherheitssysteme große Bedeutung zukommt, sind hier bei der Cyberwehr Experten für die schnelle und praktische Soforthilfe über eine Hotline erreichbar – und auch das rund um die Uhr, 24 Stunden, sieben Tage die Woche.

Notfalls kommt die Cyberwehr vor Ort und leistet Erste Hilfe bzw. löscht sprichwörtlich „wie eine Feuerwehr“ den Brand nach einem Cyberangriff. Es ist in vielen Fällen auch unmittelbar gelungen, eine Cyberattacke abzuwehren.

Derzeit können sich rund 11 000 Unternehmen im Großraum Karlsruhe an die Cyberwehr wenden. Dieses Angebot werden wir Stück für Stück über das ganze Land Baden-Württemberg ausweiten. Unsere Cybersicherheitspolitik muss sicherstellen, dass die enormen Chancen und Potenziale, die die Digitalisierung bietet, ausgeschöpft werden können und die vermeidbaren Risiken und Angriffe beherrschbar bleiben. Cyberkriminalität, Cybersabotage, ja Cyberwar sind ernst zu nehmen und große Herausforderungen unserer Zeit. Denn Cyberangriffe und der Ausfall von Informationstechnologie können die innere Sicherheit in Baden-Württemberg erheblich einschränken.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist schon wahr: Je mehr wir digitalisieren, umso mehr machen wir uns auch angreifbar. Ja, es gibt eine digitale Achillesferse, und deswegen müssen wir achtsam sein.

Nur, eines möchte ich auch sagen: Das ist eine neue Herausforderung, und die werden wir nicht für lau bewältigen, sondern Cybersecurity kostet auch Geld. Wir werden unsere Informationssysteme nur „safe“ machen können, nur sicher machen können, wenn wir unsere Sicherheitsbehörden auch mit dem entsprechenden Personal und den entsprechenden sachlichen Mitteln ausstatten. Das sage ich mit Blick auf die kommenden Haushaltsberatungen: Auch hier werden wir investieren müssen. Wenn wir die Potenziale, die die Digitalisierung auch ökonomisch für uns bietet, nutzen wollen, dann gelingt uns das nur, wenn wir das hinreichend sicher machen. Wir müssen auch die entsprechenden Investitionen in Personal und Technik tätigen.

Wir wollen Vorreiter bei der Cybersicherheit sein. Deswegen müssen wir unsere gesamte Cybersicherheitsarchitektur optimieren. Deswegen werde ich in den nächsten Monaten auch für das Land Baden-Württemberg eine Cybersicherheitsstrategie, eine ganzheitliche Cybersicherheitsarchitektur erarbeiten.

(Minister Thomas Strobl)

Wir wollen erreichen, dass die Menschen, die Wirtschaft und der Staat in Baden-Württemberg angemessen vor Cyberrisiken geschützt sind und so auch die Chancen der Digitalisierung im Technologieland Baden-Württemberg genutzt werden können.

Ich habe Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, eingangs gesagt, dass das der erste Sicherheitsbericht ist, in dem wir auch das Thema Verkehrssicherheit in den Fokus nehmen. Ja, auch das ist ein wichtiges Thema für die Sicherheit in unserem Land.

Auch die Verkehrsunfallbilanz 2018 in Baden-Württemberg fällt erfreulicherweise positiv aus. Erstmals seit Jahren ist die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle leicht zurückgegangen. Insgesamt wurden durch die Polizei rund 320 000 Verkehrsunfälle erfasst. Bei neun von zehn Unfällen entstand lediglich Sachschaden.

Zwar kamen mit 440 Verkehrstoten 18 Menschen weniger ums Leben als noch im Vorjahr, aber ich möchte ganz deutlich sagen: Jeder Verkehrstote ist ein Verkehrstoter zu viel.

Alle 20 Stunden stirbt auf Baden-Württembergs Straßen ein Mensch – alle 20 Stunden! Das ist zu viel. Wir werden weiter an der „Vision Zero“ arbeiten, die wir, die Landesregierung, haben: die Vision eines Straßenverkehrs ohne Getötete und ohne Schwerverletzte und ohne das große Leid, das damit verbunden ist. Das haben wir weiter fest im Fokus.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Kinder übrigens, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Deswegen gebührt den Kindern besondere Aufmerksamkeit und Rücksicht im Straßenverkehr. In keinem anderen Land sind Kinder auf dem Schulweg und in der Freizeit bundesweit sicherer unterwegs als in Baden-Württemberg. Das ist mir auch besonders wichtig.

Zur positiven Bilanz in diesem Bereich trägt die Aktion „Sicherer Schulweg“ bei. Bei diesem Erfolgsmodell ziehen bereits seit 26 Jahren viele Partner der Verkehrssicherheitsaktion GIB ACHT IM VERKEHR erfolgreich an einem Strang. Besonders hervorheben möchte ich die Radfahrausbildung, bei der jedes Jahr rund 100 000 Schülerinnen und Schüler die Verkehrsregeln im praktischen Erleben vermittelt bekommen.

Erschreckend hoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Beteiligung von Motorrädern und Lkws an den tödlichen Verkehrsunfällen. Knapp die Hälfte der Verkehrstoten ist bei Motorrad- und Lkw-Unfällen zu beklagen – knapp die Hälfte!

Sorgen bereitet mir auch die Entwicklung bei den Fahrradunfällen. So mussten wir im Jahr 2018 mit 68 tödlich verunglückten Radfahrern einen bedauerlichen Anstieg um über 50 % verzeichnen. Jeder vierte tödliche Fahrradunfall passierte unter Beteiligung eines Elektrofahrrads.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Abschaffen!)

Etwa zwei Drittel der getöteten Radfahrer hatten keinen Fahrradhelm auf.

Was tun wir dagegen? Die konsequente Verkehrsüberwachung gehört auch hier zum polizeilichen Einmaleins. Die Unfallzahlen zeigen, dass vor allem in den Bereichen Geschwindigkeit, Ablenkung, Verkehrstüchtigkeit sowie auch beim Thema Sicherheitsgurt eine intensive Verkehrsüberwachung nach wie vor erforderlich ist. Die Polizei Baden-Württemberg setzt hierfür neben den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Polizeireviere etwa 750 spezialisierte Kräfte der Verkehrspolizei sowie modernste Verkehrsüberwachungstechnik ein. Wir konnten so ca. eine Million Geschwindigkeitsverstöße – davon etwa 19 000, die ein Fahrverbot nach sich zogen –, knapp 130 000 Gurtverstöße, fast 90 000 Handyverstöße und etwa 25 000 Verstöße wegen mangelnder Verkehrstüchtigkeit aufgrund von Alkohol und Drogen feststellen. Dies zeigt, wie eng die polizeiliche Verkehrsüberwachung an der Unfalllage ausgerichtet ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Das liegt vielleicht an den Tausenden Schildern! Da blickt doch keiner mehr durch!)

Um es klar zu sagen: Es geht mir in diesem Bereich nicht ums Kasse-Machen. Es geht um die Sicherheit, und es geht um Leben und Tod, auch in dieser Frage.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Neben der konsequenten Verkehrsüberwachung setzt die Polizei mit ihren Partnern der Verkehrssicherheitsaktion GIB ACHT IM VERKEHR aber auch stark auf eine zielgruppenorientierte Verkehrsprävention. GIB ACHT IM VERKEHR ist bundesweit einmalig und ein absolutes Erfolgsmodell. Deswegen werden wir das weiterführen. Innerhalb unserer Polizei sind landesweit ca. 250 Beamtinnen und Beamte hauptamtlich in der Verkehrsprävention tätig.

Der Sicherheitsbericht zeigt auf, dass wir sehr viel für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land investieren – Gott sei Dank. Dieses Invest zahlt sich aus. Wir werden immer besser. Unser Land wird immer sicherer. Das haben wir, die Landesregierung, uns ja auch auf unsere Fahnen geschrieben, und dementsprechend handeln wir in dieser grün-schwarzen Koalition.

Wir befinden uns derzeit mitten in der Umsetzung der einzigartigen und größten Einstellungsoffensive in der Geschichte der Landespolizei Baden-Württemberg. Noch einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren: Für die 1 500 zusätzlichen Stellen, die wir bis zum Ende der Legislaturperiode versprochen haben, sind die Anwärter bereits bis Mitte der Legislaturperiode in Ausbildung, und sie werden selbstverständlich zu Beginn des neuen Jahrzehnts kommen. Alles, was entgegen dem verbreitet wird – vor allem, was von denen verbreitet wird, die es fünf Jahre zuvor versäumt haben, diesen Personalaufwuchs zu machen –, entspricht nicht den Tatsachen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben ja wohl überhaupt keinen Plan! Sie haben doch vor zehn Jahren zu wenig Leute eingestellt! Sie haben doch Personal abgebaut!)

(Minister Thomas Strobl)

– Wissen Sie, verehrter Herr Fraktionsvorsitzender Stoch: Wir haben nicht nur einen Plan,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben keinen Plan!
Das dürfte klar sein!)

sondern wir haben den Plan inzwischen umgesetzt. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Sie reden immer von irgendwelchen Dingen – wir setzen die Dinge um und stärken unsere Polizei tatsächlich.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich habe die Planungen aus den vergangenen Zeiten mit 800 auszubildenden Polizistinnen und Polizisten in jedem Jahr ganz genau vor Augen. Das war Ihre Planung.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie auch von 200 während der CDU-Zeit gelesen?)

Wir haben jetzt 1 800 in der Ausbildung – nicht 800, sondern 1 800 –, 1 000 mehr, als die SPD in der Planung hatte, mit all diesen Schwierigkeiten. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Sie reden, und wir handeln tatkräftig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

So haben wir eine neue Polizeiausbildungseinrichtung in Wertheim und perspektivisch in Herrenberg sowie weitere Einrichtungen an den bisherigen Standorten. Wir schaffen neue Kapazitäten – Kapazitäten, die Sie im Übrigen geschlossen hatten –, um zusätzlich Polizistinnen und Polizisten auszubilden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Auch das haben Sie noch nie verstanden!)

Das ist ohne Frage ein gigantischer Kraftakt, aber einer, der es wert ist.

Wir haben Wort gehalten und mehr realisiert, als wir versprochen hatten, und wir haben es schneller umgesetzt, als wir es angekündigt hatten. Das, finde ich, ist eine gute Art, Politik zu machen: mehr zu halten, als man verspricht. So vielseitig der Polizeiberuf ist, so wird er auch gefahren.

(Lachen bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Herr Strobl, also wirklich!)

– Ja, das sind Fakten; da mögen Sie noch so vor sich hin kichern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da waren die noch nicht da! Die können das nicht beurteilen!)

So vielseitig der Polizeiberuf ist

(Lebhafte Unruhe)

– meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich diesen einen und ernsten – –

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, der Minister hat das Wort. – Danke.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Wenn Sie mir noch für einen wichtigen Punkt, der mich zutiefst besorgt – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch einmal eine Stunde!)

– Ich weiß, das ist zu viel für Sie, Herr Dr. Rülke; das Thema Polizei interessiert Sie bekanntermaßen nicht so sehr. Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie sollten mal zu Ihrer eigenen Fraktion schauen! Denen ist es nach zehn Minuten schon zu viel gewesen!)

So vielseitig der Polizeiberuf ist, birgt er jedoch auch Gefahren: Die Zahl der körperlichen Angriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen; die Fallzahlen sind im letzten Jahr um sage und schreibe 10 % gestiegen. Auch Rettungskräfte sehen sich immer öfter mit mangelndem Respekt, Beleidigungen und sogar körperlichen Attacken konfrontiert.

Als Innenminister des Landes Baden-Württemberg kann und will ich eine derartige Entwicklung und ein solches Verhalten nicht einfach hinnehmen. Und ich sage Ihnen auch: Ich werde nicht ruhen, bis wir dieser Entwicklung Herr werden. Wer tagtäglich für unsere Sicherheit sorgt und sich dafür nicht selten selbst in Gefahr bringt,

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

der hat Anerkennung und Respekt verdient, aber ganz sicher keine Gewalt. Das ist unsere klare Linie.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Unsere Aufgabe, ja, unsere Pflicht ist es, jene zu schützen, die uns jeden Tag rund um die Uhr schützen. Deshalb wurde auf dem 4. Landesweiten Tag des Opferschutzes, der zum zweiten Mal in meinem Haus stattfand, das Thema „Wenn Helfer zu Opfern werden – Gewalt gegen Polizeibeamte“ bewusst in den Fokus gerückt.

Von der landesweiten Einführung der Bodycam für unsere Polizistinnen und Polizisten erhoffe ich mir einen spürbaren positiven Effekt. Sie ist sicher kein Allheilmittel, aber ein vielversprechender Baustein und ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Bodycam wird es in Baden-Württemberg geben wie in keinem anderen Bundesland. In wenigen Wochen werden Sie in Baden-Württemberg in der Fläche keine Streife mehr ohne diese kleine Kamera sehen, die aus Beweis-sicherungsgründen, aber vor allem aus Gründen der Gewaltdeskalation so wichtig ist. Ich bin den Koalitionsfraktionen und dem Landtag von Baden-Württemberg sehr dankbar dafür, dass das Polizeigesetz zu einem frühen Zeitpunkt entsprechend geändert worden ist und wir eine solide rechtliche Grundlage haben, auf der wir dies tun können.

So konnten wir die beste Technologie, die es auf der Welt gibt, unseren Polizistinnen und Polizisten verfügbar machen. Wir konnten die Datenschutzfragen abklären, und wir speichern selbstverständlich nicht bei Amazon, sondern auf polizeieigenen Servern, die keine Schnittstelle zum Internet haben.

(Minister Thomas Strobl)

Das ist der Weg für ein sicheres Baden-Württemberg. Das ist ein guter Weg. Ja, es hat etwas länger gedauert, aber im Unterschied zur SPD haben wir es hinbekommen,

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Gabi Rolland SPD: Polizeiposten en masse abgeschafft!)

und die Polizistinnen und Polizisten wissen es zu schätzen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ist das Ihr Signal, wenn Sie Applaus wollen? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist die einzige Chance!)

Alles in allem können Sie erkennen: Wir schauen den Entwicklungen nicht teilnahmslos hinterher, sondern wir handeln. Wir handeln tatkräftig, und wir tun alles dafür, den Menschen in Baden-Württemberg ein freies Leben in Sicherheit zu ermöglichen. Das ist in Baden-Württemberg besser möglich als anderswo.

Herzlichen Dank an alle, die Tag für Tag mit uns daran arbeiten. Dieser Dank gilt den Polizistinnen und Polizisten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Sicherheitsbehörden und Blaulichtorganisationen.

Nicht zuletzt gilt mein Dank Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren im Landtag von Baden-Württemberg, für die Unterstützung in den vergangenen drei Jahren, insbesondere für die Unterstützung in den Haushaltsberatungen. Dieser Dank ist natürlich mit einer Bitte verbunden: Lassen Sie Ihre Unterstützung unseren Polizistinnen und Polizisten auch bei den kommenden Haushaltsberatungen zuteilwerden. Die baden-württembergischen Polizistinnen und Polizisten haben Ihre Unterstützung auch in Zukunft verdient, und die Menschen in Baden-Württemberg haben einen Anspruch darauf und haben es verdient, auch in Zukunft in einem sicheren Land leben zu dürfen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Schaut in die Gesichter! – Abg. Dr. Heinrich Fiechter [fraktionslos]: Viel, viel länger kann der Beifall nicht dauern!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungsinformation haben die Fraktionen eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr geradezu vor Kraft strotzender Auftritt, verehrter Herr Minister, erinnert mich an eine Anekdote, die Muhammad Ali zugeschrieben wird. Kurz vor dem Start seines Flugzeugs wird der Boxweltmeister gebeten, seinen Sicherheitsgurt anzulegen. Muhammad Ali erwidert daraufhin: „Superman braucht keinen Sicherheitsgurt.“

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die Stewardess überlegt kurz und bemerkt dann: „Superman braucht auch kein Flugzeug.“ Auf dieses überzeugende Argument hin schloss der Boxchampion den Sicherheitsgurt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und der SPD)

Diese Anekdote zeigt, dass eine gesunde, realitätsnahe und mitunter auch selbstkritische Betrachtung

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dafür ist die FDP jetzt auch nicht gerade bekannt!)

sinnvoll und auch dem eigenen Sicherheitsgedanken zuträglich ist.

Unbestritten – die FDP/DVP-Fraktion möchte die positiven Aspekte der Kriminalstatistik keineswegs kleinreden, vielmehr ausdrücklich anerkennen – sind wir stolz und dankbar für die Leistungen unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ihnen, die tagtäglich sprichwörtlich ihren Kopf für unsere Sicherheit hinhalten, sagen wir bewusst zu Beginn dieser Debatte ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Andreas Stoch SPD: Trotz dieses Innenministers!)

Andererseits dokumentiert der Sicherheitsbericht 2018, dass entgegen der Suggestion „Alles super, alles bestens“ eben nicht alles Gold ist, was glänzt. Herr Innenminister Strobl wird zwar nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die Gesamtzahl der Straftaten um 1,3 % zurückgegangen ist. Allerdings kann der Blick auf den Rückgang der Gesamtzahl der Straftaten im Land nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in einzelnen Bereichen der Kriminalität einen unerfreulichen, einen gegenläufigen Trend zu verzeichnen haben.

So steigt die für die Sicherheit der Gesellschaft besonders bedeutsame Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum seit geraumer Zeit an, und zwar im Vergleich mit dem Vorjahr um weitere 5,2 % – beklemmend und besorgniserregend, umso mehr, als dies mit einer Nichtbeachtung staatlicher Repräsentanten, allen voran unserer Polizei, einhergeht. An jedem einzelnen Tag im vergangenen Jahr wurden durchschnittlich sieben Polizistinnen und Polizisten verletzt und 75 Gewaltdelikte im öffentlichen Raum verübt. Dieser Situation müssen wir uns, dieser Situation muss sich die Politik stellen und entschlossen handeln.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Richtig!)

Anlass zur Sorge bieten auch die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Das Plus von 24,5 % ist auf den ersten Blick erschütternd. Dieser Blick wird zumindest partiell insofern relativiert, als dieser enorme Anstieg u. a. einer Gesetzesverschärfung, einer Änderung in der Statistik und einem verstärkten Anzeigeverhalten geschuldet ist. Andererseits darf dies nicht beruhigen, müssen wir doch neben der auch so schon viel zu hohen Zahl von einem großen Dunkelfeld ausgehen.

(Nico Weinmann)

Bedenklich und keineswegs mit den Superlativen in Einklang zu bringen ist zudem, wie sich die Rauschgiftkriminalität entwickelt hat: ein Plus von 8,5 %. Dabei darf es für uns keine Rolle spielen, ob in den Flüchtlingseinrichtungen oder im öffentlichen Raum gedealt wird. Sie haben gesagt, Herr Minister:

Im Blick behalten werden wir die Entwicklung, dass sich nach wie vor insbesondere Körperverletzungen und Rauschgiftdelikte von den Flüchtlingsunterkünften in den öffentlichen Raum verlagern.

Diese Aussage ist für uns insoweit nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Polizisten sagen uns hinter vorgehaltener Hand, ihnen fehlten Personal und Mittel, um die festgestellte Drogenkriminalität zu bekämpfen. So ist zwar der Dealer bekannt, aber mangels Personal und ausreichender technischer Mittel kann der Drogenhandel nicht aufgeklärt, kann das Recht nicht durchgesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand darf sich in der Öffentlichkeit fürchten müssen. Wenn es uns nicht gelingt, diese Furcht abzustellen, laufen wir, läuft unsere freie Gesellschaft Gefahr, an Legitimität zu verlieren. Seit geraumer Zeit erleben wir, dass der Rechtsstaat unter Druck steht, dass die Akzeptanz des Rechtsstaats schwindet. Der Rechtsstaat muss zeigen, dass er auf Straftaten unverzüglich und konsequent reagiert. Dazu ist es zwingend erforderlich, die Justiz so auszustatten, dass ausermittelte Sachverhalte auch schnell zur Anklage und zur Entscheidung kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein besonderes Augenmerk müssen wir auf das fehlende Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger legen. Insbesondere dürfen wir sie nicht aus parteipolitischen Kalkül in vermeintlicher Sicherheit wiegen; genauso wenig allerdings dürfen wir ein Schreckensszenario aufbauen, Baden-Württemberg wäre insgesamt keine sichere Heimat. Es gilt, reinen Wein einzuschenken.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Sagt Herr Weinmann!)

Gerade aber die Ausführungen zum „Sonderstab gefährliche Ausländer“ verdeutlichen uns, dass in unserem Land die Belange von Sicherheit und Migration noch immer nicht richtig in Einklang gebracht sind. So ist es zwar zu begrüßen, wenn gefährliche Ausländer aufgrund der Arbeit des Sonderstabs unser Land verlassen. Sicherheitsbehörden, Ausländerbehörden und die Justiz sollten allerdings flächendeckend so gut zusammenarbeiten, dass es solcher Sonderstäbe erst gar nicht bedarf. Hier haben die Landes- und die Bundesregierung noch viel nachzuholen.

Wir können nicht zufrieden sein, wenn im Zeitraum 1. Juni 2017 bis 31. Mai 2018 landesweit insgesamt 8 030 Abschiebungen geplant waren, davon aber 4 886 scheiterten, wenn in den zwölf Monaten bis Mai 2018 aus den Erstaufnahmeeinrichtungen im Land 583 Personen abgeschoben wurden, gleichzeitig 1 406 Abschiebungsversuche scheiterten. Hier,

sehr geehrter Herr Minister, vermischen wir schlechterdings das von Ihnen beschriebene konsequente Vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir sind gespannt, ob Sie bei der Gesetzesänderung mitmachen! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erst mal müsst ihr euch ja einigen!)

Das Landesamt für Verfassungsschutz spielt bei der Sicherheitsarchitektur unseres Landes eine gewichtige Rolle. Das LfV ist trotz gewachsener Aufgaben – ich sage es diplomatisch – personell unterversorgt. Auch die seit Jahren steigende Zahl islamischer Extremisten zeigt, dass Staat und Gesellschaft noch kein Mittel gegen diesen Fundamentalismus gefunden haben.

Auch das brandgefährliche Problem der dschihadistischen Kriegerückkehrer ist weiter nicht geklärt. Die in Regierungsverantwortung stehenden Parteien haben hier jahrelang die Umsetzung möglicher Lösungen vertagt und damit die Gesellschaft unnötig einer Gefährdung ausgesetzt – eine Situation, die wohl auch aufgrund des Rückwirkungsverbots nicht mehr geheilt werden kann.

Trotz der von Ihnen gemachten Ausführungen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität bleibt für uns zu attestieren, dass dieses Thema von der Landesregierung nach wie vor unterschätzt wird. Die Dunkelziffern in den Bereichen Skimming und Phishing sind enorm; die Schäden und der Verlust von Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit im Internet sind groß. Viel zu lange hat es beispielsweise auch gedauert, bis die Diskussion um Spionage mittels Huawei-Produkten unser Land erreicht hat. Auch hier ist von der soeben viel beschworenen konsequenten Sicherheitspolitik nicht viel zu erkennen. Wir dürfen unsere IT-Sicherheit nicht von bloßen Versprechungen chinesischer Unternehmen und der chinesischen Regierung abhängig machen. Dafür sind die Folgen konzertierter Angriffe viel zu verheerend.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Verbesserung der Situation müssen wir die offensichtlichen Baustellen bei Polizei und Justiz angehen. Die Polizei muss sieben Tage die Woche im öffentlichen Raum präsent sein. Dazu braucht es vor allem mehr Personal und eine Abkehr von organisatorischen Fehlern, wie die 250 Polizeibeamte unnötig bindende zentrale Verkehrsunfallaufnahme auf dem Land. Es braucht eine klare Perspektive, auch und gerade bei der personellen Entlastung, durch eine zureichende Ausbildung.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Der an manchen Orten festzustellenden Verwahrlosung des öffentlichen Raums sollte mit dem Einsatz des kommunalen Ordnungsdienstes, für den wir endlich einen einheitlichen Standard gesetzlich normieren müssen, begegnet werden.

Schlussendlich sollte mit Präventionsmaßnahmen, u. a. an Schulen, verstärkt für eine Wertschätzung unserer Gesellschaft, für ein friedliches Miteinander, eine gewaltfreie Konfliktbewältigung, die Achtung staatlicher Einrichtungen und

(Nico Weinmann)

Institutionen sowie deren Repräsentanten und die Achtung fremden Eigentums geworben werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen: Es ist nicht alles Gold, was glänzt.

Ich darf Sie, verehrter Herr Minister, noch in einem weiteren Punkt korrigieren – auch wenn dieser sicherheitspolitisch vielleicht nur eingeschränkt von Relevanz ist –: Baden-Württemberg ist prima – unbestritten. Aber dass Baden-Württemberg bei der Kriminalstatistik bundesweit Spitze sei, ist leider unzutreffend. So wurden 2017 in Baden-Württemberg 5 295 Straftaten je 100 000 Einwohner festgestellt, in Bayern 4 868. Für 2018 zeigt sich ein ähnliches Bild: Baden-Württemberg 5 191, Bayern 4 863.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ein Spitzenplatz, haben wir gesagt! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Nein, Sie haben gesagt, wir sind die Besten!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Es gibt noch viel zu tun. Die Statistik benennt klar die zentralen Fehler. Packen Sie es an, liebe Landesregierung! Wir unterstützen Sie als konstruktive Opposition gern bei sinnvollen Vorschlägen. Denn es geht um nicht weniger als die Sicherheit und die Freiheit der Menschen in unserem Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erlaube ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grüne und CDU haben im Koalitionsvertrag versprochen, dass Baden-Württemberg weiterhin eines der sichersten Bundesländer bleibt. Diesem Versprechen haben wir hinzugefügt, dass wir jährlich einen Sicherheitsbericht vorlegen werden – einen Sicherheitsbericht, der die Polizeiliche Kriminalstatistik und die Sicherheitslage in Baden-Württemberg transparent und für jeden nachvollziehbar darlegt. Wir haben Wort gehalten: Beide Versprechen haben wir eingelöst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Sicherheitsbericht macht es deutlich: Baden-Württemberg ist und bleibt weiterhin eines der sichersten Bundesländer. Unsere Sicherheitsbehörden arbeiten effektiv und effizient. Daher gilt an dieser Stelle mein Dank allen Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg, die sich täglich, trotz erheblicher Gefahren für ihre eigene Gesundheit, für die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Herzlichen Dank allen Polizeibeamten!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Stoch SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD und der FDP/DVP)

Für uns ist klar: Wir verurteilen Gewalt gegenüber den Menschen, die für ein friedliches, ein freies Leben eintreten, auf das Schärfste. Wir werden es nicht akzeptieren, wenn Polizistinnen und Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute sich zunehmend Gewaltdelikten ausgesetzt sehen.

Vor allem der engagierten Arbeit unserer Polizeibeamten ist es zu verdanken, dass wir sagen können: Die Kriminalitätsbelastung ist heute so niedrig wie zuletzt zu Beginn der Neunzigerjahre. Das ist ein großer Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das ist auch ein Erfolg, der aus der richtigen Schwerpunktsetzung resultiert. Im Bereich der Wohnungseinbrüche haben sich die Fallzahlen seit 2014 fast halbiert. Die politisch motivierte Kriminalität ist rückläufig, und es sind deutlich weniger Straftaten im öffentlichen Raum verübt worden. Die Maßnahmen, die die Koalition ergriffen hat, wirken. Sie haben zu einer stetigen Verbesserung der Sicherheitslage für die Menschen in Baden-Württemberg geführt. Für uns Grüne steht die Sicherung der Freiheit der Menschen in unserem Land im Vordergrund.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dafür stellen wir mit unserer beispiellosen Einstellungsoffensive ausreichend Personal für die Polizei zur Verfügung, und wir statten die Polizei gut aus. Wir haben die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen, damit die polizeiliche Laufbahn attraktiv bleibt. Wir sorgen für die notwendigen Ausbildungskapazitäten, und wir haben mit der Novellierung des Polizeigesetzes, insbesondere im Hinblick auf die Terrorismusabwehr und die Bekämpfung schwerster Kriminalität, der Polizei weitere Befugnisse an die Hand gegeben. Wir machen das, um die Freiheit in diesem Land weiter zu sichern. Der Bericht zeigt: Das wirkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Eigentlich, Herr Minister, könnte man den Sicherheitsbericht auch einen „Freiheitsbericht“ nennen; denn primäres Ziel staatlichen Handelns ist es ja,

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

den Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Wir setzen uns für die Sicherheit nicht um ihrer selbst willen ein, sondern deshalb, weil es ohne Sicherheit keine Freiheit gibt. Wenn Menschen Angst haben, kann schon diese Angst sie einschränken.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wenn für die Sicherheit die Freiheit aufgegeben wird, ist die Freiheit schon verloren!)

Unsere herausragende Aufgabe als Parlament ist und bleibt daher der Schutz der persönlichen Freiheit und der Grundrechte. Dabei ist das Sicherheitsgefühl der Menschen genauso wichtig wie die objektive Sicherheitslage. Gewalttaten im öffentlichen Raum erschüttern das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in erheblichem Maß.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Es ist schön, dass Sie das so sehen!)

Eine einzige Gewalttat kann ausreichen, Menschen einer gesamten Stadt für Monate zu verunsichern. Unsere Antwort da-

(Andreas Schwarz)

rauf ist daher: polizeiliche Präsenz stärken, Polizei gut ausstatten, für eine bürgernahe Polizei sorgen. Darauf kommt es an, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum führt dazu, dass sich Menschen auf Plätzen aufhalten. Es entstehen Orte der Begegnung und der Teilhabe. Wenn Menschen ihre Stadt, ihre Gemeinde als sicher empfinden, sind Plätze belebt und werden tatsächlich zu Orten, an denen soziale Kontrolle stattfinden kann. Das Risiko für Kriminalität sinkt, und das subjektive Sicherheitsempfinden steigt. Sichere öffentliche Räume erhöhen daher die Lebensqualität der Menschen in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Hier sind vor allem städtebauliche Konzepte gefragt. Angst-räumen muss entgegengewirkt werden. Klar ist: Hier gibt es keine Standardlösungen. Hier müssen Konzepte vor Ort entwickelt werden; die haben wir. Herr Minister, Sie sind auf ein paar eingegangen: der Nachtbürgermeister in Mannheim oder Initiativen in Freiburg wie „Ist Luisa da?“. Diese Konzepte unterstützen wir.

Meine Fraktion regt an, eine landesweite Koordinierungsstelle „Sichere öffentliche Räume“ einzurichten, die diese Konzepte bündelt, aufzeigt und weiterentwickelt, sodass die Best-Practice-Projekte für sichere öffentliche Räume ins ganze Land hinausgetragen werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU – Abg. Daniel Born SPD: Sie regieren seit acht Jahren!)

Um für sichere öffentliche Räume zu sorgen, brauchen wir keine schärferen Gesetze. Vielmehr werden vor allem mehr polizeiliche Präsenz und Gewaltprävention eine besondere Rolle einnehmen.

Eine permanente terroristische Bedrohungslage, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann unser Sicherheits- und Freiheits-erleben besonders beeinträchtigen. Gleichzeitig wissen wir – der Minister hat es ausgeführt –: Die Risiken im Straßenverkehr auf dem Weg zur Arbeit und gewöhnliche Kriminalität wie Wohnungseinbrüche oder Diebstähle betreffen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land häufiger und unmittelbarer. Wir dürfen uns die Tagespolitik und die Debatten daher nicht von Gefährdern und Terroristen diktieren lassen. Wir müssen uns gezielt um den gesellschaftlichen Zusammenhalt kümmern; denn eine zusammengewachsene Gesellschaft, soziale Kontrolle, gute nachbarschaftliche Strukturen bieten den besten Schutz vor Gewalt und Kriminalität im öffentlichen Raum.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir alle sind dazu aufgerufen, zur Sicherheit und zu einem freien Leben in diesem Land beizutragen. Denn es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass wir im nächsten Jahr, Herr Minister, wenn Sie den nächsten Sicherheitsbericht vorlegen, wieder sagen können: Baden-Württemberg ist und bleibt eines der sichersten Bundesländer.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Freiheit und Sicherheit hängen eng, und zwar direkt, zusammen. Kein Mensch lebt frei, wenn er nicht sicher lebt. Es ist die Kernaufgabe des Staates, für Sicherheit und Ordnung im Zusammenleben zu sorgen; in einem föderalen Staat ist dies die Kernaufgabe der Länder. Neben der Bildungspolitik ist die Sicherheitspolitik eine wichtige Aufgabe, der wir uns stellen.

Wir, die CDU-Fraktion, bekennen uns mit voller Überzeugung zu einer entschlossenen Politik der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg. Für uns ist Politik für einen starken Staat eine ganz entscheidende Voraussetzung für die bestmögliche Sicherheit für alle Bürger.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den
Grünen)

Der Minister hat die Sicherheitspolitik und die Erfolge dargestellt. Die Zahlen, die er genannt hat, sind erfreulich. Die Kriminalitätsbelastung der Menschen im Land ist die niedrigste der letzten 30 Jahre. Die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger leben heute so sicher wie seit einer ganzen Generation nicht mehr. Das ist eine gute, eine ausgezeichnete Nachricht und auch eine große Leistung aller, die gemeinsam für die innere Sicherheit im Land Verantwortung tragen. Deshalb auch von unserer Seite herzlichen Dank an alle Verantwortlichen, an alle Polizistinnen und Polizisten in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

In Baden-Württemberg ist die Zahl der Straftaten gesunken, und dies gleichzeitig bei einer historisch hohen Aufklärungsquote. Die Zahl wurde genannt: 63 % der Straftaten werden in Baden-Württemberg aufgeklärt; im Bund sind es fünf Prozentpunkte weniger. Es fällt auf: 2012 bis 2015 ist die Kriminalität von Jahr zu Jahr gestiegen. Seit 2016 zeigt die Kurve wieder streng monoton nach unten.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Wahrscheinlich liegt das an Ihrer Koalition!)

Besonders deutlich wird das gerade bei den Wohnungseinbrüchen. Deren Zahl hat sich im Vergleich zu 2014 halbiert. Ein Einbruch in die eigene Wohnung ist etwas, was Menschen im Privatesten, in ihrem Zuhause trifft. Insoweit zählt jeder verhinderte Einbruch für das Sicherheitsgefühl der Menschen doppelt. Auch hier hat der Bericht eine hervorragende Bilanz vorzuweisen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz
GRÜNE)

Wir erinnern uns an die große Verunsicherung, die das Thema noch vor wenigen Jahren ausgelöst hat. Stichworte sind: „Alarmierende Zahlen“ oder „Paradies für Einbrecher“, „Bürger fühlen sich im Stich gelassen“ – so schrieben die Zeitungen noch 2015. Das ist vorbei. Wir haben gehandelt. Wir haben in dieser Koalition Entscheidendes für die innere Sicherheit durchgesetzt.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Zu Recht wurde vom Kollegen erwähnt, dass wir die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen haben. Wir stellen mehr Polizisten ein – die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte der Landespolizei. Wir haben Polizeischulen wiedereröffnet, die vorher geschlossen worden waren.

(Beifall bei der CDU)

Wir gehen voran mit modernster Ausrüstung, mit bestem Schutz und zeitgemäßen Befugnissen für unsere Sicherheitskräfte. Wir stellen unsere Ermittlungsbehörden für neue Herausforderungen wie die Cyberkriminalität neu auf. Es ist richtig gesagt worden: Je mehr wir digitalisieren, umso angreifbarer werden wir. Deshalb ist der Satz „ZAC ist auf Zack mit Cyberwehr“ ein guter Grundsatz, der hier vom Minister dargestellt wurde. Darauf kommt es an.

Wir sorgen gemeinsam mit den Kommunen erfolgreich für Prävention. Wir hatten zu Hause kürzlich selbst einen Kripobeamteten bestellt, der uns zum Thema Einbruchsicherung beraten hat. Die Beamten machen hier einen tollen Job. Das hilft im ganzen Land. Das können wir den Bürgerinnen und Bürgern nur empfehlen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Die Entwicklung bei den Aggressionsdelikten muss uns Sorgen machen. Wir müssen nachdenken, warum die Hemmschwelle zur Gewalt immer häufiger fällt. 175 Angriffe auf Rettungskräfte – das ist erschreckend und macht fassungslos. Das gilt auch für die Zunahme von Sexualdelikten und Rauschgiftdelikten. Auch hier müssen Staat, Politik und Gesellschaft klar Flagge zeigen. Wer Helfer attackiert, greift uns alle an. Für den darf es in diesem Land keine Toleranz geben.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Deshalb war es richtig, dass der Bund die Polizisten und Rettungskräfte durch neue Straftatbestände besser und ausdrücklich schützt. Niemand darf sich öffentlich fürchten müssen.

Ich will auch nicht verschweigen: Der hohe Anteil ausländischer Täter bei den Gewaltdelikten ist nicht akzeptabel.

Es geht heute in der „Stuttgarter Zeitung“ auch darum: „Weniger Straftaten, aber mehr Angst“ war eine Überschrift. Jeder Fünfte fühlt sich nachts unsicher, wenn er vor die Haustür geht. Dem müssen wir begegnen, dem müssen wir mit mehr Polizeibeamten und nicht mit weniger begegnen. Auch das gehört dazu.

Hier haben wir immer noch Aufgaben vor uns. Gegen ausländische Kriminelle, gegen Gefährder muss der Rechtsstaat Konsequenz und Härte zeigen – ohne Wenn und Aber, gerade auch bei der Abschiebung.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Deshalb, meine Damen und Herren, gilt es jetzt die Erfolge nachhaltig abzusichern – natürlich auch mit den notwendigen Ressourcen. Der Kampf um die innere Sicherheit ist nie gewonnen. In diesem Kampf haben die Regierung, der Innenminister, unsere Polizei, unsere Sicherheitskräfte die volle Unterstützung der gesamten Landtagsfraktion. Das wird mein

Kollege Blenke, Vorsitzender des auch für Sicherheitspolitik zuständigen Arbeitskreises meiner Fraktion, nachher noch einmal nachhaltig unterstreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Abg. Sascha Binder SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, als ich heute Morgen oben im Verfügungsraum die erste Tasse Kaffee getrunken habe, habe ich einmal auf das Landtagsgelände geschaut und die Baustelle betrachtet. Ich habe mir überlegt: Bauen wir da Kinderspielplätze oder Begegnungsstätten? Da ist mir aber eingefallen: Nein, wir bauen dort Merkel-Poller, wirklich Panzersperren, und wollen den Landtag sicherer machen. Ich habe gedacht, das passt gut zu unserer heutigen Debatte und Aussprache über den Zustand der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD)

Herr Minister, Sie sprechen vom Rückgang der Fallzahlen und sagen sinngemäß stolz: „Baden-Württemberg ist und bleibt Spitze bei der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik.“ Aber von welchem Rückgang sprechen Sie, Herr Minister? Sie sprechen z. B. vom Rückgang der Einbruchzahlen. Ja, wenn sich der Bürger für 2 000 bis 4 000 € neue Sicherheitseingangstüren für sein Haus beschafft, wenn er sich statt zwei Hunden drei Hunde anschafft, wenn er den Zaun von 1,60 m auf 2,00 m erhöht und Stacheldraht draufsetzt, dann werden die Fallzahlen zurückgehen. Man muss zugestehen – das ist auch wirklich zu loben –, dass bei der Bandenkriminalität im Einbruchbereich Überwachungen an Autobahnen, an Autobahnraststätten, an Autobahnausfahrten und an sonstigen Brennpunkten dazu geführt haben, dass den Banden aus Osteuropa das Leben doch deutlich schwerer gemacht wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ja, Gewohnheitstäter sind vertrauenswürdig, und das insbesondere vor anstehenden Wahlen.

(Heiterkeit des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Man kann sich auf ihre kreative Interpretation von Statistiken hundertprozentig verlassen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Der Innenminister schönert erneut die Realität und täuscht die Bürger in unserem Land. Die Statistik ist zum größten Teil unklar, lückenhaft, versteckt die Dunkelziffer und liefert nur Bruchteile der Realität. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet nur ein Bild – das sogenannte Hellfeld – der Kriminalität ab, und nur dies kommt ans Tageslicht, nicht das viel größere Dunkelfeld. Sprich: Nur die Straftaten, die der Polizei in gut dokumentierter Form bekannt sind, werden gezählt und veröffentlicht.

Tatsächlich haben wir einen historischen Spitzenwert erreicht, einen Spitzenwert im Sinne der höchsten Kriminalität in Baden-Württemberg. Ich werde Ihnen das erklären.

(Bernd Gögel)

Erstens: Die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung hat dramatisch zugenommen. Dazu zählen vor allem sexueller Missbrauch und sexuelle Belästigung. Die traurigsten Zahlen sind in dieser Statistik – ich sage: Gott sei Dank – nicht vermerkt. Das sind die ständig steigenden Zahlen der Fälle sexueller Gewalt gegen Kinder, gegen Minderjährige. Diese müsste man vielleicht in manchem Kirchenregister suchen; vielleicht würden wir dadurch schlauer. Aber das ist eine traurige Zahl. 2017 waren 1 600 Fälle in Baden-Württemberg bekannt. Für das Jahr 2018 haben wir keine Zahlen gefunden.

Meine Damen und Herren, das Strafgesetzbuch sieht für sexuelle Nötigung eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren vor. Da aber die Kapazitäten der Justizvollzugsanstalten in unserem Land mehr als ausgeschöpft sind, bleiben diese Täter auf freiem Fuß, um erneut die gleichen oder neue Straftaten zu begehen.

Zweitens: Die Zahl der strafrechtlichen Rauschgiftdelikte, Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum ist seit 2014 stark gestiegen. Hier ist besonders zu erwähnen: Bei Menschen mit vorhandener Duldung sind die Zahlen um über 60 % und bei Kontingentflüchtlingen, Schutz- und Asylberechtigten sogar um 366 % gestiegen.

Drittens: Die Zahl der Tatverdächtigen nimmt innerhalb eines Jahres enorm zu. Doch wer sind eigentlich diese Tatverdächtigen? Das frage ich Sie, meine Damen und Herren. Das sind die schutzbedürftigen, asylsuchenden, hervorragend ausgebildeten, aggressiven, jungen, stark traumatisierten Mehrfachtäter, die vor niemandem Respekt haben, nicht einmal vor unseren Polizeibeamten. Das sind diejenigen, die kurz vor der Abschiebung stehen und hierzulande aus reiner Langeweile ihre Machoausbrüche aus den Asyl- und Flüchtlingsheimen auf die Straßen unserer Städte verlagern.

Meine Damen und Herren, Vertrauen ist gut. Die AfD sagt: Kontrolle ist besser. Eine unserer ersten Grundforderungen in dieser Zuwanderungskrise war die Wiedereinführung der Grenzkontrollen.

(Beifall bei der AfD)

Nur wenn wir diese Kontrollen wieder einführen, können wir die innere Sicherheit im Land spürbar verbessern. Mit offenen Grenzen, ohne dass Sie wissen, wer in dieses Land kommt und mit welcher Absicht diese Person in dieses Land kommt, wer diese Person ist, wird es Ihnen schwerlich gelingen, die innere Sicherheit spürbar zu verbessern.

Zweitens fordert die AfD mehr Effektivität im Justizsystem. Diese muss wieder hergestellt werden, sprich eine Rechtsprechung mit dem Schwerpunkt Opferschutz statt Täterschutz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Drittens: Wir lehnen jede Aufweichung der bestehenden deutschen Strafgesetzgebung aufgrund der Rücksichtnahme auf Rechtsnormen aus anderen Kulturkreisen vehement ab.

(Beifall bei der AfD)

Die Polizeibeamten in unserem Land sind mit der ganzen Situation in Baden-Württemberg nicht nur überfordert, sie sind einfach nicht mehr in der Lage, den Bürgern die Sicherheit zu garantieren. Wie auch, wenn sie selbst zu Opfern werden? Die Zahl der Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte im Land ist um 10,6 % gestiegen. Auch die Fallzahlen bei den Tätern, die sich als Polizeibeamte ausgeben, sind alarmierend. Im Jahr 2014 gab es 84 solcher Fälle. Vier Jahre später – ich habe das in der Statistik vier Mal lesen müssen – sind es weit über 7 000 Fälle.

Ich frage Sie, Herr Strobl: Glauben Sie denn wirklich, dass Baden-Württemberg hinsichtlich der inneren Sicherheit bundesweit an der Spitze ist? Wussten Sie, dass die Zahl der Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum und im Personenverkehr seit 2017 um 8 % gestiegen ist und dass fast jedes zweite dieser Delikte von Asylbewerbern oder Flüchtlingen verübt wird?

Bürger im Land, die zu Opfern von Gewalt werden, zeigen Straftaten zunehmend weniger an, weil sie überwiegend Angst vor wiederholter Gewalt der Täter haben, weil sie behaupten, die Erstattung der Anzeige bei der Polizei führe ohnehin zu nichts und werde weniger Konsequenzen haben, weil die Ermittlungsverfahren wegen Überlastung und Unterbesetzung von Polizeidienststellen nicht bearbeitet würden.

Auch wenn die landesregierungsfreundliche Statistik nur einen Bruchteil der Wahrheit darstellt und die Dunkelziffer vertuscht, vertuscht dieses Manöver nicht die Realität, die sich auf unseren Straßen abspielt, meine Damen und Herren. Wie sollen die Bürger in unserem Land nicht verunsichert sein, wenn selbst die Polizeibeamten verunsichert sind? Auf die unkontrollierte Einwanderungswelle hat uns niemand vorbereitet. Wie lange noch müssen wir die Fehler der verantwortungslosen Merkel-Regierung hinnehmen?

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Wenn es nicht dazu gekommen wäre, hätten wir jetzt keine zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen und keine Terrorwarnstufen. Wir hätten unsere Freiheiten, die wir uns selbst gegeben haben, die immer mehr eingeschränkt werden. Den Terror haben wir importiert. Will unser Innenminister unsere Polizeibeamten nun zu Terrrorspezialisten ausbilden, quasi zu Soldaten, die bis an die Zähne bewaffnet durch die Städte laufen?

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ein Quatsch! – Gegenruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Schon jetzt beschafft die Polizei Kriegswaffen und rüstet auf. Unsere Polizeibeamten benötigen Polizeihunde, um eskalierende Lagen nur ein wenig zu beruhigen. Nein, die Bürger in unserem Land wünschen sich einen Rechtsstaat, der sie schützt und die Verbrecher endlich bestraft.

(Beifall bei der AfD)

Sie wollen nicht, dass unsere Städte wie jene in Kriegsgebieten aussehen, wo an jeder Ecke ein voll bewaffneter Polizist in Kriegsausrüstung steht.

(Bernd Gögel)

Meine Damen und Herren, der Preis für die Öffnung der Grenzen ist zu hoch. Diesen können wir uns nicht leisten, dieser ist einfach nicht bezahlbar. Wir, die AfD, fordern deshalb alle Demokraten auf:

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Demokraten?)

Setzen Sie sich für die Wiedereinführung des Grenzschutzes ein und damit für eine der Grundvoraussetzungen, um die innere Sicherheit wiedererlangen zu können.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir gerade von der AfD gehört haben, zeigt, dass diese Partei die innere Sicherheit nicht verstanden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU – Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD)

Denn wer meint, man könnte der Sicherheitslage in Europa und der Welt mit nationalstaatlichen Antworten kommen, der wird den Herausforderungen in der Sicherheitspolitik in Europa nicht gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir brauchen mehr Zusammenarbeit mit Europol, mehr Zusammenarbeit mit den befreundeten Ländern und keine nationalstaatlichen Antworten auf international agierende Kriminelle.

(Abg. Anton Baron AfD: Und die Gefährder fallen vom Himmel, oder was? – Abg. Carola Wolle AfD: Das eine tun, das andere nicht lassen!)

Ich habe es schon vor einem Jahr gesagt: Wir finden es richtig und begrüßen es auch, dass die Landesregierung zusätzlich zur Kriminalstatistik einen Sicherheitsbericht abliefern, weil er mehr Informationen über die Sicherheitssituation in Baden-Württemberg gibt, als es eine reine Kriminalstatistik tun kann. Deshalb ist es auch wichtig, darüber zu diskutieren, auch wenn wir uns gefreut hätten, man hätte zuerst im Parlament darüber diskutiert

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

und hätte das Parlament rechtzeitig über das Interesse, eine Regierungsinformation abzugeben, informiert. Dann hätten wir nicht über vier Tage hinweg die Tagesordnung ständig durcheinanderwirbeln müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sehen aber auch ganz im Sinne des vom Kollegen Weinmann gezeichneten Bildes, dass dieser selbst ernannte Superman über diesen Sicherheitsbericht hinwegfliegt. Man hätte, wenn man sich die Rede des Innenministers vergegenwärtigt, auf eine Regierungsinformation verzichten können, weil er

nämlich die Erkenntnisse dieses Sicherheitsberichts, vor allem seine dunklen Seiten, nicht ernst nimmt.

Dagegen hat der Innenminister davon geredet, welcher toller Erfolg sein „Sonderstab gefährliche Ausländer“ ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist richtig, dass man koordiniert in einer Innenverwaltung arbeitet. Aber wenn der Innenminister schon von der größten Errungenschaft in der Sicherheitspolitik dieses Landes spricht, wenn innerhalb eines Jahres gerade 57 Fälle erfolgreich abgeschlossen wurden, und er nicht sagen kann, wie viele Fälle insgesamt durchgelaufen sind, welche gar nicht zum Tragen gekommen sind, wenn er den Sonderstab auch noch in einem Fall wie Freiburg hervorkehrt, bei dem der Sonderstab gar nicht für diesen Straftäter zuständig war, dann muss er sich sagen lassen: viel, viel Luft und wenig Inhalt bei dieser Rede des Innenministers.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ja, wir brauchen Konzepte für den Umgang mit gefährlichen Intensivtätern – unabhängig von der Nationalität. Da sind die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion GRÜNE eher in der richtigen Richtung unterwegs. Die Polizei macht das auch bereits und koordiniert in Bezug auf diese Intensivtäter, wie der Landeskriminaldirektor auch im Innenausschuss deutlich gemacht hat. Die Polizei ist in vielem schon weiter als der Innenminister.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Rottmann AfD meldet sich.)

Insofern ist an die Polizei in diesem Land Dank zu sagen, an die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die aufgrund der Personalsituation und der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte unter großem Stress, unter großem Druck stehen. Deshalb herzlichen Dank für Ihre Arbeit in diesem Land!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Binder, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

Abg. Sascha Binder SPD: Nein. – Sie haben nach dem Fall in Freiburg vieles angekündigt, u. a. dass Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu einem Schwerpunkt der Arbeit in diesem Land werden sollen. Wir verzeichnen in diesem Bereich im Jahr 2018 eine Zunahme um ca. 25 %. Aber dieses Thema spielt in Ihrer Regierungsinformation gerade einmal in zwei Sätzen eine Rolle, während Sie auf über zweieinhalb Seiten über diesen tollen Sonderstab reden.

Sie haben in Ihrer Rede ein einziges Konzept genannt. Das erste Quartal 2019 ist schon abgelaufen, und Sie haben uns noch immer nicht gesagt, wie Ihre Konzeption aussieht – ein Totalausfall in diesem Deliktbereich.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben wieder ein paar Zahlen genannt; ich will sie gar nicht immer wieder nennen. Sie können doch einfach Ihren Landespolizeipräsidenten fragen, der Ihnen Auskunft über die Planungen der früheren Landesregierung zu den Ausbildungsstellen gibt. – Da brauchen Sie nicht abzuwinken, Herr Minister. Lesen Sie einmal Ihre eigene Drucksache. Auf die Fra-

(Sascha Binder)

ge, wie viele Stellen mehr – Sie haben 1 500 Stellen mehr versprochen.

(Minister Thomas Strobl: Die kommen!)

– Nein, die kommen eben nicht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Er hat gesagt, die sind schon da!)

Sie haben gesagt: 900 Vollzugsstellen und 600 Stellen im Nichtvollzugsbereich. Ihr eigenes Ministerium sagt, zum Ende der – –

(Minister Thomas Strobl: Die sind in Ausbildung!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Strobl – –

Abg. Sascha Binder SPD: Sagen Sie es ruhig.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat vorhin so wenig Redezeit gehabt!)

– Er hat vorhin so wenig gesagt. Er hat hier im Parlament schon über eine Stunde gesprochen. Aber wenn er noch etwas zu sagen hat, kann er sich ja noch einmal ans Redepult stellen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

257 Stellen mehr haben Sie bis zum Ende der Legislaturperiode in Aussicht gestellt. Keine einzige Stelle mehr – so die Aussage Ihres eigenen Ministeriums.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus!)

Damit bleiben Sie weit hinter Ihren eigenen Versprechungen zurück. Sie haben den Fehler gemacht, dass Sie am Anfang Köpfe und Stellen miteinander verwechselt haben. Dann haben Sie immer noch behauptet, Sie schafften mehr Stellen, obwohl die ganze Polizei und alle in diesem Hohen Haus, die etwas von der Polizei verstehen, schon wussten, dass Sie dies nicht erreichen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, messen wir Sie an Ihren Versprechungen – die Sie nicht halten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie sind ein Innenminister, der überhaupt nicht auf das Thema Prävention setzt. Sie haben zum Thema Prävention kein einziges neues, innovatives Konzept. Die Grünen helfen Ihnen schließlich mit ein paar Präventionsmaßnahmen. Dann lassen Sie das gerade einmal außen vor.

Die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Prävention vor allem im öffentlichen Raum spielt keine Rolle. Sie schauen auch nicht nach, ob die Landkreise, die seit der Verwaltungsreform für die kommunale Kriminalprävention zuständig sind, ihrer Aufgabe gerecht werden und ob sie die Stellen auch entsprechend verwenden.

Zum Thema Prävention ist in diesem Innenministerium, unter diesem Innenminister nicht viel zu sehen. Wenn ich daran denke, welche Bedeutung das Thema Prävention unter einem

Innenminister Rech, einem Innenminister Birzele oder einem Innenminister Gall hatte, kann ich nur sagen: Seit Sie im Amt sind, spielt Prävention keine Rolle.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde gibt es keine Wortmeldung von der FDP/DVP-Fraktion. Ist das richtig? – Okay.

Dann spricht für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der verbleibenden Zeit möchte ich nur wenige Anmerkungen zu der Debatte um Neueinstellungen bei der Polizei machen. Verehrter Kollege Binder, wir sollten diese Debatte irgendwann mal beenden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wer hat sie denn begonnen? Der hat doch Unfug erzählt!)

Ich glaube, die Leute draußen sind es leid, über Monate und Jahre hinweg die gegenseitigen Schuldvorwürfe zu hören: Wer schmückt sich mit was? Wer ist für was verantwortlich?

Lassen Sie uns doch mal gemeinsam nach vorn blicken. Wir müssen die Polizei immer stärken; das ist völlig klar. Die Zusage, dass die 1 500 Stellen kommen, steht. Bei den Nichtvollzugsstellen sind schon jetzt 70 % besetzt. Das heißt, wir werden die Zusage Ende 2019 eingelöst haben. Bei den Vollzugsstellen gehen wir aufgrund der Anwärterzahlen davon aus, dass wir es ebenfalls schaffen, dass die 900 Stellen besetzt werden. Es sind jetzt schon über 270 Stellen besetzt, sehr geehrter Herr Kollege Binder.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir haben eine dynamische Entwicklung nach vorn. Es hängt auch davon ab, wie lang die Ausbildungszeit ist: mittlerer Dienst 30 Monate, gehobener Dienst 45 Monate. Je nachdem kommt dann die Einstellung.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Etatisiert werden die Stellen selbstverständlich erst dann, wenn die Leute vor Ort eingestellt werden. Das ist völlig klar. Verlassen Sie sich drauf: Diese Zusage steht. 1 500 neue Stellen mit dieser Koalition, meine Damen und Herren, das ist, glaube ich, eine wichtige Ansage.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Zweites Thema: sichere öffentliche Räume. Wir tun mehr, als Sie uns negativ unterstellen. Selbstverständlich spielt das Thema Prävention eine wichtige Rolle. Die ganzen Sicherheitspartnerschaften mit den Kommunen und die ganzen konzeptionellen Ansätze, die wir für sichere öffentliche Räume haben, bestehen aus präventiven Maßnahmen. Da arbeiten Sozialpolitik, Polizei, Kriminalprävention und andere zusammen. Sie werden es sehen. Es wächst natürlich. Es gibt noch kein vollständiges Konzept für das Land Baden-Württemberg. Aber über diese einzelnen Module wächst das.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Zum Schluss werden wir ein Konzept haben, das eine gesunde Mischung aus Prävention und Restriktion bietet und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger stärken wird. Das ist sowieso ein Punkt, meine Damen und Herren, an dem wir arbeiten müssten. Wir können nicht akzeptieren, dass wir zwar eine gute Kriminalstatistik vorlegen können – das hat der Innenminister heute eindrucksvoll gemacht –, gleichzeitig aber feststellen, dass die gefühlte Sicherheit vieler Menschen auch hier im Land Baden-Württemberg nicht so gut ist, dass Verängstigung da ist und Angst vor Kriminalität besteht. Diese beiden Dinge müssen wir wieder zusammenbringen. Das erreichen wir nicht durch Reden des Kollegen Gögel, der die Leute nur weiter verunsichert,

(Abg. Anton Baron AfD: Nicht verunsichert! Realistisch!)

sondern das erreichen wir mit guter Arbeit

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

und mit dem Werben um Zutrauen in die Sicherheitsmaßnahmen unseres Landes, unserer Polizei und unserer Sicherheitskräfte. Da sind wir auf einem guten Weg. Das machen wir weiter. Dann lassen wir uns zum Schluss gern an unseren Taten messen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

Abg. Thomas Blenke CDU: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es jetzt wirklich belegt bekommen: Die objektive Sicherheitslage in unserem Land ist gut.

(Zurufe der Abg. Daniel Rottmann und Anton Baron AfD)

Davon unterscheiden muss man das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Das muss man sehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Dunkelziffer!)

Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung leidet schon dann, wenn ein kleiner Diebstahl stattfindet. Für das Opfer stellt sich dann die Frage nach dem Vertrauen in den Rechtsstaat. Deswegen muss man das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung neben der objektiven Sicherheit ganz im Fokus haben.

Ein Beispiel ist das Thema Wohnungseinbrüche. Ich darf es noch einmal aufgreifen. In den Jahren 2012 bis 2014 ist die Zahl der Wohnungseinbrüche im Land um 50 % angestiegen.

(Abg. Anton Baron AfD: Woran lag's? Woran lag's?)

Das hat das Rechtsempfinden, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung massiv beeinträchtigt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es dauerte bis zum Jahr 2016, dass dies in der Koalition unter Führung von Innenminister Strobl zu einem polizeilichen

Schwerpunktthema gemacht wurde – und es wirkt: Die Zahl der Einbrüche hat sich gegenüber dem damaligen Datum halbiert, und die Aufklärungsquote hat sich verdoppelt. Das ist immer noch zu viel, aber es ist nicht mehr dieses verunsichernde Thema, das es noch vor fünf Jahren war, liebe Kollegen von der SPD, lieber Kollege Binder.

(Abg. Anton Baron AfD: Woran lag es, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche hochgegangen ist?)

Die Polizei braucht im Rechtsstaat Befugnisse, um handeln zu können. Das unterscheidet den Rechtsstaat vom Polizeistaat. Die Polizei darf nur das tun, was wir, die Politik, ihr erlauben.

Ich möchte ein kleines Beispiel ansprechen. Wir bekommen jetzt die schon viel zitierte Bodycam. Jede Streife bekommt sie jetzt, und das ist wirklich gut so, Herr Minister. Jede Bodycam darf von der Polizei nach geltendem Recht nur im Freien genutzt werden, nicht in geschlossenen Räumen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Also hier drin nicht!)

Ich nenne Ihnen einmal ein praktisches Beispiel aus einem fiktiven Polizeieinsatz: Wirtshausschlägerei, im Biergarten Bodycam an, im Schankraum Bodycam aus. Das kann man niemandem erklären. Wir wollen das ändern, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt – was Kollege Weinmann sagte –: Zu wenig Abschiebungen gelingen, richtig. Sie, die FDP, sind herzlich eingeladen – und wir werden das aufmerksam beobachten –, das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene zum Geordnete-Rückkehr-Gesetz mitzumachen. Vielen Dank.

(Abg. Anton Baron AfD: Das verhindert doch die SPD!)

Jetzt noch ein paar Worte zum Thema Personal. Ja, wir brauchen mehr Polizei, lieber Kollege Binder. Wenn Sie immer beklagen, was wir angeblich vor zehn Jahren versäumt haben, dann frage ich zurück: Warum haben Sie das vor fünf Jahren nicht behoben?

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten in der letzten Wahlperiode Personal einstellen können, aber Sie haben sich damals mit Strukturreformen beschäftigt und keine Einstellungen vorgenommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Deswegen haben wir die Probleme, über die wir heute reden, und deswegen müssen wir heute bei der Polizei so massiv einstellen, und das werden wir tun, in dieser Wahlperiode – Kollege Sckerl hat es gesagt; das Versprechen steht – und auch in der Zukunft. Wir müssen auch beim kommenden Haushalt darüber nachdenken: Wir brauchen zusätzliche Verstärkung für unsere Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Und Schutz!)

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Ich bin beim vorletzten Satz. – Das sagen wir, meine Damen und Herren, auch laut – nicht deswegen, damit der Innenminister am meisten bekommt, sondern deswegen, damit die Bevölkerung das bekommt, was sie zu Recht erwartet, nämlich maximalen Schutz vor Verbrechen. Das sehen wir als unsere politische Daueraufgabe an, und der werden wir nachkommen. Wir machen Baden-Württemberg jeden Tag ein kleines bisschen sicherer.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Kollege Blenke,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja! Hier!)

auch wir sehen das so: Wir brauchen mehr Polizei. Wir geben Ihnen auch recht – wobei ja Ihre Forderung nach den zusätzlichen Stellen jetzt schon wieder ein bisschen schwächer war: Sie können uns glauben, wir nehmen es Ihnen ab, dass es der CDU-Fraktion bei ihrer Forderung nach 2 000 Stellen weniger um den Innenminister als vielmehr um die Sicherheit in diesem Land geht. Das nehmen wir Ihnen auf jeden Fall ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Witzle gemacht! Schöne Schote!)

Zum Polizeigesetz: Legen Sie es doch vor! Warum legen Sie denn kein Polizeigesetz vor? Sie müssen es wegen des Datenschutzes vorlegen. Sie müssen es wegen der Geschwindigkeitsmessung vorlegen, wegen des Scannens von Autokennzeichen. Nichts ist passiert.

Gerade haben Sie davon gesprochen, man müsse der Polizei etwas zur Verfügung stellen, damit sie etwas für die innere Sicherheit tun könne. Warum machen Sie es denn nicht? Wir haben es bei dieser gerade genannten Maßnahme mit einer verfassungswidrigen Maßnahme zu tun. Beim Datenschutz passiert nichts. Die Debatte ist doch eigentlich beendet. Der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE hat vorhin in seinem Wortbeitrag gesagt: Wir machen keine Verschärfung des Gesetzes.

Damit können Sie doch jetzt ein Polizeigesetz vorlegen, das endlich im Einklang mit dem europäischen Recht steht.

Herr Kollege Sckerl, wir sind uns ja einig. Es gibt Probleme beim Personal – das ist keine Frage –, aber man muss, wenn man Versprechen macht, überlegen: Wie nenne ich es, und kann ich es innerhalb von fünf Jahren einhalten? Wir nehmen das, was am Anfang der Legislaturperiode gesagt worden ist, und nicht das, was während der Legislaturperiode aufgrund eines Lernprozesses des Innenministers dann immer wieder abgewandelt worden ist. Denn Sie wissen genauso gut wie ich, dass Anwärterstellen keine Stellen im Stellenplan dieses Haushalts sind, und deshalb sollte man auch an dieser Stelle bei der Wahrheit bleiben.

Über die Herausforderung in dieser Frage sind wir uns völlig einig, und dass wir eher wieder Kapazitäten nach oben gefahren haben, wissen Sie auch so gut wie ich. Wenn jemand ge-

rade einmal 200 Anwärterinnen und Anwärter in einem Jahr ausbildet und keine vorausschauende Personalplanung vornimmt und jetzt versucht, mit allen Anstrengungen, das Problem woanders abzuladen, dann machen wir an dieser Stelle nicht mit und werden auch in Zukunft an dieser Stelle nicht mitmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insofern denken wir, dass wir bei der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg gut unterwegs sind, und hoffen, dass der Innenminister die Polizei in Zukunft in Ruhe arbeiten lässt – dies kann der inneren Sicherheit dieses Landes nur guttun – und keine Fake News verbreitet wie auf der Pressekonferenz, als er behauptete, Baden-Württemberg sei das sicherste Land in Deutschland, und auf Nachfrage eines Journalisten nicht einmal sagen konnte, wie er das belegt. Der Kollege Weinmann hat gerade das Gegenteil bewiesen. In der inneren Sicherheit sollte man auch mit Sätzen und Sprüchen sicher umgehen. Dafür hat man als Innenminister eine besondere Verantwortung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Lieber Herr Innenminister Strobl, ich habe Sie eigentlich immer für einen der seriöseren Vertreter dieser unseligen grün-schwarzen Regierung gehalten und tue dies nach wie vor. Aber vor diesem Hintergrund sollten Sie Ihrem Redenschreiber wirklich einmal die Ohren langziehen, denn was Sie hier abgeliefert haben, ist eine Statistik, die reif für die Tonne ist.

Als ich am 21. Februar über das attributable Risiko sprach, gab Andreas Schwarz – er ist leider nicht anwesend – von den Grünen zu, dass Mathe für ihn Zirkus sei. Neuerdings bezweifle ich aber auch, dass die CDU, wenn es um Mathe geht, wirklich Kenntnis hat; denn wenn ich etwas halbiere, dann bedeutet das, dass ich es in zwei exakt gleiche Hälften teile. Nehmen wir einmal die Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche, die so rühmend hervorgehoben wurden: Die Zahl lag im Jahr 2014 bei 13 483, jetzt liegt sie bei 7 126. Die Hälfte liegt aber bei 6 741,5. Die tatsächliche Zahl liegt also um fast 400 höher. Wenn man den Bezugszeitraum noch weiter verlängert auf 2009, so beträgt der Abfall der Zahl der Wohnungseinbrüche noch nicht einmal 5 %.

Diese ganze Statistik ist also ein Pfeifen im Wald, eine Schönfärberei von Sachverhalten, die einfach so nicht sind. Es ist nicht nur das Gefühl, das die Menschen treibt, dass sie unsicher sind, sondern es sind schlicht und ergreifend auch die Fakten. Nehmen Sie einfach einmal die Zahl der Verbrechen gegen das menschliche Leben:

(Abg. Claus Paal CDU: Angstmacherei!)

Die Zahl der Morde ist um 25 % gestiegen, die Zahl der Verurteilungen um 50 % – bei den Nichtdeutschen sind es plus 100 %, bei den Asylbewerbern plus 383 %.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Wenn man dann noch die Gefährder sieht – ein großes Potenzial; Sie sprechen so locker von 100 Gefährdern – und sich den Dschihadismus-Kongress vor Augen führt, dann erfährt man, dass sich die Definition von „Gefährder“ geändert hat und mittlerweile gar nicht mehr alle als Gefährder eingestuft werden, die früher als solche eingestuft worden sind – und von diesen Leuten haben wir nach wie vor 100. Wenn wir dann noch berechnen, dass pro Gefährder 50 bis 80 Polizisten nötig sind, um diese Leute 24 Stunden am Tag zu überwachen, dann sind das 7 500 Polizisten, also etwa ein Drittel aller Polizisten in diesem Land.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig absurd!)

Und Sie wollen uns weismachen, dass es in diesem Land besser wird!

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Es hätte mich gefreut, wenn Sie statt einer Selbstbeweihräucherung den Bürgern dieses Landes reinen Wein eingeschenkt hätten, denn die Sachlage in unserem Land ist wirklich trübe. Aber vielleicht kommt ja auch wie in Nordrhein-Westfalen die Erkenntnis, wie wir jetzt lesen durften, dass die tatsächliche Zahl ...

(Abg. Karl Rombach CDU: Zum Schluss!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... der Clans in Wahrheit doppelt so hoch ist, wie man geglaubt hat. Vielleicht kommt irgendwann auch einmal die Wirklichkeit zum Tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Strobl, Ihre Abschiebepolitik ist schlecht, grottenschlecht. Dabei wäre gerade die Abschiebung mit das wichtigste Instrument zur Verbesserung der Sicherheitslage. Die Abschiebungsquote hat sich von 2017 auf 2018 verschlechtert; Herr Weinmann hat es Ihnen vorgezeichnet. 2017 waren es noch über 50 %, 2018 unter 40 %, bezogen auf die Zahl der Anträge. Dabei könnten Sie mit einem Schlag, Herr Minister Strobl, rechtlich völlig einwandfrei 57 124 Leute abschieben. Von wem spreche ich? Ich spreche von den Syrern, die hier sind.

Meine Damen und Herren, die Lage in Syrien hat sich grundsätzlich verändert. Es gibt keinen Bürgerkrieg mehr, Assad hat eine Generalamnestie erlassen, und er braucht die Leute, aber wir brauchen sie hier nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal und Thomas Marwein GRÜNE)

Daher haben wir nicht nur die Möglichkeit, sondern die Pflicht, diese Leute in ihre Heimat zurückzuführen. Denn im Gesetz steht ganz klar: Sobald sich die Bedingungen für das Bleiberecht ändern – also die Situation in dem Land –, ist es

angezeigt. Dann müssen wir diese Leute zurückschicken; dann haben sie kein Bleiberecht mehr.

Daher fordere ich Sie auf, meine Damen und Herren, dass wir im Landtag in der nächsten Sitzung den Beschluss fassen: Abschiebung dieser 57 124 Syrer in einer absehbaren Zeit von zwei Monaten und –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da können Sie warten bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag!)

– Bitte?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Darauf können Sie lange warten!)

– Natürlich, solange die Grünen an der Regierung sind, können wir endlos darauf warten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein solcher Beschluss ist völkerrechtswidrig!)

Deswegen ist es ja allerhöchste Zeit, dass Sie nicht mehr an der Regierung sind, Herr Sckerl. Das ist das Problem.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sind Sie Assad-Jünger, oder was?)

Das Problem sind nicht die Syrer, sondern die Grünen und die Roten.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Völliger Realitätsverlust!)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gedeon soll in Urlaub nach Syrien gehen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Ja zum Klimaschutz – wirksamer Klimaschutz braucht Enthusiasmus und Realismus – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Rededzeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion hat diese Debatte zum Thema Klimaschutz beantragt, weil uns das Thema sehr wichtig und sehr ernst ist. Es sollte kein Thema für nur eine Partei sein, sondern es braucht alle Parteien.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Guter Ansatz!)

(Paul Nemeth)

Keine Partei sollte so tun, als hätte man alle Patentlösungen parat. Es gibt in diesem Bereich nicht eine einzige Wahrheit, sondern mehrere Wahrheiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist auch klar, dass wir alle hier mehr tun müssen als in der Vergangenheit. Es ist für uns auch klar: Es ist kein reines Umweltthema, sondern ein Thema, das alle Ebenen der Politik betrifft. Es betrifft die Wirtschaft, die Privatpersonen, den Verkehr, den ländlichen Raum, und es betrifft alle Ebenen von Brüssel über Berlin, über Stuttgart bis zu jeder Gemeinde in Baden-Württemberg und Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

In der Diskussion um das Klimaschutzgesetz hat der Umweltminister uns, der CDU, Hinhaltetaktik vorgeworfen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da hat er recht!)

Wir finden, das ist unredlich. Deshalb weisen wir das auch mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

Die CDU Baden-Württemberg hat sich hier nichts vorwerfen zu lassen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Du persönlich schon!)

auch nicht von den Grünen. Wir, die CDU-Fraktion, haben dem Klimaschutzgesetz – wir haben ja schon ein Landesklimaschutzgesetz – in der Opposition zugestimmt. Es gab kein anderes Gesetz im Umweltbereich, dem wir in der Opposition zugestimmt haben. Diesem haben wir zugestimmt. Wir, die CDU, haben 2007 – das war Neuland – das E-Wärme-Gesetz beschlossen und verabschiedet.

(Beifall bei der CDU)

Von uns kommt die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg. Baden-Württemberg war das erste Bundesland, das eine Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt hat. Das Programm „Klimaschutz-Plus“, mit dem wir uns jedes Jahr loben, ist von der CDU 2002 eingeführt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Auch das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung wurde von einem CDU-Ministerpräsidenten vor über 30 Jahren gegründet, von Lothar Späth.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Paal CDU: Toller Mann! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Der CDU bleibt das Thema Klimaschutz ein wichtiges Anliegen. Wir haben deswegen auch vorletzte Woche mit den streikenden Schülerinnen und Schülern das Gespräch gesucht. Ich kann Ihnen sagen: Das ist unbequem, aber für alle Parteien. Die Schülerinnen und Schüler fordern von allen politisch Tätigen mehr Anstrengungen. Wir haben jetzt auch gelesen, dass

sich der Ministerpräsident und der Umweltminister mit den Demonstranten getroffen haben. In der Onlineausgabe der WELT war zu lesen – der Regierungssprecher der Landesregierung wird da zitiert –:

Bei den Grünen rennen sie eh offene Türen ein. Man sei meist einer Meinung gewesen, aber müsse eben auch auf den Koalitionspartner ... Rücksicht nehmen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist missglückt, würde ich mal sagen!)

Die Verantwortung, dass die Klimaschutzziele nicht erreicht werden, werde nach Berlin und Brüssel geschoben, heißt es in dem Artikel weiter.

(Abg. Anton Baron AfD: Es liegt an den Strompreisen!)

Ich habe jetzt nach dieser These des Regierungssprechers einmal nachgeschaut, wie eigentlich die Bilanz der Grünen ausschaut. Seit 2011 regieren die Grünen hier in Baden-Württemberg – mal mit der SPD, mal mit der CDU –, stellen den Ministerpräsidenten und den Umweltminister. In dieser Zeit ist der CO₂-Ausstoß in Baden-Württemberg nicht gefallen, er ist gestiegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Tatsächlich? Ist das wahr? Unglaublich!)

Von dem Ziel des Landesklimaschutzgesetzes von minus 25 %, das wir verabschiedet haben, sind wir meilenweit entfernt.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Von den 8 000 landeseigenen Immobilien haben gerade einmal 23 eine PV-Anlage.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit so was koaliert man!)

Also wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

sondern wir sollten aus gemachten Fehlern lernen. Das fordern wir seit Wochen. Wir fordern mehr Ehrlichkeit in dieser Diskussion.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jawohl!)

Deswegen will ich jetzt auch noch über die Eckwerte reden. In den Eckwerten steht, dass wir beim Verkehr minus 33 % bis 2030 erreichen müssen. Da wollen wir die Frage stellen: Wie geht das denn eigentlich? Das geht doch dann wieder nur mit Verboten. Warum strengen wir uns denn gerade bei der Elektromobilität so an, wenn wir minus 33 % wollen und die Leute sogar dann nicht mehr fahren dürfen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

wenn wir auf Elektromobilität umstellen? Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Paul Nemeth)

Oder minus 57 % bei den Haushaltungen. Da wollen wir auch wissen: Was kostet das die Bürgerinnen und Bürger, und was kostet das den Staat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Wir wollen hier keine Symbolgesetze, sondern wir wollen machbare Ziele. Wir wollen auch Maßnahmengesetze, die wir im Land umsetzen können.

(Beifall des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Deswegen waren wir so überrascht, dass gerade beim E-Wärme-Gesetz, zu dem wir im Koalitionsvertrag eine Evaluierung vereinbart haben, der Umweltminister nach Vorlage einer 300-seitigen Studie ankündigt, dass in dieser Legislaturperiode hier nichts mehr gemacht wird – genau in dem Bereich, in dem das Land eigentlich mehr tun könnte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Enttäuschend ist das!)

Deswegen haben wir auch hineingeschrieben und in die Öffentlichkeit gebracht, dass das neue Landesklimaschutzgesetz nicht einklagbar ist und auch keinerlei Konsequenzen für Staat und Bürger bringt, wenn die Ziele nicht erreicht würden.

Uns, der CDU, ist das zu wenig.

(Lachen bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da sind wir gespannt, ja!)

– Ja, uns ist das zu wenig. Wir wollen Maßnahmengesetze, und wir wollen dieses Thema im Land ernsthaft voranbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Anhaltendes Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Quod erat demonstrandum!)

– Da können Sie noch so lachen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Da gibt es nichts zu lachen!)

Denn wenn wir, das Land Baden-Württemberg, beim Klimaschutz führend sein wollen – und diese Chance haben wir, die grün-schwarze Koalition –,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ach, wir haben eine Koalition? Interessant!)

dann dürfen wir nicht nur Symbolpolitik machen, sondern wir müssen Maßnahmengesetze beschließen. Das ist unser Wunsch und unser Ziel.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aha!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Walter.

(Staatssekretärin Bärbli Mielich: Jetzt bin ich ja mal echt gespannt! – Gegenruf: Wir auch!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt als Vertreter der Regierungsfractionen sprechen.

(Beifall bei den Grünen – Heiterkeit – Zuruf von den Grünen: Aha!)

Vielleicht kennen Sie den großartigen Sportjournalisten Christof Kneer. Er hat einmal über den VfB-Spieler Ludovic Magnin geschrieben: Das ist ein Mann, den gibt es zweimal: den Samstags- und den Mittwochsmann. So gibt es ergendwie auch zweimal den Politiker Paul Nemeth: den Paul Nemeth der öffentlichen Diskussion und den Paul Nemeth der nicht öffentlichen Diskussion.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Aha! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich: Ich bin jetzt 27 Jahre im Landtag, aber ich kann mich nicht erinnern, dass die CDU-Fraktion jemals ein Umwelthema zum Anlass einer Aktuellen Debatte gemacht hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber heute! – Abg. Thomas Blenke CDU: Stinkt euch das?)

Daher schon einmal herzlichen Dank, Paul.

(Zurufe der Abg. Andreas Glück und Jochen Haußmann FDP/DVP)

Ich finde auch den Titel sehr gut: „Enthusiasmus“ – wobei mir der Enthusiasmus beim Kollegen Paul ein bisschen gefehlt hat – „und Realismus“.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Realismus, meine Damen und Herren, ist zunächst mal die Anerkennung der Tatsachen. Es bleiben, meine Damen und Herren – das ist die bittere Wahrheit –, vielleicht zehn Jahre, um noch die Kurve zu bekommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Baerbock geht in die USA Eis essen in einem Einwegbecher!)

Danach gibt es keine Chance mehr, die Erwärmung unter zwei Grad zu halten; es gibt keine Chance mehr, das Klimaabkommen von Paris einzuhalten.

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr vertrauensbildend!)

Voraussetzung dafür ist sogar, die Klimakrise verschärft sich in diesen Jahren nicht. Jedes Jahr, in dem wir nicht handeln, ist ein Jahr, das uns zur Neugestaltung der Moderne fehlt, und jedes Jahr, das wir verlieren, verteuert die Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Dafür fliegen Sie aber gern!)

(Jürgen Walter)

Übrigens, meine Damen und Herren: CO₂ bleibt hundert Jahre in der Atmosphäre erhalten. Selbst wenn es jetzt einen völligen Stopp der CO₂-Emissionen geben würde, hätten wir also noch hundert Jahre lang CO₂ in der Atmosphäre. Dieses Beispiel zeigt doch: Es ist Zeit, dass wir uns endlich dieser realistischen Einsicht stellen.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Angst- und Schreckensprediger! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber die sagen, ihr macht nichts!)

Der Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit auch eine Aufgabe der Politik.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Uns allen müsste klar sein: Das schaffen wir nur, wenn wir aufhören, die Realität zu leugnen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das machen Sie doch die ganze Zeit! – Abg. Anton Baron AfD: Sie fliegen ja auch gern!)

Wir Grünen haben uns dieses Themas sehr früh angenommen. Hans Joachim Schellnhuber, der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, hat im November 2017 auf einem Parteitag der Grünen gesagt: Die Grünen erlauben sich offenbar als einzige Partei den Luxus, sich an der wissenschaftlichen Wahrheit zu orientieren.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: „Wissenschaftliche Wahrheit“!)

Im Übrigen, Herr Kollege Nemeth: Die CDU hatte schon 1984 eine grüne Charta. Man dachte wohl, man müsse damit den Kretschmann und die Grünen verhindern, die damals neu im Landtag waren. Nur habt ihr offensichtlich vergessen, was da drin stand; denn Konsequenzen sind daraus kaum erwachsen.

Um die notwendigen Vermeidungs- und Anpassungsstrategien umzusetzen, Kollege Nemeth, brauchen wir in der Tat viel Enthusiasmus – oder, wie es Max Weber sagen würde, Leidenschaft.

(Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Mit dieser Leidenschaft ist die grün-rote Regierung 2011 angetreten. Bis dahin war der Klimaschutz trotz des einen oder anderen Programms nur ein Wort, bestenfalls ein Versprechen. Seither ist er zu einer Realität des Regierungshandelns geworden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und was wurde erreicht? Nichts!)

Ein paar Beispiele für die Nichtprofis der FDP: Die Windkraft wurde unter der damaligen Vorgängerregierung – auch mit Ihnen – massiv ausgebremst.

(Zuruf: Zu Recht!)

– Zu Recht? Klar, für die FDP! – 2011 hatten wir in Baden-Württemberg 600 GWh Leistung durch Windkraft. Dann kamen die Grünen mit der SPD an die Regierung:

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

2017 hatten wir über 2 000 GWh. Das heißt also: mehr als eine Verdreifachung des Stroms durch Windkraft. Das war ein erster Erfolg.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Mit einer Verdreifachung des Strompreises! – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Wir haben ein Klimaschutzgesetz – auch mit der CDU – beschlossen, das IEKK mit zahlreichen Programmen folgte 2014.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber Herr Nemeth sagt, der CO₂-Ausstoß sei gar nicht gesunken!)

Das Land hat gemeinsam mit Kalifornien das einzigartige Klimaschutzbündnis „Under2 Coalition“ auf den Weg gebracht. Unter der Führung Winne Hermanns wurde mit der Förderung des ÖPNV endlich ernst gemacht.

(Beifall bei den Grünen – Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje, oje!)

Erst dieser Tage haben wir die größte Tarifreform aller Zeiten in Stuttgart in die Tat umgesetzt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mensch, das spart CO₂!)

– Ja, das spart CO₂. Bei Ihnen wahrscheinlich nicht, aber bei denen, die jetzt einmal darüber nachdenken

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nachdenken!)

und zukünftig den ÖPNV nutzen.

Auch das Fahrrad bekommt einen anderen Stellenwert. Das ist auch nichts für Sie, Herr Rülke.

(Oh-Rufe von der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Wie viele von Ihnen fahren denn Fahrrad?)

Aber es bleibt noch viel zu tun. Viele junge Menschen, meine Damen und Herren, haben das längst erkannt.

(Beifall bei den Grünen)

Die völlig berechtigten „Fridays for Future“-Demonstrationen zeigen: Diesen Menschen geht es nicht nur um eine ökologische Frage, sondern es geht ihnen auch um eine Frage der Gerechtigkeit. Denn dort wird immer auf zwei Dinge hingewiesen. Erstens: Ihr Älteren nehmt uns mit eurer Lebensweise unsere Zukunft.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Zweitens: Wir können nicht warten, bis wir an der Macht sind. Das ist auch eine Botschaft von den Freitagsdemonstrationen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Kindische Politik!)

(Jürgen Walter)

Denn in zehn Jahren ist der Point of no Return bereits überschritten, und so lange können wir alle nicht mehr warten.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Warum ist die Symbolfigur dieses Protests, Greta Thunberg, hauptsächlich bei alten Männern so unter polemischem Beschuss?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jetzt werden Sie aber rassistisch!)

Ich kann es Ihnen sagen: Sie stellt eindeutige Forderungen, sie hat Mut. Dieser fehlende Mut macht die alten Männer wütend und polemisch.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Schämen Sie sich nicht? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Es geht nicht nur ums Alter, sondern auch um den Kopf.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Manche alten Menschen sind im Kopf sehr jung und in ihrem Denken modern, manche kommen schon als Rentner aus der Schule.

(Abg. Winfried Mack CDU: In welche Kategorie würden Sie sich einordnen wollen?)

Wir können Mut und Zuversicht zeigen. Wir wissen, was die Klimakrise bewirkt und was wir tun müssen, um sie zu bremsen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zweitens: Wir haben dafür insbesondere in einem technologischen Spitzenland wie Baden-Württemberg alle Technologien. Ein kompletter Umbau unseres Energiesystems bedeutet –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

da muss man nur die Studie lesen, die im Auftrag des BDI gemacht wurde – Wirtschaftswachstum und nicht, wie manche polemischen Nörgler und Leugner meinen, Deindustrialisierung.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Wenn wir jetzt handeln, meine Damen und Herren, ist die Chance ziemlich groß, dass wir noch an allen Kippunkten und Katastrophen vorbeischnappen. Aber wir müssen es jetzt tun.

Weite Teile der Bevölkerung unterstützen mittlerweile diesen Kurs. Man denke nur an den Kampf um den Hambacher Forst,

(Abg. Anton Baron AfD: Das haben Sie doch damals verhindert!)

man denke nur an die „Fridays for Future“-Demonstrationen.

Meine Damen und Herren, Sie denken ja auch gern in Wahlergebnissen. Vor zwei Wochen wurde in der Schweiz gewählt: SVP minus zwölf, grüne Parteien plus 18 Sitze. Das ist das Ergebnis, wenn man keinen Klimaschutz macht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Eines der unsinnigsten Argumente gegen den Klimaschutz ist, der Klimaschutz schade der Wirtschaft. Altmaier sagt: „Klimaschutz ist gut, aber er darf nicht Jobs und Wohlstand kosten.“ Er hat offensichtlich gar nicht die Dimension des Problems erkannt.

Meine Damen und Herren, spätestens seitdem die Studie des BDI vorliegt, ist doch klar: Es ist gerade andersherum: Ohne Klimaschutz wird unser Wohlstand verloren gehen. Deshalb müssen wir handeln.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Gernot Gruber SPD)

In diesem Gutachten des BDI heißt es: „Allein netto herausgerechnet bringt der Klimaschutz jedes Jahr mindestens ein Wachstum von 0,6 %.“ Meine Damen und Herren, da lohnt es sich doch wirklich auch ökonomisch, etwas zu tun.

Kommen wir zu dem, was in Berlin gemacht – oder besser gesagt: nicht gemacht – wird: In Berlin haben wir letzte Woche wieder ein Trauerspiel erlebt, als es um die Vorschläge der Verkehrskommission zur Minderung des CO₂-Ausstoßes ging – der Autoverkehr ist der Bereich, der immer noch mehr emittiert. Was machen die Herren Scheuer und Bilger? Sie tun so, als ob sie nichts gehört hätten. Sie nehmen die Fakten nicht zur Kenntnis. Sie machen nichts. Es wird einfach so weitergemacht, als ob es keine Klimaprobleme gäbe.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Ich sage Ihnen, was das Problem dabei ist, meine Damen und Herren.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie investieren in die Elektromobilität! – Weitere Zurufe)

– Ja, ja. – Das Problem ist: Wir gefährden damit auch die Schlüsselindustrie, unsere Autoindustrie.

(Zuruf von den Grünen: Jawohl!)

Nehmen Sie doch mal die Zahlen: In China wurden schon 2017 90 000 Elektrobusse ausgeliefert.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wo kommt denn da der Strom her? – Abg. Paul Nemeth CDU: Wo kommt denn der Strom her?)

– Dazu kommen wir auch noch. – Wie sieht es in Deutschland aus? Jeder Erstklässler kann zusammenzählen, wie viele Elektrobusse es in Deutschland gibt.

Und noch etwas sollte Ihnen zu denken geben.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Jürgen Walter)

Bisher hatte die deutsche Autoindustrie bei den Verbrennungsmotoren einen Anteil in China von über 23 %. Bei den Elektroautos – in China wird es bald nur noch Elektroautos geben – haben wir einen Anteil von 0,4 %.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Das heißt, wir verlieren einen der größten Wachstumsmärkte weltweit. Deswegen ist es Zeit, hier etwas zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, VW prescht jetzt vor und fordert, dass endlich die Energiewende kommt und mehr für den Ausbau der regenerativen Energien getan wird. Was passiert aber in Berlin? Die Windkraft wird behindert. Jetzt wird die Fotovoltaik behindert.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

So werden wir die Energiewende nicht schaffen. Es wird Zeit, dass wir endlich handeln.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Walter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg rangiert unter den Ländern auf Platz 1, wenn es um die Umsetzung des Klimaschutzes geht. Diese Stellung wollen wir halten.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

– Natürlich stimmt das, Kollege Nemeth. Sie sind wieder einmal nicht informiert.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das würde mich auch mal interessieren, woher diese Information kommt!)

Diese Stellung wollen wir halten. Wir wollen sie ausbauen. Deswegen geht es darum, nicht weiter hinzuhalten, sondern gemeinsam dieses wichtige Gesetz zu verabschieden. Es geht um die Überlebensfrage der Menschheit. Deswegen: Kein Hinhalten mehr!

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Gestern stand diese Regierung vor dem Abgrund, heute ist sie einen Schritt weiter!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Voigtmann.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man muss sich die Themensetzung der CDU mal genauer anschauen. Speziell die Begriffe „Enthusiasmus“ und „Realismus“ sind hier sicherlich sehr angebracht. Wer so formuliert, muss sich fragen lassen, ob ihm die Absurdität seines Anliegens in vollem Umfang bewusst ist. Man kann jedweden Klimaschutz als notwendig erachten; man kann sich auch um den Planeten sorgen. Aber dass dies gleich in Enthusiasmus, also in Begeisterung, ausbricht, ist doch sehr zweifelhaft.

Wenn sich jetzt schon Parlamente mit diesem ideologisch aufgeladenen Thema beschäftigen, macht das eines deutlich: Wir haben ein Problem, und zwar ein riesiges Problem. Ich rede

hier nicht etwa vom Klima, sondern von der Dekadenz, vom Verfall und Niedergang der Wissenschaft und der Wissenschaftlichkeit allgemein.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Man muss sich nicht wundern, dass seit Wochen verängstigte Kinder auf die Straße gehen und gegen den allseits beschworenen Weltuntergang aufbegehren.

(Abg. Daniel Born SPD: Das sind mutige Schülerinnen und Schüler! – Weitere Zurufe)

Sie wollen sich nicht wehrlos ihrem Schicksal ergeben. Wer will es ihnen verdenken? Schuld daran tragen doch die ideologisch verblendeten Erwachsenen, die den Kindern ununterbrochen Angst einjagen.

(Zuruf von den Grünen: Genau, die AfD!)

Anstatt ihnen Mut und Zuversicht und Gottvertrauen in die weiteren Entwicklungen zu geben, erzählen sie Horrorgeschichten und malen den Teufel an die Wand.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Da kennt sich die AfD gut aus! – Weitere Zurufe)

Das geht schon seit Jahren so. Das ist populistische Politik.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Grüner Schwachsinn, ja!)

Mit Angst werden die Menschen gefügig gemacht. Fortwährend trichtert man ihnen ein, dass ihr Untergang unmittelbar bevorsteht.

Erinnern Sie sich noch an die bedrohlichen Geschichten vom Ozonloch, an Peak Oil, an das Waldsterben? Alles Panikmache. Nichts ist wirklich eingetreten.

(Unruhe bei den Grünen)

Dass Politiker und Medienschaffende von Naturwissenschaften meist nicht allzu viel verstehen, mag man ihnen nachsehen. Doch unentschuldig ist das gedankenlose, opportunistische – man könnte fast sagen: populistische – Nachplappern gängiger Zeitgeistdogmen aus der Gruselwerkstatt grüner Ideologien.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Ist es denn zu viel verlangt, sich Fakten und Zusammenhänge von integren Wissenschaftlern erklären zu lassen?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Thomas Hentschel GRÜNE: Wer sind die?)

– Die gibt es noch. Es sind aber meist nicht diejenigen – ich habe vorhin so Namen wie Schellnhuber und ähnliche gehört –, die sich am lautesten zu Wort melden. Das sind meist diejenigen, die unentwegt auf ergiebig sprudelnde Forschungsgelder schielen.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

(Klaus-Günther Voigtmann)

Warum verteufelt man das CO₂ noch immer? Es ist doch klar, wenn wir uns einmal die Nachbarplaneten der Erde anschauen: Mars und Venus haben kein einziges Milligramm CO₂, und u. a. deswegen gibt es auf ihnen auch kein Leben.

(Abg. Thomas Hentschel GRÜNE: Die sind aber genauso weit weg von der Sonne wie die Erde! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sie sind so weit weg von der Realität wie die Erde vom Mars!)

Warum verteufelt man also das CO₂ weiter, nachdem klar belegt ist, dass der CO₂-Anstieg – das sind Fakten, die man einfach einmal zur Kenntnis nehmen muss – mit einer Verzögerung von Hunderten von Jahren Folge und nicht Ursache einer Temperaturerhöhung war? Warum ist es so schwer zu verstehen, dass man das Klima nicht schützen kann, dass eine Zielvorgabe, die Erwärmung auf unter zwei Grad über vorindustrielles Niveau zu drücken, blanker Unsinn ist? Klima und Temperatur waren nie konstant, Schwankungen gab es immer und wird es auch immer weiter geben, also ein ewiges Auf und Ab.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zudem ist es überhaupt umstritten, inwieweit es dem Menschen jemals gelingen kann, auf das Klima Einfluss zu nehmen. CO₂ ist ein Spurengas – in der Atmosphäre –, das deshalb so heißt, weil es nur in sehr geringer Konzentration in Erscheinung tritt. Jeder weiß – sogar die Schüler wissen das –, dass die Luft aus 78 % Stickstoff, 21 % Sauerstoff und 1 % Sonstigem, u. a. 0,038 % Kohlendioxid, besteht.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Voigtmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Ja, aber kurz.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Herr Kollege, vielen Dank. – Ist Ihnen auch bekannt, dass bei Pflanzen die Sättigungskurve von CO₂ noch bei Weitem nicht ausgereizt ist und dass Weizen mehr als doppelt so hohe Konzentrationen von CO₂ – nämlich 800 ppm – brauchte, um optimal wachsen zu können?

(Lachen bei den Grünen)

Das heißt, wir hätten doch eigentlich einen Bedarf an viel mehr CO₂ in unserer Atmosphäre.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da ist Hopfen und Malz verloren!)

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Darauf kann ich nur kurz antworten: Das ist zwar richtig, aber das Entscheidende ist natürlich trotzdem die Mischung all der Wachstumsfaktoren. Es nutzt nichts, wenn man jetzt einfach nur das CO₂ anheben würde. Dann würde der Weizen nicht besser wachsen. Es kommt auch auf andere Wirkstoffe an.

(Unruhe)

Ich komme zurück zum Thema. De facto ist bei der verschwindend geringen Menge CO₂ auch kein direkter – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Voigtmann, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe. Vielen Dank.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und Ernsthaftigkeit! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Dürr hat gesagt, nur Trottel leugnen den Klimawandel! Stimmen Sie dem zu?)

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Das muss jeder Trottel selbst wissen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist Herr Dürr aus Ihrer Sicht ein Trottel?)

De facto ist es bei dieser verschwindend geringen Menge CO₂ auch kein direkter Weltuntergang, dass es den amtierenden Politikern trotz vollmundiger Versprechungen und vielfältiger Bemühungen partout nicht gelingen will, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Aber selbst dann, wenn dies gelänge, wäre das global gesehen völlig bedeutungslos. Denn während wir hierzulande ohne Rücksicht auf die Kosten, die natürlich die Bürger zu tragen haben, an Hunderten kleinen Stellschraubchen drehen, machen Nationen wie China, Indien und andere Entwicklungsländer unsere Bemühungen im Handumdrehen wieder zunichte. Aktuell befinden sich weltweit rund 1 400 Kohlekraftwerke im Bau oder in Planung. Es ist also naiv, zu glauben, so das Weltklima retten zu können.

(Beifall des Abg. Thomas Axel Palka AfD)

Hören Sie also endlich auf, unsere Schlüsselindustrie kurz und klein zu schlagen, die Stromversorgung an die Wand zu fahren und den Bürgern die Kosten für all die volkswirtschaftlich angerichteten Schäden aufzubürden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig!)

Machen Sie sich schlau, ob es klug und verantwortungsbewusst ist, der Dekarbonisierung weiterhin das Wort zu reden. Heute weiß doch jedes kleine Kind – sofern es am Unterricht teilnimmt; das gebe ich zu –, dass es ohne CO₂, dem Hauptbestandteil der Fotosynthese, weder Pflanzen, Tiere noch Menschen gäbe. Passen Sie auf, dass der „Fridays for Future“-Bewegung nicht zu Ohren kommt, was ihr Ziel ist und welche Folgen die Dekarbonisierung für die künftige Welternährungssituation bedeuten würde.

Was das ewige Lamentieren angesichts abschmelzender Polkappen und Gletscher betrifft, hier ein praktischer Tipp unter der Hand: Googeln Sie einfach einmal! Das ist gar nicht so schwer, und man wird unverhofft zu der Erkenntnis kommen, dass eine eisfreie Erde in der Erdgeschichte oft der Normalzustand war.

(Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

In 80 bis 90 % der Zeit war die Erde nahezu eisfrei.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Da gab es noch Dinosaurier wie Sie!)

Vereiste Polkappen bedeuten, dass wir uns klimatisch immer noch in einem Eiszeitalter befinden.

(Zurufe von den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Voigtmann, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Erikli zu?

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Nein, das kann ich jetzt nicht mehr.

Präsidentin Muhterem Aras: Sie können schon, wenn Sie wollen.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Nein, ich will aber nicht mehr.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD –
Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der
SPD und der FDP/DVP)

Seit etwa 1850, dem Ende der letzten Kaltzeit – verwirrenderweise Kleine Eiszeit genannt –, steigt die Temperatur allmählich wieder. „Oh Schreck!“, werden Sie sagen. Sie haben richtig gehört. Ich sage: Die Temperatur steigt, wenn auch minimal. Daran sehen Sie: Wir von der AfD sind entgegen stereotyp wiederholter Behauptungen keineswegs Klimaleugner,

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das Klima kann man
auch schlecht leugnen!)

wir begnügen uns nur nicht mit einfachen Antworten auf höchst komplexe Fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn wir schon bei steigenden Temperaturen sind, sei kurz darauf hingewiesen, dass es nicht die Warmzeiten, sondern die Kaltzeiten dieser Erde waren, die den Menschen in früheren Jahrhunderten so fürchterlich zugesetzt haben, wie etwa die Kleine Eiszeit. Diese war geprägt durch Missernten, Hungerkatastrophen, Kriege um schwindende Ressourcen und katastrophale hygienische Bedingungen. Das war ein idealer Nährboden für die Ausbreitung der Pest, die fast die Hälfte der Völker Europas das Leben kostete. Weitere Folgen, wie die Französische Revolution, eine Hungersnot, Hexenverfolgungen, Judenpogrome – alles bei der Suche nach den Schuldigen für das Elend –, sind ohne diesen Kontext nicht zu verstehen.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Die AfD bestreitet den sogenannten „menschengemachten“ Klimawandel und lehnt das Pariser Klimaabkommen ab. Diesem Abkommen geht es darum, Geldmittel von hoch industrialisierten Ländern in Richtung Entwicklungs- und Schwellenländer zu verschieben. Googlen Sie doch hier auch einfach einmal nach dem Begriff „Große Transformation“.

Da es aus Sicht der Vereinten Nationen nicht möglich ist, alle unterentwickelten Länder dieser Erde auf den Lebensstandard der hoch entwickelten westlichen Demokratien in Westeuropa und Nordamerika zu bringen, ist es das Ziel, den Wohlstand dieser Länder von dem bisher erreichten hohen Standard herunterzutransformieren. Dies wird zwangsläufig erhebliche Widerstände auslösen. Wir setzen dagegen weiterhin auf einen ausgewogenen Energiemix aus fossilen und erneuerbaren Energien, u. a. auch auf die Kernkraft –

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

so wie auch Ihre bewunderte Ikone oder Ihre Prinzessin Greta, übrigens unter Berufung auf den IPCC-Bericht, den natür-

lich kein Mensch gelesen hat. Denn wer liest 1 700 Seiten auf Englisch? Man liest lieber die deutsche Zusammenfassung, die politisch beeinflusst ist, und da steht davon nichts mehr drin.

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Lachen bei den Grünen)

Dabei haben leider Greta und auch das IPCC ein paar Zacken aus ihrer Krone verloren. Nur auf diesem Weg eines ausgewogenen Energiemixes ist das Zieldreieck einer versorgungssicheren, ökonomischen und ökologischen Energiepolitik zu erreichen.

Vergessen Sie einfach den Klimaschutz! Setzen Sie zunächst erst einmal auf den Wetterschutz, also in den nächsten Monaten vor allem auf Sonnenschutz mit möglichst hohem Lichtschutzfaktor –

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD –
Abg. Nese Erikli GRÜNE: Klima und Wetter ist nicht
das Gleiche!)

und dabei trotzdem nie den Regenschirm vergessen. Denn bei allem Heißezeitgerede: So richtig wissen unsere auch so schlauen Wetterexperten bis heute nichts Genaues über das Wetter der Folgewoche.

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Klima und Wetter ist
nicht das Gleiche!)

Aber sie wissen genau, was in 30, 40 Jahren sein soll. Das überlassen sie, da sie es doch nicht so genau wissen, lieber ihren Computermodellen, welche mangels präziser Eingabeparameter nur Aussagen nach dem GIGO-Prinzip erzeugen. Es bleibt also nur Ideologie, mit anderen Worten:

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

die gute alte Glaskugel, also der Glaube.

Bleiben Sie bei Ihrem Glauben. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen allen einen schönen und warmen Sommer.

Danke.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen: Na toll!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was wir heute Vormittag bei dieser von der CDU beantragten Debatte erleben durften – vor allem die Beiträge der Redner der beiden Regierungsfractionen –, lässt doch nur den einen Schluss zu: Diese Regierung stand gestern am Abgrund, aber heute ist sie definitiv einen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit „Ja zum Klimaschutz“ hat die CDU diese Debatte überschrieben. Da kann man nicht widersprechen. Denn wer beim Klimaschutz Nein sagt, der lebt wohl definitiv auf einem anderen Planeten. Dass wirksa-

(Andreas Stoch)

mer Klimaschutz sowohl Enthusiasmus als auch Realismus braucht, dürfte auch völlig unbestreitbar sein. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei all den schönen Überschriften, die diese Regierung gern produziert, braucht es doch dringend auch Resultate für die Zukunft dieses Planeten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Herr Kollege Nemeth, Sie haben vorhin gesagt, es gebe für Sie viele Wahrheiten. Sie können jetzt gern in den philosophischen Diskurs mit dem Ministerpräsidenten eintreten.

(Zuruf der Abg. Nese Erikli GRÜNE)

Ich glaube, der Begriff der Wahrheit

(Zuruf der Abg. Nese Erikli GRÜNE)

ist keiner, der viele Wahrheiten verträgt.

(Zuruf der Abg. Nese Erikli GRÜNE – Unruhe)

– Frau Kollegin, Sie haben die mangelnde Impulssteuerung als Kernproblem.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, einen Moment bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Aber es gibt eine Wahrheit.

Präsidentin Muhterem Aras: Moment bitte, Herr Stoch. – Liebe Frau Abg. Erikli, wenn Sie eine Frage stellen wollen, melden Sie sich. Ansonsten bitte ich um etwas mehr Ruhe. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Andreas Stoch SPD: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es gibt eben nicht viele Wahrheiten, es gibt eine Wahrheit. Es ist schon bemerkenswert, wenn von Ihnen dargelegt wird, dass Ihnen innerhalb der Regierung Hinhaltetaktik vorgeworfen wird. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns mal die Fakten anschauen. 2013 wurde in diesem Landtag – Sie haben es erwähnt – ein Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg beschlossen – mit den Stimmen der damaligen Regierungsfractionen GRÜNE und SPD, aber eben auch mit Unterstützung der CDU. Dieses Ziel war ehrgeizig, aber es war ein gutes Ziel. Baden-Württemberg sollte ein Vorreiter beim Klimaschutz werden.

Deswegen ist es sechs Jahre später sicherlich auch angemessen, einmal Bilanz zu ziehen. Man kann eines ganz klar sagen: Was die Vorreiterrolle eines Landes Baden-Württemberg betrifft, in dem das Umweltministerium seit acht Jahren grün geführt wird, ist irgendetwas schiefgegangen. Wir haben eben keine Vorreiterrolle in Baden-Württemberg. Das sollten Sie sich mal durch den Kopf gehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir streichen in diesem Haus gern heraus – heute Morgen gehört –, dass Baden-Württemberg gern vorn liegt. Nehmen Sie mal das Thema Treibhausgase. Baden-Württemberg liegt beim Abbau dieser Treibhausgase für die Jahre 1990 bis 2014 auf

dem 13. Platz von 16 Bundesländern. Baden-Württemberg hat bis 2014 gerade mal etwas mehr als die Hälfte des Rückgangs erreicht, der im Bundesschnitt erzielt wurde. Da sollte man den Zeigefinger – der dann ganz schnell, Herr Kollege Walter, auf den Bund zeigt – wieder einfahren und sich selbst einmal die eigene Bilanz anschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich meine, das muss man unterstreichen: Auch wenn die Landesregierung selbst in letzter Zeit immer wieder zugab, dass es an diesem Punkt nicht vorwärtsging, so kam das Eingeständnis doch immer Hand in Hand mit dem Hinweis, der Bund sei wegen der Rahmenbedingungen verantwortlich.

Lassen Sie uns mal auf den Bund schauen. Auch aktuell kritisieren die Grünen in Berlin die Bundesregierung, weil auf Bundesebene das Ziel verfehlt wird, bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 % zu senken. Erreicht werden wohl nur 32 %.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Ja, das ist nicht befriedigend, aber angesichts der Dramatik der Lage müssen wir auch einmal nach Baden-Württemberg schauen. Die Ausgangslage ist hier unbestritten eine schwierigere, aber das Ziel wird noch viel stärker verfehlt, Herr Kollege Walter. Deswegen sollte man sich hier nicht selbstgerecht hinstellen – nicht die Grünen in Baden-Württemberg, nicht eine baden-württembergische Landesregierung. Sie haben Ihren Beitrag zum Klimaschutz ebenfalls nicht geleistet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Völliger Blödsinn!)

Wenn der Sprit teurer wird, wie im letzten Jahr, dann führte das tatsächlich zu dem Effekt, dass weniger verbraucht wurde, und dann ist eine erfreuliche Auswirkung festzustellen. Aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unter dem Strich ist Ihre Bilanz schlecht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Bei dieser Bilanz wird klar, dass es mehr als Enthusiasmus und Realismus braucht; es braucht nämlich Taten. Ich kann Ihnen sagen, was es nicht braucht: Es braucht nicht ständige Lippenbekenntnisse, die durch tägliches Handeln konterkariert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie haben sicher auch überrascht gehört, wie geradezu flehend Herr Kollege Nemeth von der CDU darum bat, dass Sie noch viel konkreter in Ihren Anforderungen werden. Herr Umweltminister, Sie haben es vielleicht auch verwundert zur Kenntnis genommen: Herr Kollege Nemeth fordert von Ihnen mehr Verbindlichkeit geradezu ein.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt ist es ja gut, wenn wir es verstanden haben! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ich denke, Sie werden nachher die Gelegenheit nutzen, die Fragen des Herrn Kollegen Nemeth von hier vorn aus zu beantworten.

(Andreas Stoch)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, betrachten wir nur einmal die Bilanz dieser Landesregierung im Bereich der Windkraft. Die Situation hat viel damit zu tun, dass in dieser Landesregierung eben nicht der Mindestabstand von 700 m zur Wohnbebauung relevant ist, weil man sich in einem halbseitigen Kompromiss mit der CDU auf 1 000 m geeinigt hat.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist gar nicht das Problem!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Regierung, dann ist es auch schwierig, wenn man hinterher kritisiert, dass Erfolge ausbleiben, wie es z. B. die CDU tut, es aber letztlich ein Teil des Problems ist, dass Flächen, die man nutzen könnte, um Windkraftanlagen aufzustellen, nicht genutzt werden können, weil ein Formelkompromiss diese Regierung zusammenhält und der Ministerpräsident nicht in der Lage ist, an dieser Stelle ein Machtwort zu sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen stelle ich mir beim Thema Klimaschutz die Frage: Welches Klima wird bei Ihrer Politik eigentlich geschützt, das Klima auf diesem Planeten oder das Klima in dieser Landesregierung?

Windkraft ist sicherlich nicht die einzige Art, klimaneutral Energie zu erzeugen. Eine Alternative wären z. B. Solaranlagen, Freiflächenanlagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Da müssten Sie einmal Ihr Problemthema „Landschafts- und Naturschutz“ im Zusammenhang mit dem Thema „Klimaschutz und Energiewende“ klären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg trägt nicht einmal ein halbes Prozent zur Klimaschädigung auf diesem Planeten bei. Das sollten wir uns auch bewusst machen.

(Abg. Klaus Burger CDU: Hört, hört!)

Aber wenn ein Technologieland wie Baden-Württemberg an diesem Punkt kein Vorbild ist, dann liefern wir eine Bankrott-erklärung ab.

(Beifall des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Denn es darf nicht sein, dass sich die Regierungsfaktionen zwar im Ausrufen von Zielen überbieten, sich im Erreichen dieser Ziele aber gegenseitig ausbremsen. Deswegen, um beim Thema dieser Debatte zu bleiben: Enthusiasmus und Realismus dürfen sich nicht ständig gegenseitig ein Bein stellen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Landesregierung ist genau in diesem Problem gefangen – dem Problem, dass die Grünen nicht zwischen Idealismus und Ideologie unterscheiden können

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Hey!)

und dass die CDU mit dem Wort „Realismus“ ihre eigene Realitätsverweigerung verbergen möchte. So kommen wir dem Ziel eines effektiven Klimaschutzes nicht näher. Wieder ein-

mal wird deutlich: Die wichtigsten Probleme in diesem Land kann diese Regierung definitiv nicht lösen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Eine Steilvorlage für den Umweltminister! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das macht ja schon richtig Spaß hier heute Morgen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: So ein Glück! – Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, der Titel der Aktuellen Debatte ist richtig gewählt.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Es ist etwas – wie soll ich sagen? – verwunderlich und bemerkenswert, wenn man betrachtet, wer diese Debatte beantragt hat. Offensichtlich herrscht in dieser Koalition hier so ein Knatsch, dass man das Instrument der Aktuellen Debatte wählen muss, um beim zuständigen Minister Gehör zu finden. Das ist doch wirklich bemerkenswert.

Ich finde aber diesen Debattentitel in der Tat richtig gut. Es braucht eine gewisse Begeisterung und einen Enthusiasmus, um Dinge anzustoßen. Aber es braucht auch Augenmaß und Realismus, um eine Entwicklung so umsetzen zu können, dass sie wirklich erfolgreich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Enthusiasmus und Augenmaß – nur eines von beidem, das ist zu wenig. Beim Enthusiasmus scheinen sich die Regierungsfaktionen einig zu sein, beim Thema Augenmaß leider nicht.

Gerade am Beispiel des Klimaschutzgesetzes in Baden-Württemberg wird doch klar: Das Land schreibt Ziele für den Klimaschutz in Baden-Württemberg fest, obwohl die gesetzgeberische Kompetenz zum größten Teil nicht beim Land, sondern woanders liegt – meist beim Bund oder auf europäischer Ebene oder, gerade wenn es um das Thema Umsetzung geht, auch bei den Kommunen. Es zeugt eben gerade nicht von Augenmaß, wenn man Ziele formuliert, zu deren Erreichbarkeit man selbst eigentlich nicht beitragen kann.

Auf das damalige Klimaschutzgesetz folgte die Verordnung, nämlich das IEKK. Am 26. Juni 2014 wurde von einem Redner der CDU gesagt – vielleicht kommen einem diese Aussagen bekannt vor; ich zitiere –:

Das IEKK ist eine Ansammlung von Ideen und Maßnahmen, denen jegliche Prioritätensetzung, jeglicher Zeitplan und jegliche Finanzierungszusagen fehlen.

Einem solchen sinnlosen Konzept können wir einfach nicht zustimmen.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

(Andreas Glück)

Das waren damals die Aussagen des Redners der CDU. – Diese Kritik kam leider schon damals zu spät. Denn erst einem Gesetz zuzustimmen, das eine Verordnungsermächtigung enthält, und anschließend über die Verordnung zu schimpfen – das war einfach auch zu spät.

Auch in Ihren Koalitionsverhandlungen wurde genau dieser damalige Kritikpunkt

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Ihres energiepolitischen Sprechers offensichtlich vom Tisch gefegt. Denn im Koalitionsvertrag wurde eine Fortschreibung des IEKK und auch des Klimaschutzgesetzes vereinbart. Jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, sehen Sie, wohin das führt, nämlich dahin, dass Minister Untersteller ein Eckpunktepapier vorlegt, und Kernpunkt des Papiers ist z. B. eine Minderung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 42 %.

Man ignoriert hierbei völlig, dass man die bisherigen Ziele, die man sich seitens des Landes gesetzt hat, völlig verfehlt hat. Wieder wird, ohne die maßgebliche gesetzgeberische Kompetenz im Land zu haben, einfach irgendetwas als Ziel rausgeknallt.

Die Kompetenzen liegen nämlich ganz klar beim Bund und in Europa. Beim Bund ist das EEG ansässig; beim Bund ist z. B. die steuerliche Abschreibbarkeit der energetischen Gebäudesanierung ansässig. Bei Europa ist der Punkt „Emissionshandel für CO₂“ wichtig, ebenso wie die Effort Sharing Regulation, z. B. zu den Flottenzielen im Verkehrssektor.

Auch die Kommunen haben wichtige Schlüsselfunktionen bei der Umsetzung, gerade wenn es darum geht, einen Flächennutzungsplan zu erstellen. Das ist nämlich nach Artikel 28 des Grundgesetzes schlicht und einfach in der Kommunalverwaltung anzusiedeln.

Deswegen sage ich der Landesregierung ganz klar: Konzentrieren Sie sich seitens des Landes doch jetzt erst mal auf die Dinge, die Sie tatsächlich umsetzen können und bei denen Sie gesetzgeberische Kompetenz haben. Bauen Sie keine Luftschlösser, sondern kümmern Sie sich z. B. darum, dass jedes landeseigene Gebäude Fotovoltaik auf dem Dach hat. Das können Sie. Kümmern Sie sich darum, dass die energetische Sanierung unserer Landesgebäude entsprechend auf Vordermann gebracht wird. Das können Sie. Kümmern Sie sich darum, dass im Fuhrpark dieser Landesregierung z. B. auch alternative Antriebe zum Einsatz kommen. Damit meine ich jetzt nicht nur Elektromobilität, sondern das meine ich tatsächlich technologieoffen.

Eine Energiewende wird nämlich nur dann gelingen, wenn jeder seine Stärke beitragen darf und wenn man nicht versucht, die Schwächen zu Stärken zu machen. Ich möchte es an dieser Stelle noch mal ganz klar sagen: Baden-Württemberg kann einen besseren Beitrag zum Thema Klimaschutz leisten als z. B. durch das Aufstellen von Windkraftanlagen an Stellen, an denen diese Anlagen dann meist stillstehen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir können bessere Beiträge liefern, gerade was das Thema Energieeffizienz angeht, gerade was das Thema Wärmeeffizienz angeht und gerade was das Thema „Innovation und For-

schung“ angeht. Das sind die Kernkompetenzen Baden-Württembergs bei der Energiewende, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Glück, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Nein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Oh!)

Außerdem möchte Herr Minister Untersteller in seinem Papier sicherstellen, dass die Regierungspräsidien künftig in allen Bauleitplanverfahren zur Regelung von Standorten für erneuerbare Energien wie Windenergie und Freiflächenfotovoltaik beteiligt werden. Zudem möchte der Minister in seinem Papier die Einführung einer verbindlichen kommunalen Verkehrsplanung unter Einbindung der Regierungspräsidien. Darin sollen sich die Kommunen selbst verbindliche Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrssektor auferlegen. Des Weiteren soll eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung für Stadtkreise und Große Kreisstädte festgeschrieben werden.

Durch diese geforderten Maßnahmen möchte die Landesregierung die Kommunen und Kreise ans Gängelband der Regierungspräsidien nehmen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann nicht sein. Die Kommunen sind sauer, und zwar zu Recht. Die Kommunen brauchen keinen Oberaufpasser in Klimafragen, sagt Gemeindefratspräsident Roger Kehle. Er hat recht. Die Kommunen sind beim Thema Klimaschutz in manchen Bereichen schon viel weiter, als es das Land Baden-Württemberg ist.

Allgemein: Auf Deutschland entfielen im Jahr 2016 gerade mal 2,1 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Hätten wir damals selbst jeglichen Ausstoß eingespart, hätten wir zwar unsere Wirtschaft kaputt gemacht, aber dem Weltklima wäre das herzlich egal gewesen. Jetzt sage ich deswegen aber nicht, dass wir nichts tun sollen, sondern ich sage, wir sollen das Richtige tun und das Falsche lassen. Da sollten wir erst mal mit den Fakten anfangen: Es gibt eben kein eigenes Klima in Deutschland, und es gibt kein eigenes Klima in Baden-Württemberg – außer vielleicht innerhalb der Landesregierung, und da ist es schlecht.

(Heiterkeit des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP – Zuruf)

Richtig ist es deswegen, internationale und kontinentale Vereinbarungen beim Klimaschutz zu stärken. Es gibt nämlich nur dieses eine Weltklima.

Gerade der CO₂-Zertifikatehandel der Europäischen Union ist hier ein sehr, sehr guter Ansatz und sollte unserer Meinung nach auch auf andere Sektoren wie z. B. den Verkehrssektor angewandt werden. CO₂ braucht einen Preis.

Oft wird jetzt an diesem CO₂-Zertifikatemarkt kritisiert, dass der Preis für die CO₂-Zertifikate zu niedrig ist. Herr Minister Untersteller, genau in diesem Punkt sind wir uns einig: Die CO₂-Zertifikate sind zu billig, um eine Steuerungsfunktion entfalten zu können. Beachtlich ist nur, dass Sie zu denen gehören, die zu diesen niedrigen CO₂-Zertifikatspreisen beitragen; denn jeder nationale Alleingang – ich zitiere jetzt sinngemäß – wird zu nationalen Milliardensubventionen für erneuerbare Energien führen und wird dazu beitragen, dass kon-

(Andreas Glück)

tinentale Emissionshandelssysteme wie z. B. das der Europäischen Union keine wirksamen Preise entwickeln können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder nationale Alleingang wird eine kontinentale Einigung unterminieren. Das sagt nicht die FDP/DVP, sondern das sagt der Weltklimarat IPCC in seinem Fünften Sachstandsbericht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit Ihrer Forderung, Herr Minister, nach höheren Vergütungsansprüchen für Windräder in windschwachen Mittelgebirgen sind Sie mitverantwortlich, wenn diese CO₂-Zertifikate zukünftig eben keine Steuerungsfunktion entfalten können, weil sie einfach zu billig sind.

Das ist bedauerlich. Denn die Entwicklung der Preise für CO₂-Zertifikate im vergangenen Jahr sah so aus: Im Januar des letzten Jahres hat eine Tonne CO₂ ungefähr 8 € gekostet. In diesem Jahr sind wir bereits bei 24 €. Das heißt, jetzt wird der Preis seine Steuerungsfunktion entwickeln können. Doch was macht Deutschland? Deutschland plant wieder einen Kohlekompromiss, der unglaublich teuer ist und nur dazu führen wird, dass man hier bei uns für viel Geld den Ausstoß von CO₂ reduziert und andernorts in Europa wieder entsprechend mehr emittiert wird. Das bringt dem Weltklima überhaupt nichts, rein gar nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine echte Energiewende kann nur gelingen, wenn sie international oder zumindest kontinental organisiert ist. Sie muss marktwirtschaftlich organisiert sein, damit jeweils die günstigste Technologie zum Einsatz kommt. Es braucht dieses marktwirtschaftliche System, damit wir eine Technologieoffenheit haben. Denn die Politik weiß eben nicht, was die Zukunftstechnologie von morgen sein wird. Das wissen die Forschungsabteilungen, das wissen die Universitäten, das entscheidet letztlich auch der Markt – aber die Landesregierung weiß es eben nicht.

Liebe CDU, nur Mut! Ihre deutliche Kritik von heute ist angebracht. Setzen Sie sich doch endlich mal durch! Ich hätte nie gedacht, dass es mit Ihnen Dieselfahrverbote in Stuttgart geben würde; ich hätte nie gedacht, dass Sie sich beim Thema Windkraft so auf die Linie der Grünen einschließen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir hätten nie gedacht, dass die FDP den Rechtsstaat mit Füßen tritt!)

Deswegen sage ich ganz klar und ermutige Sie: Kämpfen Sie sich durch! Sie können da auf uns bauen. Ich biete mich in diesem Clinch übrigens auch persönlich als Vermittler an.

(Heiterkeit bei der SPD – Unruhe bei den Grünen und der CDU)

Aber auch davon unabhängig bieten wir Ihnen in diesem Bereich die inhaltliche Zusammenarbeit an.

Liebe CDU, wir werden Sie auch in diesem Bereich jedoch nicht an Ihren Worten, sondern an Ihren Taten messen. Vielleicht braucht es dieses schlechte Klima in der Regierungskoalition, um dem Weltklima etwas Gutes zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das tut jetzt gut! – Zuruf von der AfD: Dem Lobbyisten! Dem Cheflobbyisten!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Baden-Württemberg hat in den zurückliegenden Jahren in vielfältiger Weise Beiträge zum Schutz unseres Klimas geleistet. Herr Kollege Nemeth, ich verstehe eines nicht, nämlich wieso Sie gemeinsame Erfolge schlechtreden.

Ich will einmal das Beispiel mit den landeseigenen Liegenschaften ansprechen. Sie sagen, da seien jetzt nur 27 neue PV-Anlagen drauf. Jetzt nenne ich Ihnen einmal die offiziellen Zahlen des Finanzministeriums: Im Jahr 2010 waren auf den landeseigenen Liegenschaften 50 000 m² Fotovoltaikanlagen, und das Ziel lautete: Verdopplung bis 2020. Gegenwärtig – Anfang 2019 – haben wir 100 000 m² Fotovoltaikanlagen auf den landeseigenen Liegenschaften. Das heißt, das Ziel, das im kommenden Jahr erreicht werden sollte, ist bereits erreicht.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Ich verstehe auch nicht, wieso Sie die CO₂-Reduktionen bei den landeseigenen Liegenschaften insgesamt kleinreden. Ich will es Ihnen einmal – –

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

– Herr Kollege Nemeth, lassen Sie mich doch einmal die Fakten nennen – nicht irgendwelche Zahlen, die man sich ausdenkt. Jetzt sage ich einfach einmal, was die Fakten sind.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Landesrechnungshof!)

Nehmen wir die Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 22. Mai 2017, in der über den Energiebericht der landeseigenen Liegenschaften berichtet wurde. Das Ziel war, bis zum Jahr 2020 bei den landeseigenen Liegenschaften die CO₂-Emissionen um 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Im Jahr 2017, sprich vor zwei Jahren, lag die Reduktion bei 46 %, sprich: Das Ziel für 2020 war bereits im Jahr 2017 erreicht worden. Seit 2017 reduzieren wir die CO₂-Emissionen der landeseigenen Liegenschaften Jahr für Jahr um weitere 309 000 t. Das ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei den Grünen)

Wie man so etwas als Abgeordneter einer Koalitionsfraktion schlechtreden kann und es nicht als Beleg dafür nennt, dass wir erfolgreich unterwegs sind, erschließt sich mir, ehrlich gesagt, überhaupt nicht.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich möchte beispielhaft eine Reihe weiterer Gründe nennen, weshalb wir für die letzten Jahre sagen können, wir haben wichtige Beiträge geleistet: Wir haben die Energiewende in Baden-Württemberg in den letzten Jahren Stück für Stück vorangebracht. Als ich 2011 ins Amt kam, lag der Anteil der er-

(Minister Franz Untersteller)

neuerbaren Energien im Stromsektor bei 16 %. Heute – das war zur Jahreswende – liegt der Anteil der erneuerbaren Energien im Stromsektor bei 30 %.

In der letzten Bundesländervergleichsstudie der Agentur für Erneuerbare Energien, die ihren Sitz in Berlin hat – es ist eine NGO, die aus Mitteln des Bundeswirtschafts- und des Bundesumweltministeriums finanziert wird und alle zwei Jahre eine Bilanz der Bundesländer aufstellt, in der rund 50 Indikatoren für die Umsetzung der Energiewende betrachtet werden –, sehen wir: Wer liegt auf Platz 1 der 17 Bundesländer? Baden-Württemberg! Irgendwie scheinen wir doch ein paar Dinge richtig zu machen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein ganz zentrales Instrument von Politik auf Landesebene – das ist unter einem grünen Umweltminister nicht anders als unter einer schwarzen Umweltministerin – sind die Förderprogramme und Fördermittel, die wir für das Thema Klimaschutz ausreichen. Allein über das Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ – ich habe nie behauptet, dass ich das erfunden habe, aber ich führe erfolgreiche Geschichten weiter – sind bis heute 6 500 Projekte im Land mit insgesamt 135 Millionen € bezuschusst worden. Daraus wurden insgesamt 980 Millionen € an Gesamtinvestitionen generiert.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es!)

Darauf kann man doch stolz sein. Ich verstehe überhaupt nicht, wieso man das nicht honoriert.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das CO₂-Einsparvolumen aus dem CO₂-Minderungsprogramm – also „Klimaschutz-Plus“ – liegt mittlerweile bei jährlich 300 000 t. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Erfolgsgeschichte!

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es!)

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Ich lese ja auch Zeitung, und ich lese so manches, was Gemeindetagspräsidenten

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

sagen. Aber zur Wahrheit gehört auch: Wir haben einen Pakt mit den Kommunen geschlossen – für 2016/2017 waren 3 Millionen € und 2018/2019 sind 16 Millionen € darin –, in dem wir u. a. die Sanierung von Schulen nochmals zusätzlich bezuschussen, und zwar dann, wenn besondere energetische Standards gewählt werden.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja!)

Das ist eine Erfolgsgeschichte, wie Sie sie in keinem anderen Bundesland finden, dass in dieser Art und Weise vorgegangen wird.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Raimund Ha-ser CDU)

Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren 27 Millionen € an EFRE-Mitteln in die Hand genommen, um sie in das The-

ma „Klimaschutz in den Kommunen“ zu stecken. Von dem Programm „Klimaschutz mit System“, aus dem wir 30 Projekte gefördert haben, profitieren die Kommunen. Zusätzlich haben wir 3 Millionen € eigenes Geld draufgelegt. Gestern wurde das Geld für die letzten drei Projekte ausgereicht: in Oberwolfach, Böblingen und Titisee-Neustadt.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Auch auf unser jüngstes Programm könnte man vielleicht einmal stolz sein, lieber Kollege Nemeth.

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen)

Das ist das Programm „Netzdienliche Photovoltaik-Batteriespeicher“, das wir im März 2018 gestartet haben und bei dem wir ursprünglich dachten, das würde sich über die Jahre so entwickeln. Hier ist es mittlerweile so: Das Programm läuft wie geschnitten Brot – insgesamt 3 600 Förderanträge. Die 10 Millionen €, die wir ursprünglich über Jahre hinweg für dieses Programm bereitstellen wollten, sind in diesem Frühjahr ausgegeben. Das ist eine Erfolgsgeschichte, wie wir sie in keinem anderen Bundesland finden.

Oder, Herr Kollege Paal, nehmen wir einmal die Wirtschaft: Wir haben in Baden-Württemberg für die kleinen und mittleren Unternehmen – übrigens würde ich gern wissen, ob es das auch in anderen Bundesländern gibt – zwölf Kompetenzzentren für Energieeffizienz aufgebaut – auch mit EFRE-Mitteln –, in denen wir kostenlos kleine und mittlere Unternehmen beim Thema Energieeffizienz beraten.

(Abg. Anton Baron AfD: EEG-Umlage!)

Ergebnis: Bis zum heutigen Tag wurden 2 000 sogenannte KEFF-Checks – Kompetenzzentren Energieeffizienz – durchgeführt, worauf aufbauend diese Unternehmen wiederum Angebote zur Energieberatung entwickelt haben, die sie Stück für Stück umsetzen. Dies geschieht übrigens auch wiederum mit Förderung der landeseigenen L-Bank, wo wir auch Mittel für zinsverbilligte Darlehen zur Verfügung stellen. Das ist doch eine Erfolgsgeschichte. Wieso redet man so etwas klein? Ich verstehe es nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Ebenfalls eine Erfolgsgeschichte ist beispielsweise die Entwicklung der sogenannten Bioenergiedörfer. Was wird da gemacht? Wir haben Nahwärmenetze in diesen Dörfern aufgebaut – mittlerweile haben wir dies landesweit –, an denen Biogasanlagen, Holzhackschnitzelanlagen oder große Solarthermianlagen hängen. Das heißt, es bleibt Wertschöpfung in der Region, anstatt millionenschwere Überweisungen Richtung Naher Osten oder Richtung Putin zur Begleichung der jährlichen Öl- und Gasrechnungen vorzunehmen. Was soll daran schlecht sein?

(Abg. Anton Baron AfD: Der höchste Strompreis!)

Wir haben mittlerweile über 100 Bioenergiedörfer in Baden-Württemberg, so viel wie kein anderes Bundesland. Das ist eine Erfolgsgeschichte, und ich verstehe nicht, wieso man so etwas schlechtredet.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD)

(Minister Franz Untersteller)

Wir haben seit 2016 den Ausbau der Wärmenetze vorangebracht. Das ist wichtig, weil das Thema Wärme für fast 30 % der CO₂-Emissionen relevant ist. Das heißt, das eine ist die gebäudeindividuelle Herangehensweise, das andere sind die Wärmenetze. Insgesamt bis zum heutigen Tag, in den letzten zweieinhalb Jahren, 123 km neue Wärmeleitungen, 2 000 Gebäude angeschlossen, 23 000 t CO₂ weniger pro Jahr – auch das ist eine Erfolgsgeschichte. Ich frage mich: Wieso sieht man das überhaupt nicht?

(Beifall bei den Grünen)

Schließlich haben wir auch ordnungsrechtliche Instrumente genutzt. Übrigens habe ich nie in Zweifel gezogen, dass das von der CDU mal mit Zustimmung der damaligen grünen Oppositionsfraktion entwickelt wurde. Aber wir haben das Erneuerbare-Wärme-Gesetz weiterentwickelt.

Was die Evaluierung betrifft, Herr Kollege Nemeth: Wenn Sie da reinschauen, dann stellen Sie fest, das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Alles Erfolgsgeschichten!)

Laut Gutachten kommt man, wenn man es hochrechnet und kumuliert, auf mindestens 400 000 t CO₂, die seit 2010 durch dieses Gesetz eingespart wurden. Daher verstehe ich nicht, wieso man so was in Zweifel zieht bzw. diesen Erfolg nicht auch sieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese Maßnahmen stehen für eine verlässliche, für eine realistische und für eine wirksame Politik. Was den Enthusiasmus betrifft, liebe CDU-Kolleginnen und -Kollegen, muss man sich bei mir wirklich keine Sorgen machen. Der Enthusiasmus ist bei mir bei diesem Thema immer da.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜ-NE: In die Wiege gelegt! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber all diese Maßnahmen aus den letzten Jahren, die ich jetzt aufgezählt habe – ich hefte mir das nicht selbst ans Revers, da brauchen Sie keine Sorge zu haben –, reichen bei Weitem nicht aus, wenn wir die von uns gemeinsam beschlossenen Klimaschutzziele für 2050 erreichen wollen; denn gemeinsam beschlossen haben wir eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 90 % bis zum Jahr 2050.

Fakt ist auch, Herr Kollege Stoch: Wir sind eng in die Europäische Union eingebunden, und wir sind logischerweise – das muss man, glaube ich, gar nicht betonen – auch in den Gesetzgebungsrahmen der Bundesrepublik Deutschland eingebunden. Sprich: Wir sind eingebunden in Entscheidungen, die in Brüssel fallen, und in Entscheidungen, die in Berlin fallen. Das hat direkte Konsequenzen für uns.

Die CO₂-Grenzwerte für Fahrzeuge werden nun einmal in Brüssel beschlossen, und die betroffenen Fahrzeuge fahren auch bei uns. Ergo findet das logischerweise auch hier seinen Niederschlag.

Für den Emissionshandel – Kollege Glück hat ihn dankenswerterweise angesprochen – werden die Rahmenbedingungen

in Brüssel beschlossen. Darunter fallen die ganzen Kraftwerke, darunter fallen große Anlagen im Bereich der Industrie.

Die Gebäudestandards aller unserer Gebäude werden in Berlin beschlossen. Herr Kollege Stoch, wenn eine Bundesregierung hier unzureichende Standards setzt – und sie setzt sie nun einmal unzureichend; so will man etwa die Standards aus dem Jahr 2014 noch bis in die Zwanzigerjahre fortschreiben –, dann leiden wir in Baden-Württemberg wie in allen 16 Bundesländern darunter, dass im Gebäudebereich nichts vorangeht.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen kann ich nicht anders, als bei der Bundesregierung einzufordern, dass in diesem Bereich mehr gemacht wird.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Die Rahmenbedingungen für die Förderung der erneuerbaren Energien – um auch dieses Thema noch zu nennen –:

(Abg. Anton Baron AfD: Die Strompreise haben Sie noch nicht erwähnt!)

Das ist ein bisschen anders, Herr Kollege Stoch, als Sie vorhin gesagt haben. Das Problem ist jetzt nicht der Abstand von 700 m oder 1 000 m; das Problem sind die Ausschreibungsbedingungen, die von Berlin kommen

(Abg. Anton Baron AfD: Das sind Ihre Probleme!)

und die dazu führten, dass es im letzten Jahr zu einem Rückgang kam, und es sind die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch die werden in Berlin gesetzt, und in Berlin wird darüber entschieden, ob wir regionale Komponenten oder regionale Bonusregelungen bekommen.

Meine Damen und Herren, ohne gute Rahmenbedingungen der Europäischen Union und auch des Bundes kann es logischerweise auch keine erfolgreiche Klimapolitik auf Landesebene geben. Das ist in Baden-Württemberg nicht anders als in den anderen Bundesländern. Es gibt mittlerweile acht Bundesländer, die ein Klimaschutzgesetz haben, und keiner meiner Kollegen erreicht seine Ziele vor dem Hintergrund dieser Dinge, die ich gerade genannt habe – nämlich dann, wenn die Rahmenbedingungen in Europa und in Berlin nicht so gesetzt sind, wie unsere Erwartungen waren. Dann laufen wir letztendlich unter der Latte durch. Das hat überhaupt nichts mit Parteipolitik zu tun,

(Abg. Anton Baron AfD: Aber ganz sicher!)

sondern das gilt für all diese Länder, die Landesklimaschutzgesetze haben.

(Beifall bei den Grünen)

Verfehlt der Bund sein Ziel – Andreas Stoch hat es angesprochen – von minus 40 % – und er wird es verfehlen; er landet zum Schluss bei etwa minus 32 % –,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Minister Franz Untersteller)

dann kann man nicht erwarten, dass Bundesländer – die ein Teil der Bundesrepublik sind – die Ziele, die abgeleitet sind aus den Zielen des Bundes – die haben wir uns doch nicht erwürfelt, sondern die sind abgeleitet aus den Zielen des Bundes –, dann erreichen. Das ist einfach eine Schimäre. Ich bin letztendlich darauf angewiesen, dass der Bund seine Hausaufgaben macht, und dann kann man von mir erwarten, dass ich meine auch mache.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wozu braucht man dann ein Landesgesetz?)

– darauf komme ich gleich noch, Herr Kollege Glück –, gleichwohl macht es Sinn, dass wir dieses Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2013 weiterentwickeln. Dieses Gesetz gibt die Orientierung und die Grundlage für den Transformationsprozess im Land – ich glaube, Kollege Nemeth hat es angesprochen –, der alle Bereiche umfasst:

(Abg. Raimund Haser CDU: Der auch schon längst im Gang ist!)

den Energiesektor, den Wärmesektor, den Verkehrssektor, den Agrarsektor etc. Es regelt den Rahmen und in gewissem Umfang auch Teile der Instrumente, und es sorgt dafür, dass über das darin verankerte Monitoringsystem die notwendigen Informationen für die politischen Entscheidungsprozesse generiert werden, z. B. zu den Fragen: Wo stehen wir bei der CO₂-Reduktion im Land, damit wir regelmäßig darauf schauen können? In welchen Bereichen gibt es Defizite? Wer ist dafür verantwortlich? Gerade das wollen wir beim Monitoringsystem in der jetzigen Novelle verbessern, damit wir in der Lage sind, dann auch zu schauen: Ist es die EU – die ich genannt habe –, ist es der Bund oder sind es Defizite bei uns, die dafür verantwortlich sind, dass wir vom Zielstrahl abweichen? Dann kann man auch sehen: Wo muss nachgesteuert werden, damit wir dann auf dem Zielstrahl sind?

Ein eigenes Klimaschutzgesetz bedeutet zudem: Wir übernehmen Verantwortung für den Klimaschutz. Wir formulieren, abgeleitet aus den vom Bund beschlossenen Zielen, eigene Ziele – abgeleitet, nicht gewürfelt oder sonst was; abgeleitet aus den vom Bund beschlossenen Zielen. Der Bund hat im November 2016 für 2030 ein CO₂-Minderungsziel von minus 55 % beschlossen. Das ist ein Beschluss der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat auch Sektorziele beschlossen: für den Stromsektor, Wärmesektor, Verkehrssektor, Agrar etc. Daraus abgeleitet formulieren wir unsere Ziele, und zwar auf Basis eines wissenschaftlichen Gutachtens. Das Hauptziel lautet: Wenn der Bund 55 % – –

(Abg. Anton Baron AfD: Wo steht das? – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wer macht das Gutachten? – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

– Schütteln Sie nicht den Kopf, Herr Kollege Paal. Wir haben ein Gutachten machen lassen von einem Forschungskonsortium von vier Instituten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sind Sie auch beteiligt? – Gegenrufe: Ach!)

Das Ergebnis ist, dass wir in Baden-Württemberg aufgrund unserer Wirtschaftsstruktur, mit unserem Verkehrsanteil usw. 42 % bis zum Jahr 2030

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gekaufte Wissenschaftler!)

an CO₂-Minderung bringen müssen – also nicht 55 %, sondern 42 %.

Eines ist mir wichtig – das ist vorhin auch schon angesprochen worden –: Letztendlich geht es auch um eine Vorbildfunktion für andere Regionen. Baden-Württemberg allein wird das Klima nicht retten mit dem Anteil, den wir haben. Aber wir haben vor drei, vier Jahren, 2014/2015, ein globales Bündnis mit auf den Weg gebracht, die „Under2 Coalition“, in der sich mittlerweile 222 Regionen dieser Welt versammelt haben, die gemeinsam sagen: Wir kämpfen dafür, dass die Ziele von Paris erreicht werden. Wir tun in unseren Regionen auch etwas dafür, dass wir unter zwei Grad bleiben, dass wir unter zwei Tonnen bleiben. Wie soll ich es denn Regionen in Afrika, Asien oder Lateinamerika erklären, wenn wir in Baden-Württemberg als einer der reichsten Industrieregionen der Welt – dazu zählt Baden-Württemberg nun einmal – den Klimaschutz nicht ernst nehmen würden? Wie sollen denn andere dieses Thema ernst nehmen? Daher sind wir und bin ich in der Pflicht, voranzugehen. Wir müssen uns an dem orientieren, was die Bundesregierung beschlossen hat, und dies dann auch auf Baden-Württemberg übertragen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir arbeiten jetzt an der Novellierung dieses 2013 hier im Landtag mit großer Mehrheit beschlossenen Klimaschutzgesetzes. Wir orientieren uns an dem, was die Bundesregierung beschlossen hat. Wir werden dann aufbauend auf den Eckpunkten, die in den nächsten Tagen und Wochen beschlossen werden, einen Gesetzentwurf entwickeln, und hierauf aufbauend werden wir das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept voranbringen. – Übrigens: Die 108 Maßnahmen, die damals drinstanden, haben wir komplett – komplett! – umgesetzt.

(Abg. Jonas Weber SPD: Was war der Erfolg? – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Jetzt geht es natürlich darum, ein neues IEKK für die Zwanzigerjahre zu entwickeln, um dann zu schauen: Wie erreichen wir mit dem, was da drinsteht, die Ziele, die wir uns für 2030 setzen? Da werden selbstverständlich auch Maßnahmen drinstehen, die Richtung Brüssel adressiert sind; es werden Maßnahmen drinstehen, die Richtung Berlin adressiert sind, und es werden Maßnahmen drinstehen, die an uns, an das Land, bzw. auch an die Kommunen – auch da wird ja Klimapolitik betrieben – adressiert sind.

Letztendlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich zähle darauf, dass Vernunft und Verlässlichkeit handlungsleitende Werte bei diesem Prozess sind. Im Koalitionsvertrag gibt es wenig Dinge, die so klar geregelt sind wie das Thema Klimaschutz und wie die Beiträge dieser Landesregierung zur Weiterentwicklung des Klimaschutzgesetzes und des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts. Ich bin daher guter Din-

(Minister Franz Untersteller)

ge, dass wir hierbei in den nächsten Tagen und Wochen zusammenkommen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Paal.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ach, der Claus! Nicht der Paul! Der Paul war so gut! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Für den Nemeth war das keine Erfolgsgeschichte!)

Abg. Claus Paal CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Herr Minister Untersteller: Niemand von der CDU redet Programme klein oder schlecht – zumal diese von uns sind. Zum Thema KEFF kann ich Ihnen nur sagen: Ich bin IHK-Präsident; ich lebe Klimaschutz. Wir sind die Kompetenzstelle für das Thema KEFF und haben dies jeden Tag auf dem Schirm. Es geht nur darum, dass eben unter dem Strich das Ergebnis hier in Baden-Württemberg schlecht ist. Und das müssen wir heute auch mal thematisieren.

Herr Kollege Walter, wenn Sie Peter Altmaier zitieren, der sagte: „Klimaschutz darf keine Jobs kosten“, dann sage ich: Diese Aussage ist richtig. Das ist doch völlig in Ordnung.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Er hat es aber anders gesagt!)

Richtig und gut gemachter Klimaschutz schafft Jobs; das wissen wir doch alle. Da gibt es eine Industrie, die dahintersteckt, eine Wirtschaft, die dahintersteckt. Eine solche Aussage ist daher berechtigt.

Klimaschutz ist keine Frage von Gut und Böse,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

sondern Klimaschutz ist notwendig und kann auch ganz konkret gelingen. Der CDU ist Klimaschutz wichtig, und wir beweisen dies auch jeden Tag. Nur: Ohne unsere Wirtschaft wird es nicht gelingen, ohne Technologie wird Klimaschutz nicht gelingen; das müssen wir auch klarstellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Um in der Sprache der Wirtschaft zu bleiben: Mit Symbolpolitik werden wir nichts bewirken. Wir müssen den Klimaschutz wirklich konkret angehen und ihn umsetzen.

Der Titel unserer Aktuellen Debatte „Enthusiasmus und Realismus“ ist sehr gut gewählt. Ich würde ihn sogar noch ergänzen: Wir brauchen auch ehrliche Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Denn ohne unsere Gesellschaft, als reiner Top-down-Ansatz, wird Klimaschutz auf gar keinen Fall gelingen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Wir müssen und wir seitens der CDU-Fraktion werden uns die notwendige Zeit nehmen – auch heute –, um darüber zu diskutieren und den Klimaschutz richtig zu machen, damit er auch endlich hier im Land Wirkung zeigt.

Herr Ministerpräsident, mich hat Ihre Aussage etwas irritiert – ich zitiere –:

Ich bin nicht zufrieden. Es geht zu langsam.

Wir wollen es richtig machen. Wir werden uns die Zeit nehmen, das auch alles zu hinterfragen.

Uns geht das Thema Wohnungsbau zu langsam. Es liegt seit Monaten bei Ihnen im Staatsministerium.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der AfD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Guter Mann! – Abg. Gabi Rolland SPD: Sehr gut! – Zuruf von der SPD: Wer ist der Wohnungsbauminister?)

Beim Wohnungsbau könnten wir ganz konkret etwas für die Menschen im Land tun. Wir wollen Klimaschutz mit der Wirtschaft in unserem Land, mit der Industrie, mit der Gesellschaft. Wir werden alles hinterfragen, was mit dem Wohnungsbau zu tun, was mit der Mobilität zu tun hat, damit es hier keine negativen Konsequenzen gibt. Denn es gilt, Klimaschutz, Mobilität und Wohnungsbau miteinander zu vereinbaren. Das werden wir tun.

Wenn ich die Wirtschaft in Baden-Württemberg anschau, sehe ich eine beeindruckende Zahl: 12,5 Milliarden € Umsatz in der Umweltbranche mit 45 % Exportanteil. Da sieht wirklich jeder, dass baden-württembergische Produkte in der Welt gefragt sind. Der Klimaschutz ist ein weltweites Problem. Also ist der Exportanteil gut und richtig. Hier müssen wir dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft noch deutlich mehr in diesem Bereich tut: energieeffiziente Antriebs- und Steuerungstechnik, Wind- und Wasserkraftwerke, Energieeffizienz von Gebäuden, Kraft-Wärme-Kopplung, klimaneutrale Mobilität, Wasserstoffantriebe – und natürlich ist auch der Dieselmotor ein Beitrag zur CO₂-Reduktion. Das sind Dinge, die wir auf dem Schirm haben, die wir ausbauen müssen. Ich könnte das endlos fortsetzen, ich habe aber keine Zeit mehr.

Wir bleiben dran am Thema Klimaschutz: mit der Gesellschaft, mit der Wirtschaft; konkret statt abstrakt, mit Maßnahmen statt Symbolen. Dann wird es auch gelingen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt darf ich fragen, wer noch das Wort wünscht. – Ja, bitte schön. Die SPD-Fraktion ist dran.

Abg. Gernot Gruber SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht vorneweg gesagt: Ich bin dem Kollegen Nemeth dankbar, dass er die Debatte angestoßen hat. Seit Wochen lese ich in der Zeitung: „Eckpunkte liegen vor“. Sie liegen vor bei der Presse, sie liegen vor beim

(Gernot Gruber)

Städte- und Gemeindetag. Gestern stand in der Zeitung: „Bürger dürfen mitreden“.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir sehen nur die hohen Strompreise! Stimmt's, Herr Gruber?)

Aber bis heute hat dieses Parlament – noch nicht einmal wir Umwelt- und Fachpolitiker – diese Eckpunkte nicht. Letztlich wissen wir noch gar nicht, über was sich CDU und Grüne eigentlich streiten, weil die Regierung es versäumt hat, dem Parlament und dem Umweltausschuss die Inhalte und die Eckpunkte vorzulegen, damit wir auch vernünftig mitreden können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Wichtiger Punkt! – Zuruf von den Grünen: Wir müssen es auch nicht!)

Ich bin dem Kollegen Walter dankbar, dass er bekannt hat, dass nicht nur die Grünen allein regiert haben, sondern dass manche der Erfolgsgeschichten, die der Umweltminister zu Recht aufgezählt hat,

(Abg. Anton Baron AfD: 30 Cent! Da sind Sie nicht ganz dran beteiligt!)

auch auf der gemeinsamen Regierungsarbeit von Grünen und Sozialdemokraten basieren. Manchmal hat man nämlich das Gefühl, dass die Arbeitsteilung so aussieht: Wenn ein Erfolg da ist, dann ist es grün geführt, wenn es einen Misserfolg gibt, dann sind die anderen schuld – der Koalitionspartner oder die böse Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So, jetzt wird es ein bisschen arg!)

Kommen wir einmal zum Knackpunkt. Der Knackpunkt der Debatte ist heute: Wo stehen wir?

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege, das war noch nie anders!)

Inwieweit erreichen wir die Klimaschutzziele? Da bin ich schon der Meinung, dass der Umweltminister die Chance versäumt hat, klar zu sagen, wo wir hier in Baden-Württemberg stehen. Er hat vom Zielstrahl gesprochen. Das Klimaschutzziel lag ursprünglich in Baden-Württemberg bei einer CO₂-Einsparung von 30 % gegenüber dem Jahr 1990. In der letzten Periode ist es auf 25 % abgesenkt worden. Damals hat der Kollege Nemeth im Parlament darauf aufmerksam gemacht.

Übrigens: Wenn der Bund die 40 % auch um ein Sechstel reduziert hätte, läge die Zielsetzung des Bundes bis zum Jahr 2020 bei 33,3 %.

(Minister Franz Untersteller: Die haben aber keine Kernkraftwerke, die abgeschaltet werden!)

Sprich: Wenn es gut läuft, erreicht der Bund fast die 33 % – es sind 32 %.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Scharfer Rechner!)

Das hat der Umweltminister selbst angesprochen.

Wo stehen wir im Land? Niemand weiß es. Wir standen 2014 bei 15 %; im Ranking der Bundesländer war das Platz 13 von 16. Niemand hat heute die Antwort gegeben auf die Frage: Wo steht Baden-Württemberg bei der CO₂-Einsparung?

(Beifall bei der SPD)

Stehen wir bei 12 %? Stehen wir bei 15 %? Stehen wir bei 22 %? Ich weiß es nicht. Ich habe keine Daten. Es wäre aus meiner Sicht die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

diese Zahlen diesem Parlament vorzulegen. Erst dann wissen wir, wie gut oder wie schlecht wir dastehen und wo unser Handlungsbedarf liegt, an welchen Themen wir alle gemeinsam arbeiten müssen, zumindest alle diejenigen, die den Klimaschutz ernst nehmen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wenn es dich interessiert hätte, hättest du schon längst einen Antrag stellen können!)

In diesem Sinn hoffe ich auf anregende Debatten um den richtigen Weg, auf mehr Tempo und mehr Wirksamkeit bei der CO₂-Einsparung.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner hat jetzt das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Enthusiasmus – wo ist denn der Enthusiasmus geblieben? Ich hätte so viel Fröhlichkeit, so viel Lachen, so viel Glauben, so viel Hingabe erwartet. Was aber sehe ich hier? Einen Plenarsaal, der gerade etwas mehr als zur Hälfte besetzt ist. Wo bleibt denn der Enthusiasmus, den Sie im Hinblick auf die Klimaretterei infolge der vom Menschen gemachten Aktivitäten wie eine Monstranz vor sich hertragen? Vielleicht hätten Sie aber heute Morgen lieber das altbekannte und gute Crystal Meth verwenden sollen, statt sich mit Valium abzufüllen.

(Lachen bei der AfD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir haben hier wahrscheinlich die Folgen des altbekannten Rinderwahnsinns, der heute in Grünitis und Gretaismus zum Ausdruck kommt. Anders kann man sich das nicht erklären.

Ich sage Ihnen noch etwas ganz anderes.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Heijei! Schreien Sie doch nicht so!)

Sagt Ihnen die Familie Schmidt-Ruthenbeck etwas? Sie hält 15,77 % am deutschen Handelskonzern Metro. Doch was genau hat eine Familie mit Klimawandel zu tun? 1996 gründete die Familie die Stiftung Mercator mit 57 Millionen € Startkapital. Das macht sie zu einer der einflussreichsten Stiftungen.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Seit 2010 fokussiert sich die Stiftung u. a. auf den Klimawandel. Dafür wurde das Projekt Agora Energiewende ins Leben gerufen. Ziel ist es nach eigenen Angaben, der Energiewende den Weg zu bereiten. Für dieses Ziel werden zahlreiche Studien, Expertisen, Workshops und ähnliche Initiativen durchgeführt, also gekaufte Fake-Studien und Lügenprodukte, die daherkommen, als ob sie Studien wären.

Bei diesem Ziel wird die Stiftung Mercator zusätzlich von der European Climate Foundation unterstützt, einem Zusammenschluss von Konzernen für – Überraschung! – erneuerbare Energie. Gemeinsam wurde so das Unternehmen Smart Energy for Europe Platform – kurz: SEFEP – ins Leben gerufen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Seine Zeit ist überschritten!)

Dieses gründete die Lobbyplattform „klimafakten.de“, die fast jedem Klimaartikel in Deutschland als Grundlage dient. Selbst Wissenschaftsmagazine wie GEO verzichten auf eigene Ausführungen und verlinken direkt zur Lobbyseite. Das verwundert nicht, denn die SEFEP beschäftigt allein zehn Journalisten für die Öffentlichkeitsarbeit.

Wie tief verwurzelt der Thinktank in der Politik ist, zeigt ein kurzer Blick ins Firmenprofil. Der Gründungsdirektor Baake ist seit 2014 Staatssekretär. Sein Nachfolger Graichen kam direkt aus dem Umweltministerium, wo er die Energiepolitik verantwortete. Im Rat sitzen zahlreiche Politiker und Vertreter von Energieverbänden. Näheres kann Ihnen hier auch Minister Untersteller sagen – der sitzt ebenfalls drin. Er weiß auch, warum die Fehleinschätzungen des wohl einflussreichsten Thinktanks im Bereich Energiepolitik unsere Luft dreckiger statt sauberer gemacht haben.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist überschritten.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Eines ist unstrittig. Der Mensch hat einen Einfluss auf das Klima. Nur welchen, das fasst der Vordenker im Bereich „Klima und Energie“ wie folgt zusammen:

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist doch nicht normal!)

Wer kann beweisen, dass es das Ungeheuer von Loch Ness nicht gibt? – Das ist grüne und angeschimmelt schwarze Politik.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keiner klatscht!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, Tagesordnungspunkt 2 ist jetzt beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Deindustrialisierung: Führt uns die verfehlte Mobilitätsstrategie der Landesregierung in die Massenarbeitslosigkeit? – beantragt von der Fraktion der AfD

Das Präsidium hat eine Gesamtredezeit von 50 Minuten vorgesehen, das heißt in der Aussprache für jede Fraktion eine Redezeit von zehn Minuten. Ich darf auch die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Als Ersten rufe ich für die Fraktion der AfD Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel auf.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ereilen seit einigen Wochen Hiobsbotschaften. Dazu gehört auch die vorhergehende Debatte. Die Inhalte und die Redebeiträge haben sicherlich einen erheblichen Teil zu dem beigetragen, was wir hier in der Abfolge noch hören werden.

Das Urteil zu den Fahrverboten in Reutlingen führt zu einer weiteren Verschlimmerung der Situation in unserem Land. Wieder stehen Familien vor vielen Fragen: Wann soll ich meinen Diesel verkaufen? Wie hoch sind meine Verluste? Wie hoch sind meine Kosten für den Neuwagen?

Die Fahrverbote beschädigen Baden-Württemberg, sie beschädigen die Glaubwürdigkeit der Politik, und sie beschädigen existenziell die Automobilindustrie in Baden-Württemberg. Die Bürger werden verunsichert, meine Damen und Herren.

Aber es kommt noch schlimmer: Vor ein paar Tagen hat das EU-Parlament eine Verschärfung der CO₂-Richtlinien für den Verkehr beschlossen.

(Zuruf von den Grünen: Gute Entscheidung!)

Bis 2030 – also in knapp elf Jahren – sollen die Neuwagen im Vergleich zum Wert von 1990 37,5 % weniger Kohlendioxid ausstoßen. Das ist gleichbedeutend mit einem Gesamtverbrauch von 2,5 Litern Benzin auf 100 km oder 2,2 Litern Diesel auf 100 km. Dazu muss man wissen, dass der effizienteste Smart-Motor, den es heute auf dem Markt gibt, aktuell einen Verbrauch von 4,1 Litern Super auf 100 km ausweist.

Sie können sich also vorstellen, was das für die Automobilindustrie bedeutet. Für uns Verbraucher wird das bedeuten, dass das Auto zu einem Luxusgut wird.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das ist das Leichentuch, das das EU-Parlament über unsere Autoindustrie legt. Hier entscheiden ausländische Spitzenpolitiker über die Regelungen für die deutsche Automobilindustrie, für deutsche Automobilbauer, und sie beißen damit die Hand, die sie füttert. Diese Grenzwerte treiben alle Automobilhersteller in Richtung E-Mobilität – ganz ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste hier im Land.

Wo ist der Aufschrei aus Baden-Württemberg? Das frage ich Sie. Statt sich zu empören, stimmt die Landesregierung in den Abgesang auf unsere Automobilindustrie ein. Ich sage Ihnen: Erst dann, wenn die letzte Autofabrik in Baden-Württemberg geschlossen hat, der letzte Zulieferer nach China abgewandert ist und der letzte Maschinenbauingenieur arbeitslos geworden ist, werden Sie merken – auch Sie, liebe Grüne –,

(Lachen bei den Grünen)

dass ohne Steuergelder Ihre ideologischen, planwirtschaftlichen Modelle nicht zu finanzieren sind.

(Beifall bei der AfD)

(Bernd Gögel)

Sie wissen, dass Sie Baden-Württemberg in eine Krise stürzen, Sie wissen, was das für den Automobilbau, für unseren Automobilstandort bedeutet. Als Ausweg versuchen Sie es jetzt mit dem Bau von Batteriefabriken – gemeinsam mit VARTA. Sie versuchen, sich an die Produktion von Elektroautos zu klammern.

Wissen Sie: Es gab auf deutschem Boden schon mehrfach Versuche – auch in jüngster Vergangenheit –, staatswirtschaftlich geschickter als der Markt zu sein. Aber weder der Trabi noch die Solarindustrie haben es durchgehalten. In der Solarindustrie in Deutschland waren in der Spitze über 130 000 Menschen beschäftigt. Heute ist es nur noch ein Bruchteil.

Meine Damen und Herren, die staatlichen Subventionen und auch die Arbeitsplätze sind nach China abgewandert.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Es ist ein Milliardengrab, meine Damen und Herren, und der E-Automobilindustrie droht das gleiche Schicksal.

Leider ist auch der Daimler-Konzern momentan dabei, Arbeitsplätze nach China auszulagern. Ab 2022 wird Daimler gemeinsam mit dem chinesischen Unternehmen Geely Elektromotoren in China bauen. Im Werk in Hambach, im Elsass, wird in Zukunft der kleine E-Mercedes gebaut. Diese E-Fahrzeuge werden nicht mehr in Baden-Württemberg hergestellt werden, meine Damen und Herren.

Daimler will aufgrund der E-Mobilität einen Sparkurs einschlagen. Es gibt Hinweise darauf, dass bereits heute über 900 Leiharbeiter abbestellt wurden. Doch nicht nur das „Manager Magazin“ geht davon aus, dass zukünftig Stellen in der Produktion wegfallen werden. Volkswagen ist da schon weiter und streicht Stellen. 7 000 sollen es sein.

Die VW-Tochter Audi produziert auch bei uns in Neckarsulm. Die Führung von Audi spielt momentan mit dem Gedanken, die E-Auto-Produktion nicht in Neckarsulm durchzuführen, sondern zu verlagern.

Diese Pläne von Volkswagen werden Auswirkungen auf Baden-Württemberg und seine Automobilzulieferer haben, meine Damen und Herren.

Der Zulieferer Mahle hat am 25. März einen Sparkurs angekündigt. Mahle ist nicht irgendwer; Mahle hat in Baden-Württemberg über 10 000 Beschäftigte, davon fast 70 % hier in Stuttgart. Nur noch bis Ende 2019 sind sie vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt.

Viele Mitarbeiter sind mehrfach betroffen. Sie arbeiten für den Diesel, und sie fahren Diesel. Deren Zukunft steht bereits in mehrfacher Hinsicht auf dem Spiel.

Auch bei Bosch sind die Mitarbeiter beunruhigt; mehrere Tausend haben in Stuttgart-Feuerbach demonstriert. Sie haben die berechtigte Sorge, dass die Diesel-Arbeitsplätze in Gefahr sind. Allein in Feuerbach sind 8 000 Arbeitsplätze vom Diesel abhängig, meine Damen und Herren.

Wir, die AfD-Fraktion, fordern, dass sich die Landesregierung für die Automobilarbeitsplätze einsetzt: im Land, im Bund, in der EU, und zwar für alle. Es gibt keine guten, keine schlech-

ten Arbeitsplätze in den baden-württembergischen Automobilwerken.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern, dass alle Verkehrsmittel gleich fair behandelt werden. Wer über Feinstaub auf der Straße redet, darf nicht von Feinstaub in den U-Bahnhöfen schweigen. Wir fordern Sie auf, dass Sie die Luftmessstationen in den Verkehrsdurchschnitt setzen. Die aktuellen Messstationen liegen oft an Extremstellen und an Orten mit vielen Staus. Hören Sie auf, gegen den motorisierten Individualverkehr und somit gegen unsere Industrie Krieg zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch!)

Von Bosch hört man: Wir können Strukturwandel, aber keinen Strukturbruch. Schreiben Sie sich das hinter Ihre Ohren, meine Damen und Herren von der Regierung.

(Beifall bei der AfD)

Eine Verteuerung des Individualverkehrs führt zu einem weiteren Aussterben des ländlichen Raums.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Richtig!)

Es führt zu noch mehr Andrang auf den Mietmarkt der Städte.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Richtig!)

Sie erzeugen die Probleme selbst, von denen Sie hier im Haus behaupten, Sie würden diese lösen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Klaus Dürr AfD: Richtig!)

Wir fordern von Ihnen den Erhalt der Automobilindustrie und die Sicherung der Arbeitsplätze in unserem Bundesland. Wir fordern von Ihnen ein klares Bekenntnis zum Diesel. Hören Sie endlich auf mit Ihren ideologisch motivierten Ökohysterien, die mehr mit Wahltaktiken zu tun haben als mit den realitätsnahen Problemen der Bürger in Baden-Württemberg. Hören Sie endlich auf mit Ihren überspitzt freundlich dargestellten „Null-Emissions-Autos“,

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

die utopisch sowie unbezahlbar sind. Sie handeln gegen den Willen der Bürger in unserem Land, und das ist höchst undemokratisch.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das sieht man ja an den Umfragewerten! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sieht man jede Woche an den Umfragewerten, Herr Kollege!)

Denn individuelle Mobilität ist ein Grundrecht und der letzte Pfeiler für die Freiheit unserer Bürger.

(Beifall bei der AfD – Bravo-Rufe von der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Herr Abg. Katzenstein von den Grünen.

(Zurufe)

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Von verfehlter Mobilitätspolitik kann keine Rede sein, ganz und gar nicht.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Widerspruch bei der AfD)

Einer der Kernsätze der Strukturstudie von e-mobil BW, die jüngst von Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut und Herrn Minister Hermann vorgestellt wurde,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

lautet:

Denn nicht die Transformation zur Elektromobilität selbst, sondern verpasste Gestaltungschancen bei deren aktiver Weiterentwicklung können die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs gefährden.

Oder kurz und prägnant zusammengefasst: Nichtstun rettet keine Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Was sind denn die Anforderungen an eine Mobilitätsstrategie, an eine moderne Mobilitätspolitik? Sie muss die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen im Land befriedigen. Die Menschen müssen zuverlässig und sicher zur Arbeit, zum Einkauf, zur Schule oder zu ihren Freizeitaktivitäten kommen.

(Zuruf von der CDU: Bei jedem Wetter!)

– Bei jedem Wetter. – Die Wirtschaft muss ihre Waren zuverlässig und sicher von A nach B transportieren können. Und die Mobilität der Zukunft muss emissionsfrei sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Es gibt kein emissionsfreies Fahren! Selbst beim Spazierengehen gibt es Emissionen!)

In allen Bereichen haben wir Erfolge beim Klimaschutz. Wir haben es vorhin schon gehört. Nur beim Verkehr sind die klimaschädlichen Emissionen nicht gesunken. Sie sind immer noch so hoch wie im Referenzjahr 1990. Zukunftsfähige Mobilitätspolitik muss ihren – überfälligen – Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie muss dafür sorgen, dass die Belastungen aus dem Verkehr durch Luftschadstoffe, Treibhausgase und Lärm auf ein verträgliches Maß zurückgehen. Und sie muss dafür sorgen, dass deutlich weniger Menschen als heute bei Verkehrsunfällen zu Schaden und zu Tode kommen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Jährlich sterben in Baden-Württemberg rund 450 Menschen im Verkehr. Jeden Tag stirbt mindestens ein Mensch. Das ist unerträglich.

Was haben wir uns vorgenommen? Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, Baden-Württemberg zu einem nachhaltigen und modernen Mobilitätsland zu machen. Unser Ziel ist eine neue Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, die sozial, bezahlbar und wirtschaftlich effizient ist und Lebensqualität sichert.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Wir wollen die Chancen von Elektrifizierung, Automatisierung und Digitalisierung für eine zukunftsfähige Mobilität nutzen. Wir haben eine Zukunftsoffensive für die Verkehrsinfrastruktur vereinbart. Wir haben eine Zukunftsoffensive für Busse und Bahnen vereinbart. Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Rad- und Fußverkehrsland machen. Wir wollen Güter- und Luftverkehr umweltfreundlicher gestalten. Wir wollen Menschen und Umwelt im Verkehr in Einklang bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Was haben wir schon gemacht, was haben wir erreicht? Hören Sie gern einmal zu. Da ist z. B. die Zukunftsoffensive für Busse und Bahnen. Es gibt einen besseren Busverkehr im Land durch die ÖPNV-Finanzierungsreform. Wir versetzen die Aufgabenträger in den Stadt- und Landkreisen in die Lage, den Busverkehr flächendeckend neu aufzustellen und so schnell wie möglich einen Stundentakt im ganzen Land anzubieten, und wir setzen dabei bewusst finanzielle Anreize, um die Qualität des Busverkehrs zu verbessern.

Mehr Züge bewegen sich und bewegen die Menschen im Land. Mit den erfolgreichen Ausschreibungsverfahren bestellen wir mehr Züge im Schienennahverkehr und verdichten die Takte. Neue, moderne Züge bieten besseren Komfort mit WLAN, Klimaanlage sowie Barrierefreiheit.

Der bwtarif bewegt das Land. Seit Dezember fahren Nahverkehrskunden in Baden-Württemberg verbundübergreifend um durchschnittlich 25 % preisgünstiger. Sie brauchen nur noch ein Ticket für die ganze Reise mit Bus, Straßenbahn und Bahn. Eine solche Vereinfachung und eine so groß angelegte Preissenkung gab es bundesweit noch nie.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Noch ein Beispiel: die Tarifreform im VVS, dem Verkehrsverbund mit den meisten Fahrgästen im Land. Seit diesem Montag ist die Nutzung von Bussen und Bahnen rund um Stuttgart und in Stuttgart einfacher und deutlich preisgünstiger geworden, im Schnitt um ein Viertel.

(Abg. Anton Baron AfD: X1-Linie!)

Statt 52 Tarifzonen gibt es nur noch acht. Auch das geht nur wegen der kräftigen Unterstützung dieser Landesregierung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Dann habe ich noch nicht einmal von der Busförderung, den Regiobussen, den Metropolexpresszügen oder dem Bahnhofsmmodernisierungsprogramm gesprochen.

(Abg. Anton Baron AfD: Die X1-Linie haben Sie auch noch nicht erwähnt!)

Aber auch bei der Verkehrsinfrastruktur sind wir zukunftsorientiert. Von wegen, Winnie Hermann sei ein Autohasser: Noch nie wurde so viel Geld in den Straßenbau investiert. Aber weil wir eine grün-schwarze Koalition bilden, gilt für uns gemeinsam der Grundsatz: Erhalt geht vor Ausbau, geht vor Neubau. Denn schon Ministerpräsident Oettinger hatte die Devise aus-

(Hermann Katzenstein)

gegeben, die Flächenversiegelung im Land mittelfristig netto auf null zu senken.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Fahrradwege ja, Straßen nicht!)

Mit dem Bundes-GVFG und dem Landes-GVFG, also den Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzen, fördern wir den Verkehr im Land. Wir unterstützen unsere Kommunen und die Aufgabenträger. Gemeinsam mit der kommunalen Familie legen wir ab dem nächsten Jahr nicht nur noch eine Schippe drauf, nein, die LGVFG-Mittel werden von 165 Millionen € pro Jahr auf 320 Millionen € erhöht und damit fast verdoppelt.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Jetzt können Sie sich freuen oder sich aufregen: Seit zehn Jahren betreiben wir erfolgreich die Förderung des Radverkehrs.

(Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn!)

Die Radstrategie von 2015 ist auch für diese Regierungskoalition Grundlage des Handelns. Mit der Kampagne RadKULTUR, dem RadNETZ und jüngst den Radschnellverbindungen haben wir Maßstäbe gesetzt, die bundesweit ihresgleichen suchen. Der Radverkehr konnte dadurch seinen Anteil im Land in zehn Jahren um ein Viertel steigern. Das ist uns noch nicht genug, aber es ist immerhin eine erhebliche Steigerung.

Erst in der letzten Woche war eine Delegation des Schweizer Kantons Zürich bei uns zu Gast. Wir haben gemeinsam das Testfeld Autonomes Fahren in Karlsruhe besucht, und unsere Gäste waren sichtlich beeindruckt von der Innovationskraft unserer Forscherinnen und Forscher, die uns und die Industrie in unserem Land mit Landesgeldern fit für die Zukunft machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Damit kein Fahrer, keine Fahrerin eines Elektroautos weiter als 10 km zur nächsten Ladesäule und keine 20 km zur nächsten Schnellladesäule fahren muss, haben wir das Ladesäulenprogramm SAFE aufgelegt, welches in diesem Jahr noch abgeschlossen sein wird.

Die Luft in unseren Städten wird durch unsere umfangreichen Maßnahmenpakete sauberer, auch wenn wir noch nicht überall am Ziel sind. Aber dieses Thema brauche ich, glaube ich, nicht weiter auszuführen. Das haben wir hier schon mehrfach zur Genüge getan.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Abbiegeassistenten retten Leben. Sie könnten 60 % der tödlichen Abbiegeunfälle verhindern, aber nur 5 % der Lkws sind damit ausgerüstet. Leider werden Abbiegeassistenten erst in drei Jahren Pflicht, und dies auch nur bei Neufahrzeugen. Eine Nachrüstung ist technisch möglich, und sie ist günstig – das Gerät kostet nur rund 1 000 bis 1 500 €.

Die EU und der Bund haben zu lange gezögert, denn die Nachrüstung ist nicht verpflichtend. Das Verkehrsministerium in unserem Land handelt. In Zusammenarbeit mit den Spe-

ditoren im Land werden 500 Lkws mit unserer Förderung ausgerüstet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Karl Rombach CDU)

Sie sehen: Wir haben nicht nur eine moderne Mobilitätsstrategie, wir handeln auch.

Ich komme zur Transformation der Automobilindustrie. Die Automobilhersteller und ihre Zulieferer sind in Baden-Württemberg ein bedeutender Wirtschaftsfaktor – der Wirtschaftsfaktor – und Arbeitgeber. Diese Schlüsselindustrie muss sich dem Wandel stellen. Denn nur wenn sie zukunftsfähige Mobilitätsdienstleistungen und Fahrzeuge anbietet, wird sie im Weltmarkt überhaupt noch bestehen können.

Diese Transformation begleitet und beschleunigt die Landesregierung mit einem einzigartigen, mittelfristig angelegten Strategiedialog. Dieser hat Vorbildcharakter und findet inzwischen Nachahmer in anderen Bundesländern.

Wer den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg als Zentrum industrieller Innovation sichern will, muss die Transformation der Autoindustrie beschleunigen. Denn der künftige Erfolg dieser Industrie, auf die wir alle so angewiesen sind, wird nicht beim Absatz von Diesel-Pkws in Baden-Württemberg entschieden. Er wird in China, den USA und anderen Märkten entschieden.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Dort werden sie auch gebaut!)

Die Strukturstudie der Landesagentur e-mobil BW zeigt klar, dass uns ein „Weiter so wie bisher“ nicht weiterhilft. Ich zitiere noch einmal:

Der sich abzeichnende Transformationsprozess der Automobilindustrie – getrieben durch Elektromobilität und Digitalisierung – ist deshalb nicht nur eine Frage der ökologischen Notwendigkeit. Vielmehr kann die industrielle Stärke Baden-Württembergs durch eine gelungene Transformation weiter ausgebaut werden, während ein verpasster Umstieg auf die neuen Technologien sich schnell negativ auf die Industriestruktur und den Wohlstand des Landes auswirken könnte.

Ich komme zum Schluss. Gerade wenn wir uns nicht wandeln, werden wir riesige Probleme bekommen, weil sich Megatrends wie Digitalisierung, Automatisierung und Elektrifizierung nicht von rückwärtsgewandten Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg aufhalten lassen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Oh-Rufe von der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ogottogott!)

Wenn wir uns nicht wandeln, bekommen wir riesige Probleme, weil wir vertraglich verpflichtet sind, die Pariser Klimaziele einzuhalten, und der Verkehr hier endlich einen deutlichen Beitrag leisten muss.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, kommen Sie bitte wirklich zum Schluss.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Zwei Sätze noch. – Im Übrigen kostet das Verfehlen der Klimaschutzziele den Bund und damit in der Folge auch uns

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

richtig Geld. Für die Periode 2021 bis 2030 wird mit bis zu 30 Milliarden € Strafzahlungen gerechnet. Die Behauptung ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: ... – ich bin am Schluss
–, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Schon seit 30 Sekunden.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: ... dass eine klimafreundliche, digitale, vernetzte Mobilitätsstrategie in die Massenarbeitslosigkeit führe, ist Unsinn. Das Gegenteil ist der Fall.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Abg. Mack.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Debatte so verstanden, dass es um die Sorge um Arbeitsplätze in diesem Land geht. Die AfD hat diese Debatte beantragt. Sie ist aber nur noch mit einer kleinen Mannschaft im Plenarsaal vertreten.

Es geht um Arbeitsplätze im Land. Wir haben im Moment fast Vollbeschäftigung.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Wir hatten im Jahr 2018 so viele Arbeitsplätze in diesem Land wie noch nie zuvor. In den letzten zwei Jahren kamen 200 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Land dazu. Wir haben ein Wachstum beim Sozialprodukt – das höchste Sozialprodukt, das wir je hatten. Die Exportrate ist die höchste, die wir je hatten. Deswegen können wir feststellen: Es läuft gut in der baden-württembergischen Wirtschaft.

Das Herzstück der baden-württembergischen Wirtschaft ist die Industrie. Baden-Württemberg hat einen Industrieanteil von 33 %. Der Industrieanteil in Baden-Württemberg ist der höchste im Vergleich aller Bundesländer und aller Länder in Europa. Die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen sind unser Rückgrat. Deswegen bekennen wir uns ganz klar zu den Industriearbeitsplätzen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Doch es tauchen durchaus dunkle Wolken am Horizont auf. In meiner Heimatzeitung ist heute eine Frau abgebildet, die weint. Sie ist die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Firma Lindenfarb, die von heute auf morgen geschlossen werden soll. Das ist nicht die einzige Firma in meinem Wahlkreis,

die geschlossen wird, sondern daneben hat letzte Woche bei SHW – Schwäbische Hüttenwerke – der sogenannte letzte Guss stattgefunden – auch 300 Arbeitsplätze.

Nicht nur bei uns ist es so. Sie haben die Demonstration der IG Metall am Dieselstandort von Bosch in Feuerbach Mitte März gesehen, als 5 000 Menschen für ihre Arbeitsplätze demonstriert haben.

Diese Sorge im Land bringt auch die „metallzeitung“ der IG Metall vom April zum Ausdruck, die die Situation im Land sinngemäß so beschreibt:

Es ist also so: Unsere Wirtschaft läuft im Moment noch gut. Sie läuft deshalb gut, weil wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um die industriellen Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern. Aber wir müssen uns natürlich darauf besinnen, was die Industrie in unserem Land stark macht. Darum geht es jetzt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Da möchte ich der AfD sagen: An erster Stelle war es doch gerade die Internationalisierung,

(Zuruf: So ist es!)

die die Wirtschaft in Baden-Württemberg vorangebracht hat. 55 % dessen, was bei uns in der Industrie produziert wird, gehen in den Export.

(Abg. Anton Baron AfD: Ist doch alles okay!)

Sie sprechen vom „Dexit“. Meine Damen und Herren, mit einem „Dexit“ hätte ich das größte Deindustrialisierungsprogramm für Baden-Württemberg,

(Abg. Anton Baron AfD: Ogottogott!)

das man sich überhaupt vorstellen kann.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: Sie hören überhaupt nicht zu! Halbwahrheiten!)

Dann möchte ich schon noch sagen:

(Abg. Anton Baron AfD: Ogottogott! Peinlich!)

Es geht halt, wenn man Industrie im Land hat,

(Zuruf von der AfD: Mal die Scheuklappen abnehmen!)

auch immer wieder darum, dass man Erweiterungsinvestitionen hat. Da empfehle ich allen, möglichst nicht der nächsten Bürgerinitiative nachzulaufen, sondern Lösungen zu suchen, um die Konflikte zu bewältigen.

(Zurufe von der AfD)

Wir haben in unserem Land mittlerweile die saubersten Flüsse, die wir seit Beginn der Industrialisierung je hatten. Wir haben die sauberste Luft, die wir seit Beginn der Industrialisierung je hatten.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Fahrverbote!)

(Winfried Mack)

Deswegen zeigt sich: Es ist möglich, Arbeitsplätze und Umweltschutz gleichermaßen zu berücksichtigen. Genau das tun wir seit Jahrzehnten in diesem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Mack, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner?

Abg. Winfried Mack CDU: Nein. – 17 % der Arbeitsplätze in unserem Land hängen mit dem Automobil zusammen. Die besten Automobile kommen aus Baden-Württemberg. Das wird auch in Zukunft der Fall sein.

Unser Land ist das Schaufenster für die Automobile, die hier produziert werden. Deswegen ist es natürlich schon etwas schwierig, wenn man in dieses Schaufenster Fahrverbote stellt. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass es keine Euro-5-Fahrverbote in unserem Land gibt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eigentlich morgen! Morgen bei der Abstimmung!)

Wir werden dafür sorgen, dass die Euro-4-Fahrverbote wieder rückgängig gemacht werden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe: Okay!)

Wir fordern auch mehr intellektuelle Redlichkeit ein.

(Zurufe von der SPD)

Natürlich ist es so, dass in der Automobilindustrie Betrug stattgefunden hat. Der Audi-Chef Stadler saß vier Monate in Augsburg im Gefängnis. Das muss man auch benennen. Das ist die eine Seite. Aber auf der anderen Seite müssen wir doch sehen, dass wir die Automobilindustrie deswegen nicht dauernd in die Pfanne hauen dürfen. Wir müssen um die Standorte kämpfen. Wir müssen für die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie kämpfen.

(Abg. Anton Baron AfD: Was macht der Scheuer?)

Deswegen erwarte ich, dass da keine Polemik gegen die Automobilindustrie gefahren wird, sondern dass wir hinter den Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD)

Wir haben deswegen eine starke Industrie, weil Forschung und Entwicklung bei uns stark sind. Im Bund beträgt der Anteil von Forschung und Entwicklung 3,5 %, in Baden-Württemberg 5 %. Übrigens: 75 % dieser Leistung kommen aus der Industrie. Wir müssen natürlich dafür sorgen, dass wir diesen Anteil noch weiter steigern. Nur dann haben wir das Saatgut für die Zukunft ausgebracht. Dafür ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig. Da ist ja vieles im Gang.

Weil die Batterie angesprochen wurde: Es geht doch darum, dass wir das, was wir an Batterieindustrie im Land haben, stärken. Wir haben deswegen Batterieindustrie in unserem Land

(Abg. Bernd Gögel AfD: Subventioniert!)

– Nein! – Wir haben deswegen eine Batterieindustrie bei uns im Land, weil wir die beste Produktionstechnologie haben.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Wo kommen die Rohstoffe her?)

Die Batterieindustrie wurde aus Südostasien wieder nach Baden-Württemberg zurückverlagert, und jetzt geht es darum, der Batterieindustrie zu helfen, damit wir in Europa auch eine zukunftsfähige Batterieindustrie aufbauen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Daneben brauchen wir – das ist mein letzter Punkt in diesem Zusammenhang – den Ausbau der Infrastruktur. Wir müssen doch sehen: Dieses Land hatte vor einiger Zeit neun Millionen Einwohner. Zu Beginn dieses Jahrzehnts hatte es 10,3 Millionen Einwohner. Jetzt hat es elf Millionen Einwohner.

(Abg. Anton Baron AfD: Und da wundern Sie sich noch über Wohnungsknappheit!)

Am Ende des nächsten Jahrzehnts wird dieses Land vielleicht zwölf Millionen Einwohner haben, wenn es uns wirtschaftlich weiterhin so gut geht. Aber deswegen müssen wir natürlich die Verkehrsinfrastruktur massiv ausbauen, und zwar in allen Bereichen: Fahrrad, Schiene, Straße.

(Abg. Anton Baron AfD: Vor allem Straßen!)

Alle Bereiche brauchen wir, sonst haben wir weiterhin wie bisher überfüllte Züge, Stau und Dreck. Hinzu kommt: Auch die Güter, die wir produzieren, müssen transportiert werden. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, für die Arbeitsplätze in unserem Land zu kämpfen – und das wollen wir tun. Wir, der Landtag, müssen für die Industrie in Baden-Württemberg ein verlässlicher Partner sein.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD-Fraktion hat Kollege Born das Wort.

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich musste während dieser Debatte an die Demonstration der Bosch-Beschäftigten vor drei Wochen in Feuerbach denken. Ich war bei der Demonstration dabei. Die Sorgen, die man sich um jeden einzelnen Arbeitsplatz, aber auch um den Arbeitsplatzstandort Baden-Württemberg macht, waren in jedem Gespräch und in den sehr ernsthaften Reden spürbar.

In dieser Demonstration war aber schon ein Werkzeug zu erleben, mit dem wir auch in dem anstehenden Strukturwandel unsere Stärke erhalten können: Solidarität.

(Abg. Anton Baron AfD: Mit wem?)

Es war nicht nur eine Gruppe von Bosch-Beschäftigten anwesend;

(Abg. Anton Baron AfD: Das glaube ich!)

es ging vielmehr quer durch die Belegschaft. Es waren die Familienangehörigen anwesend, es waren Delegationen anderer Belegschaften in Feuerbach dabei. Baden-Württemberg kann

(Daniel Born)

Solidarität, Baden-Württemberg kann gute und sichere Arbeit, kann Industrie, kann Innovation, kann leistungsfähige Mobilität, kann intakte Umwelt, und Baden-Württemberg kann das auch sozial miteinander verbinden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Das Wissen um diese Stärken und die Sorge um die Arbeitsplätze verpflichten Unternehmen und Politik, jetzt die richtigen Entscheidungen zu treffen. Wir Baden-Württembergern und Baden-Württembergern haben die Werkzeuge, um einen Strukturwandel zu stemmen, um einen Transformationsprozess zu gestalten und auch in Zukunft Weltspitze zu schaffen, selbst in der Hand, und wir werden uns diese Werkzeuge nicht von der AfD und ihrem perversen Trieb nach Chaos, Panik und Spaltung aus der Hand reißen lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Udo Stein AfD: Jetzt aber! – Weitere lebhafteste Zurufe von der AfD)

– Sie waren doch gar nicht bei der Demonstration dabei. Ich war dabei. Ich habe die Gespräche geführt.

(Unruhe bei der AfD – Zurufe von der AfD, u. a.: Glauben Sie, die Demonstranten haben sich umsonst hingestellt?)

Sie sitzen hier, Sie reichen hier eine Überschrift voller Panik ein mit einem Weltuntergangsszenario,

(Zuruf von der AfD: Wir bringen das Thema auf die Tagesordnung, nicht Sie!)

Sie verlassen selbst das Plenum, um zum Mittagessen zu gehen, und schüren hier eine Panik. Überhaupt nichts tun Sie!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Sie kennen dieses Land nicht, Sie kennen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg nicht, und wir werden uns von Ihnen hier nichts erzählen lassen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf: Jawohl!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Born, Entschuldigung – –

Abg. Daniel Born SPD: Das Geschäftsmodell der AfD

(Zuruf des Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD)

ist die starre Angst; aber das Wirtschaftsmodell Baden-Württemberg ist beste Arbeit. Darum passt Ihr Geschäftsmodell nicht zum Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Born, Entschuldigung! Jetzt muss ich Sie unterbrechen, um zumindest förmlich zu fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Stein zulassen.

Abg. Daniel Born SPD: Nein, die AfD hat genug gesagt.

(Abg. Anton Baron AfD: Schlechter Schauspieler!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich möchte Herrn Abg. Stein bitten, drei Reihen nach vorn zu rücken; dann müssen Sie nicht ganz so arg schreien.

(Abg. Winfried Mack CDU: Es ist ja kaum jemand da bei denen, die sind alle schon vespere! – Abg. Martin Rivoir SPD: Jetzt sind wieder zwei zurück! – Anhaltende Unruhe)

Abg. Daniel Born SPD: Frau Präsidentin, seitdem Sie den Abg. Stein erwähnt haben, ist hier bei meiner Redezeitanzeige eine Null zu sehen. – Nein, jetzt ist es wieder anders.

(Abg. Udo Stein AfD: Sie haben auch nichts zu sagen außer blöder Hetze!)

Wir müssen uns einer ehrlichen, verantwortungsvollen und wissensbasierten Diskussion über Transformationspfade stellen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Dies müssen wir in dem Bewusstsein tun, dass neue Arbeitstechniken und Antriebsmodelle sowie veränderte Mobilität selbst nicht den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gefährden. Dieser ist vielmehr dann gefährdet – Herr Katzenstein, Sie haben mit Ihrem Zitat recht –, wenn wir ihn nicht gestalten, wenn wir nicht die Zukunft gestalten. Dafür müssen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Boot holen und müssen auf ihr Know-how zugreifen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

Das macht uns, macht das Land Baden-Württemberg stark und optimistisch, gemeinsam diesen Wandel zu stemmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die großen Trends der Mobilitätswende, der Wandel der Mobilitätsmuster durch Individualisierung und Flexibilität, die Urbanisierung, die Ziele der Nachhaltigkeit und des Gesundheitsschutzes, die Automatisierung und die künstliche Intelligenz werden Auswirkungen auf die baden-württembergische Automobilindustrie haben. Der Wandel hin zum Elektroantrieb bedeutet nach zwei kürzlich erschienenen Studien den Wegfall von 70 000 Arbeitsplätzen in Deutschland,

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Ach nee! – Abg. Bernd Gögel AfD: Welche denn? – Zuruf von der AfD: Meinen Sie Arbeitslosigkeit?)

30 000 davon in Baden-Württemberg. Damit müssen wir verantwortungsvoll und ernsthaft umgehen.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Aber wir machen Chaos!)

Damit müssen auch die Unternehmen verantwortungsvoll umgehen: mit Weiterbildung, Sozialpartnerschaften und betrieblichen Zukunftsplänen einschließlich gesicherter Beschäftigungsperspektiven und Innovationsgeist. Wir haben die Werkzeuge, das zu stemmen, und wir Sozialdemokratinnen und So-

(Daniel Born)

zialdemokraten sind überzeugt, dass in der Transformation auch eine Chance für unser Land liegt, wenn wir sie richtig gestalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Dabei sehen wir vor allem, dass unser Land und sein wirtschaftliches Wohl auf motivierten, gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fußen und auf diese angewiesen sind. Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg braucht mehr Tarifbindung, mehr Mitbestimmung, mehr Einbeziehung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Mehr Kontrolle!)

Das haben wir jetzt wieder ganz konkret mit dem erfolgreichen Verhandeln des Daimler-Betriebsrats in Sindelfingen erlebt, als es darum ging, den GLC in Sindelfingen zu haben. Herzliche Glückwünsche nach Sindelfingen!

(Beifall bei der SPD)

Das ist Mitbestimmung – so gelebt, dass sie den Wirtschaftsstandort nach vorn bringt.

Wir brauchen außerdem Weiterbildung mit flächendeckenden Programmen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

sodass auch die Zulieferindustrie, die aus Mittelständlern und kleineren Unternehmen besteht, merkt: Die Züge fahren nicht an uns vorbei, sondern wir können an der Qualifikationsentwicklung im Land und an der Weiterbildung teilnehmen.

(Abg. Anton Baron AfD: Weiterbildung in der SPD!)

Wir haben die Anträge gestellt, und wir treten weiter für einen Qualifikationsfonds im Land ein.

Wie bereits gesagt: Baden-Württemberg wird als großer Automobilstandort seine industrielle Basis weiterhin im Mobilitätsbereich haben. Deshalb wird es entscheidend darauf ankommen, den Wandel der Mobilität erfolgreich zu gestalten und so den Industriestandort Baden-Württemberg und die Beschäftigung im Land zu sichern.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung führt Wege auf, wie die Transformation in erfolgreiche Bahnen gelenkt werden kann. Eine politische Steuerung der Transformation und Lenkung in einen gerechten Strukturwandel lässt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie nicht im Regen stehen, sondern stellt sie mit ihrem Wissen in den Mittelpunkt. Wir brauchen europäische Kooperationen, um beispielsweise in der Batterietechnologie aufholen zu können.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Sie, die Sie gegen jede europäische Kooperation stehen, haben überhaupt keine Ahnung davon, wie wir die Industrie in Baden-Württemberg halten können.

(Oh-Rufe von der AfD – Weitere Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Thomas Axel Palka: Stimmt doch gar nicht! Sie haben keine Ahnung! – Gegenruf des Abg. Udo Stein AfD: Er versteht es nicht!)

Wir wollen die Kommunen als Räume stärken, in denen neue Mobilitätsmuster ausprobiert und geschaffen werden können. Wir können so in Baden-Württemberg an dem Fortschritt im Bereich Mobilität unmittelbar partizipieren und gleichzeitig das Know-how im Land lassen. Das sind Beispiele aus den Erhebungen der Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wir wünschen uns und wir fordern, dass Politik das auch unmittelbar dort umsetzt, wo sie selbst in Verantwortung steht. Wir haben uns natürlich gefreut, dass Herr Katzenstein so ausführlich darüber gesprochen hat, wie die Landesregierung Bundesmittel dafür verwendet, um Infrastrukturprojekte vor Ort zu ermöglichen. Die Bundesregierung, an der die SPD beteiligt ist, hat Ihnen gern die BGVFG-Mittel zur Verfügung gestellt.

(Lachen des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Aber es geht natürlich am Schluss auch darum, was das Land Baden-Württemberg tut.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: LGVFG!)

Wenn die Wirtschaftsministerin in den Bundesrat rennt, um die Höchstarbeitszeit zu schreddern, das Bildungszeitgesetz zu früh evaluiert und dann die falschen Schlussfolgerungen daraus zieht, Strategiedialoge einberuft, ohne industriepolitische Konsequenzen vorzulegen, unseren Antrag auf Einrichtung eines Qualifizierungsfonds ablehnt und bei Industriedialogen der Landesregierung in den Zuschauerraum gesetzt wird, dann ist das das Gegenteil von wirtschaftspolitischer Gestaltungsmöglichkeit der zuständigen Ministerin.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD zur SPD: Sie hatten nicht einmal ein eigenes Wirtschaftsministerium!)

Wir treten dafür ein, dass Politik die Rahmenbedingungen setzt. Wir treten dafür ein, dass es ein gemeinschaftliches, ein solidarisches Zusammenwirken der Beschäftigten, der Unternehmen, der Wissenschaft, der Politik gibt, um diesen Strukturwandel zu stemmen. Das braucht auch eine aktive Landesregierung. Diese Aktivität sehen wir nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Udo Stein AfD: Bei uns hat die SPD 12 %!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Herren, wenn die AfD noch reden möchte, ist dafür noch Zeit übrig. Nutzen Sie bitte Ihre Redezeit.

Jetzt ist die FDP/DVP an der Reihe. – Frau Kollegin Reich-Gutjahr, Sie haben das Wort.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD zu Abg. Udo Stein AfD: Du kannst wieder zurückkommen!)

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was kommt Ihnen eigentlich in den Sinn, wenn Sie an unsere Automobilindustrie denken? Mal bitte kurz nachdenken.

(Abg. Udo Stein AfD: Weltweite Veränderung! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Große Autos! – Abg. Winfried Mack CDU: Soll man sich melden? – Vereinzelt Heiterkeit!)

– Ich überlasse das Ihnen, sonst wird es zu aufwendig.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Kommt Ihnen in den Sinn Dynamik, Innovationskraft, Geschwindigkeit, Arbeitsplätze, Freude am Fahren und Gestalten – oder Dieselskandal, Fahrverbote, Umweltbelastung?

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Stau!)

– Stau.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Managementfehler! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hoher Spritverbrauch!)

Ich glaube, es ist gut, dass wir heute mal über die Automobilindustrie in einem etwas breiteren Kontext sprechen als nur im Zusammenhang mit Dieselfahrverboten und Skandalen in der Automobilindustrie; denn diese Industrie ist und bleibt eine Schlüsselindustrie für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das Ökosystem – wie man es heutzutage nennt – oder das Cluster Automobil beschäftigt in Baden-Württemberg nach wie vor fast 470 000 Menschen. Dabei muss man sagen, dass die OEMs, was die Produktionsmitarbeiter anbelangt, mit 83 000 Beschäftigten sogar noch die kleinere Zahl stellen. Die Wertschöpfungstiefe liegt bei den Zulieferern mit 210 000 Beschäftigten und bei den Kfz-Werkstätten mit 86 000 Beschäftigten.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Die Fertigungstiefe bei den Herstellern!)

Auf der Innovationsseite – das ist erfreulich – haben wir nach wie vor 74 000 Beschäftigte, auch dort wieder ein Drittel bei der Automobilindustrie direkt, also bei den OEMs, und bei den Zulieferern 51 500.

Selbst die grüne Politik hat es also nicht geschafft, die Automobilindustrie in Baden-Württemberg so zu schwächen, dass sie heute nicht weiterhin eine Schlüsselindustrie in diesem Land ist.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Bitte was? – Abg. Thomas Axel Palka AfD: Aber sie arbeiten eifrig daran! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sie haben vorhin von Arroganz gesprochen, gell?)

– Ja, das ist so. Wenn man in dieser Industrie gearbeitet hat – ich glaube, ich gehöre zu den wenigen hier im Haus, die das gemacht haben –,

(Abg. Anton Baron AfD: Ich habe bei Bosch gearbeitet!)

dann weiß man auch, wie viel Kraft, Kampf, Veränderungsbereitschaft, Dynamik, aber eben auch immer wieder Abwägen des einen mit dem anderen dort gefordert sind.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Denn das ist die Verantwortung für viele Menschen in unserem Land, die letztlich an den Entscheidungen derer hängt, die diese Firmen führen.

Wir haben vorhin von Daimler gehört. Ich würde aus meiner eigenen Erfahrung aus dieser langen Zeit in der Automobilindustrie sagen, dass die Sozialpartnerschaft der Arbeitgeber

und Arbeitnehmervertreter einer der ganz wichtigen Eckpfeiler des Erfolgs in Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Daniel Born SPD)

Man hat in der Industrie immer hart gerungen um den richtigen Weg, wie man es schafft, für alle zu verträglichen Lösungen zu kommen. Aber am Ende des Tages ist es uns gelungen, Strukturwandel über viele Jahre hinweg regelmäßig hinzubekommen. Die Zahlen zeigen: Wir haben nach wie vor eine starke Automobilindustrie im Land.

Ich darf – weil der Diesel gerade so populär ist – an einen Strukturwandel erinnern, der Anfang der Neunzigerjahre begann. Anfang der Neunzigerjahre hatten wir massive Probleme in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Das zeigte eine Studie des MIT, die uns weit abgeschlagen darstellte. Dann hat man sich darangemacht, die Automatisierung in den Fertigungen massiv voranzutreiben. Man hat auch Produktionsbereiche aus der Region verlagert: nach Brottgerode oder nach Cardiff, oder nach Spanien, weil die Produktion dort günstiger war. Das waren Entwicklungen, die beispielsweise in Feuerbach dazu führten, dass die Mitarbeiterzahl an diesem Standort von 16 000 auf etwa 7 500 sank.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Heute hat man dort wieder 14 000 oder noch mehr Mitarbeiter, die aber in ganz anderen Aufgabenstellungen tätig sind als damals. Da sind nämlich nur noch 3 500 Menschen in der Produktion. Diese 3 500 arbeiten übrigens alle im Bereich Diesel. Wenn die Entwicklungen so eintreten wie beschrieben, dann werden das vielleicht bald nur noch 2 500 sein. Aber – das macht uns Hoffnung – wir haben solche Wandlungsbewegungen immer geschafft, und ich bin sicher, man wird sie in der Automobilindustrie in der Sozialpartnerschaft auch in der Zukunft meistern.

(Abg. Anton Baron AfD: Dank unserer Wirtschaft!)

Der deutsche Markt allein hätte uns diese Zukunft nicht beschert, denn ohne die internationalen Märkte wären wir eigentlich schon auf einem ziemlich niedrigen Niveau.

(Abg. Anton Baron AfD: Amerika!)

Ich nenne noch einmal die deutschen Zahlen zur Erinnerung: 18 Millionen Pkws werden weltweit von den deutschen Autobauern gebaut, davon 5,2 Millionen in Deutschland. Von der deutschen Produktion gehen dann noch 70 % in den Export. Wir in Deutschland kaufen jährlich noch etwa drei Millionen Pkws. Das heißt, unsere eigene Nachfrage würde nur etwa 50 % der deutschen Produktion beanspruchen. Also: Ohne die internationalen Märkte würde die Industrielandschaft in Deutschland schon ganz anders aussehen. Das gilt grundsätzlich für alle Industriezweige; denn Deutschland ist ein Exportland, das Exportland Nummer 1.

Deswegen müssen wir mit Wirtschaftsförderung, Forschungsanreizen und Innovationspolitik dafür sorgen, dass wir technologie- und forschungsintensive Produktionen stärken, wenn wir wollen, dass die industrielle Basis dieses Landes erhalten bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Wir müssen bessere Lösungen für die Wünsche und Probleme der Weltbevölkerung haben als andere Länder. Es darf keine Gängelung durch die Politik geben, die einseitig Lösungen präferiert und damit auch noch – wie jetzt mit der Elektromobilität – den Strategien der Hauptkonkurrenzländer in die Hände spielt. Das macht keinen Sinn.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wir brauchen die Diskussion um Schadstoffe und alternative Antriebe, aber ohne politischen Aktionismus und ohne Panikmache.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Wir brauchen einen technologieoffenen Ansatz, bei dem der Verbrennungsmotor genauso eine Rolle spielen darf wie die Nutzung von Wasserstoff- oder Brennstoffzelle.

Wir müssen immer das Gesamtsystem sehen, nicht nur dessen Teile. Denn die Elektromobilität – dieser Hinweis sei mir an dieser Stelle gestattet – ist eine Mogelpackung, wenn es um den CO₂-Ausstoß geht.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir alle wissen es: Solange der energetische Mix noch zu zwei Dritteln Kohlekraft umfasst, entspricht die CO₂-Belastung dem, was auch ein moderner Diesel leisten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE und Udo Stein AfD)

Laut der Studie von e-mobil BW haben wir in Bezug auf die Mobilität durchaus viele Chancen, die sich auf die Beschäftigung nicht in dem Maß negativ auswirken, wie man es vielleicht aufgrund des von Ihnen gewählten Debattentitels vermuten könnte. Dort wurden zwei Szenarien gegenübergestellt, nämlich zum einen nach dem Motto „Business as usual“ ein moderater Umstieg bis 2030 – da würde die Beschäftigungsquote sogar weiter ansteigen – und zum anderen ein progressiver Ansatz mit höheren Arbeitsplatzverlusten, nämlich ca. 30 000 Mitarbeiter. Aber auch, was das betrifft, haben wir, wie ich meine, genügend Industriekompetenz im Land, um Menschen auch an anderer Stelle einzubinden. Denn manchmal ist ja die Stärke einer Industriebranche der Fluch einer anderen, die eben anderes auf die Beine stellen will.

In Bezug auf Batteriezellen kann man sagen: Es macht keinen Sinn, in Lithium-Ionen zu gehen. Wir müssen die Forschungen im Bereich der Festkörpertechnik vorantreiben. Möglicherweise haben wir hier die Chance, eine Technik voranzubringen, die mit 30 % mehr Dichte eine insgesamt höhere Leistungsfähigkeit für die Elektromobilität mit sich bringen würde – das gilt aber auch bei anderen Speichertechnologien – und die umweltfreundlicher wäre, da weniger Kobalt und andere kritische Stoffe darin einfließen.

Lassen Sie mich aber zum Schluss – ich habe nur noch eine Minute Redezeit – noch einmal auf die Frage zu sprechen kommen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

was Politik tun muss. Sie haben sicherlich registriert, dass Politik in meinen Ausführungen keine sehr große Rolle spielt. Wenn es darum geht, ob die Automobilindustrie ihre Arbeit richtig macht:

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das ist die Frage!)

Dafür braucht sie die Politik nicht.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Sie braucht die Politik dafür, Vorleistungen zu erbringen, die es der Industrie und allen anderen Unternehmen im Land ermöglichen, ihre Arbeit erfolgreich zu machen,

(Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

gut zu fertigen und gut zu entwickeln. Und das sind ganz einfache Zutaten: gut ausgebildete Fachkräfte, genügend Fachkräfte – der Fachkräftemangel wird sich für die industrielle Entwicklung unseres Landes zum Engpass schlechthin entwickeln –,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Den gibt es doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

eine gute Infrastruktur mit genügend Straßen – ohne Schlaglöcher –, ÖPNV und Bahn – Sie sprachen es schon an; schön, dass Sie das vorhaben, Herr Katzenstein –, die pünktlich fahren. Wir brauchen Flächen für Logistik und für Wohnungsbau; denn wir brauchen Zuzug; ohne Zuzug werden wir die Zukunft hier im Land nicht meistern.

Was wir brauchen, sind politische Vorgaben, die noch mit einem vernünftigen Aufwand zu bewältigen sind, und eine digitale Infrastruktur, die schnell und flächendeckend verfügbar ist. Denn sonst können wir die hier bereits aufgeführten Chancen der digitalen Mobilität nicht heben.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin, jetzt müssen Sie wirklich zum Schluss kommen, bitte.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Ja. – Ich verzichte darauf, das aufzuführen, was auf Bundesebene alles noch nicht geleistet wird und was uns fehlt. Aber wir brauchen eine Politik, die stabile internationale und nationale Rahmenbedingungen schafft, die ihre Hausaufgaben zügig und zuverlässig erledigt, die das Geld der Steuerzahler in die Themen steckt, die allen nützen, und die gewährleistet, dass die Steuereinnahmen in diesem Land auch morgen noch sprudeln, damit wir das machen können, wovon wir heute schon viel gehört haben: „Nice to have“, aber nicht immer wertvoll in der Dynamik für unser Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann darf ich Herrn Minister Hermann ans Redepult bitten.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Reich-Gutjahr, ich möchte Ihnen ausdrücklich danken, dass Sie darauf hingewiesen haben, wie sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Automobilproduktion in Baden-Württemberg und insgesamt verändert hat. Denn man konnte am Anfang dieser Debatte den Eindruck haben, wir lebten noch in deutschnationalen Zeiten.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh Gott!)

Dabei hat sich in den letzten Jahrzehnten kein Sektor so sehr internationalisiert wie der Automobilsektor – und das gilt nicht nur für die großen Automobilunternehmen, sondern auch für alle Zulieferer. Selbst kleine Unternehmen und Mittelständler haben inzwischen weltweit entweder Verkaufsstellen und Verkaufsräume oder Beratungsräume oder auch Produktionseinheiten. Selbst Mittelständler produzieren inzwischen global. Man muss ganz klar sagen: Die Arbeitsplätze hier in unserem Land, ob bei Bosch, Daimler, Porsche oder VW, wen auch immer Sie nehmen, wären heute schon längst weg, wenn sich diese Unternehmen nicht internationalisiert hätten.

Auch die Produktion hat sich gewaltig verändert. An manchen Standorten, wo früher Zehntausende Menschen in der klassischen Industrieproduktion beschäftigt waren, sind heute Zehntausende in der Planung, im Bereich Engineering Design etc. beschäftigt. Die Produktion ist abgeschmolzen und findet anderswo statt. Zusammen macht das diese Unternehmen übrigens erfolgreich. Hätte dieser Bereich der Wirtschaft diesen Trend nicht erkannt und nicht gesehen, dass man nicht weltweit überallhin Autos verkaufen kann, ohne nicht auch überall zu produzieren, dann würden wir in dieser Region ziemlich alt aussehen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: In China ist es Vorschrift!)

Wer von vier Autos, die er produziert, drei in die Welt verkauft, dem muss doch völlig klar sein, dass wir natürlich diese internationalen Strukturen brauchen, dass wir natürlich von internationalen Trends, von internationalen Märkten, von technologischen Entwicklungen, die international stattfinden, abhängig sind. Es gibt eine ganze Reihe solcher Trends. Man kann natürlich zuschauen, oder man kann sie beklagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Man kann natürlich auch so wie die AfD an Verhältnissen festhalten, die es schon seit Jahrzehnten nicht mehr gibt, und versuchen, damit in die Zukunft zu gehen. Das wird nicht gelingen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach! – Zuruf von der AfD: Uijuijui!)

Entscheidend ist vielmehr, dass man sieht, wie sich diese Branche verändert. Es ist, glaube ich, nicht übertrieben, zu sagen: Keine Branche ist so sehr der Transformation unterworfen wie die Automobilbranche insgesamt,

(Abg. Anton Baron AfD: Das weiß die Wirtschaft besser als Sie!)

und zwar weltweit, nicht nur bei uns.

(Abg. Anton Baron AfD: Schauen Sie sich die Absatzzahlen an!)

Die Digitalisierung, die durchschlägt, die Elektrifizierung oder die Vernetzung, all das zusammen stellt gewaltige Herausforderungen dar. Die Frage ist: Wie begegnen wir diesen Herausforderungen? Kann man das schaffen, indem man sozusagen an alten Produktionsmustern oder an alten Mobilitäts- und Verkehrskonzepten festhält?

(Abg. Anton Baron AfD: 2 % Elektroautos in Deutschland!)

Oder schaut man: Was ist eigentlich der Trend, was ist zukunftsfähig?

Ich bin schon erstaunt, was hier darüber erzählt wird, welche Interessen die Wirtschaft hat und wie sie denkt.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Ja, das sind wir auch! – Abg. Anton Baron AfD: Die kennen den Markt besser als Sie!)

Ich meine: Keine Frage, die haben beim Diesel eine Menge Fehler gemacht. Das habe ich auch oft genug gesagt. Aber ich möchte Ihnen gern einmal etwas zitieren:

Und wir bekennen uns zu den Pariser Klimaschutzziele ohne Wenn und Aber. Schließlich stehen wir als Autobauer ganz klar in der Verantwortung, die CO₂-Emissionen im Verkehr zu reduzieren.

So der Porsche-Chef.

(Abg. Claus Paal CDU: Das ist Verantwortung! Sehr gut!)

Wenn die es können, dann sagen auch die Verantwortlichen von VW, wenn sie das hören, ganz klar: „Wir stehen mitten in einer Transformation. Wir haben eine Verpflichtung.“

(Abg. Anton Baron AfD: Mal sehen, wie lange VW noch bleibt! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Die sind bald in Korea!)

Wir müssen die Arbeitsplätze sichern. Wir müssen uns verändern.“ Zum Bau eines Werks hier in Stuttgart sagt der Porsche-Chef:

Unter dem Motto „Smart, green, lean“ entsteht der Taycan CO₂-neutral.

– Das ist das neue emissionsfreie Porsche-Sportfahrzeug.

(Abg. Claus Paal CDU: Bei uns!)

Unser Ziel ist die sogenannte Zero-Impact-Factory, eine Fabrik ohne Umweltauswirkungen.

Die Produktionsstandorte in Deutschland seien bereits seit zwei Jahren komplett auf Ökostrom umgestellt – auch das sagt der Porsche-Chef.

(Abg. Claus Paal CDU: Sehr gut!)

(Minister Winfried Hermann)

Ich kann an diesem Beispiel zeigen: Es gibt eben auf der einen Seite noch die Old Boys und die alten Entwickler, auf der anderen Seite aber auch die neue Zeit und die neuen Leute, die das erkennen und sagen: Wir müssen in die Zukunft gehen. Wir müssen die Trends nutzen.

Denn wenn wir abwarten, ist das das Gefährlichste. Abwarten und Nichtstun sind das Gefährlichste für die Arbeitsplätze. Daher, glaube ich, wäre die Deindustrialisierung die Folge einer AfD-Politik. Übrigens sollten Sie sich einmal überlegen, ob Sie sich nicht umtaufen in „Auto für Deutschland“.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Finde ich klasse!)

Das ist sozusagen Ihr Horizont, Ihre Perspektive.

(Abg. Udo Stein AfD: Über Ihren Horizont reden wir gar nicht!)

Sie haben noch nicht kapiert, wie sich die Dinge verändern, wie sich die Produktion und auch die Produkte verändern.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! Und Sie kommen aus der Automobilwirtschaft! – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Denn auch in jedem Automobilunternehmen wird heute über die Fragen nachgedacht: Wie ändern sich die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen? Was wollen sie? Wollen sie ein Auto, oder wollen sie Mobilität? Wie können wir Mobilitätsdienstleistungen entwickeln?

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Nehmen wir einmal als Beispiel Daimler. Daimler hat als Leitbild CASE,

(Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie überhaupt schon einmal eine Wirtschaft von innen gesehen? Parteisol-dat!)

also „Connected, Autonomous, Shared, Electric“. Das sind die Leitbegriffe dieser Branche. Andere Unternehmen haben diese Begriffe anders angeordnet, aber es sind die Leitbegriffe einer Branche, um die es geht.

Die Gefahr, die ich sehe, ist, dass es eine disruptive Entwicklung gibt. Das wird man oft in den USA, in Kalifornien hören. Das geschieht immer dann, wenn Manager nicht rechtzeitig die Veränderung erkannt haben oder die Politik nicht rechtzeitig erkannt hat, was zu tun ist; dann gibt es sprunghafte Veränderungen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Das ist in Baden-Württemberg anders.

Es ist schon mehrfach die Studie von e-mobil BW zitiert worden. Dazu will ich noch etwas sagen, auch weil das eine oder andere nicht ganz richtig zitiert worden ist. Interessant an der Studie ist, dass es in Baden-Württemberg in der gesamten Branche einschließlich der Zulieferer etwa 470 000 Arbeitsplätze gibt und dass in den OEMs, also in den klassischen Automobilunternehmen, die wir als Autofirmen bezeichnen,

(Abg. Anton Baron AfD: Nie in der Wirtschaft gewesen!)

nur noch 120 000 Leute beschäftigt sind. Die anderen sind Zulieferer oder Produktionsmittelhersteller für Automobilfirmen – nicht nur für unsere, sondern weltweit, z. B. Bosch als weltweiter Technologiekonzern, der weltweit auch Zulieferer von Zulieferern ist usw.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Es ist ein großes Cluster. Die Lage in diesem großen Cluster ist natürlich insgesamt angespannt. Das merkt man, wenn man sieht, wo die neuen Geschäftsfelder sind. Klar ist eines: Wenn Bosch ganze Standorte dem Diesel gewidmet hat, sind die Standorte in Gefahr, wenn der Diesel und die Dieselnachfrage weltweit zurückgehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist aber derzeit nicht so!)

Da ist es doch eine randständige Bemerkung, was am Neckartor passiert. Vielmehr muss man schauen, wie viele Dieselfahrzeuge im Pkw-Sektor z. B. in den USA gefahren werden. Das geht gegen null.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

In Südostasien ist es ähnlich. Es gibt nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa in verschiedenen Städten Dieselfahrverbote. Es gibt sogar inzwischen Großstädte, die sich überlegen, den Verbrennungsmotor spätestens in fünf Jahren zu verbieten oder ihn aus der City herauszudrängen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Das sind die Trends, auf die die Branche reagieren muss. Sie muss Konzepte entwickeln, was jetzt zu tun ist.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das müssen die entscheiden und nicht Sie als Politiker!)

Es gibt auch noch die Möglichkeit, dass sich die Politik darum nicht kümmert, sondern sagt: Das soll der Markt richten. Ich muss aber sagen – Herr Born hat das Richtige angesprochen –, die Branche ist in hohem Maß für viele Arbeitsplätze und übrigens auch für den Wohlstand in Baden-Württemberg verantwortlich. Da kann Politik doch nicht sehenden Auges in Kauf nehmen, dass es nicht richtig läuft.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Entscheidung muss dann doch sein, diesen Wandlungsprozess zu gestalten und nicht zuzuschauen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD – Abg. Anton Baron AfD: Sie waren noch nie in der Wirtschaft!)

Die liberale oder rechtskonservative Form des Nichtstuns führt jedenfalls in die Irre. Ich kann nur sagen: Die Branche erwartet auch, dass die Politik etwas tut.

Man kann nämlich sehen: Wenn wir die Branche z. B. zum Strategiedialog der Landesregierung einladen, dann sind alle da – alle Großen, die Zulieferer, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft. Denn alle, die sich mit dem Problem beschäftigen, spüren, dass dieser Transformationsprozess schiefgehen kann, wenn wir ihn nicht gestalten, dass wir Verlierer werden

(Minister Winfried Hermann)

können, wenn wir nicht schauen: Was ist unser Geschäftsmodell, was sind unsere Kompetenzen?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Nein.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Übrigens wird in der Studie auch klar, dass unsere Chance die Innovation ist. Nur wenn wir in allen Bereichen bei den Innovationen vorn sind, können wir die Arbeitsplätze sichern. Nicht die Elektrifizierung ist das Problem, nicht die Digitalisierung ist das Problem. Vielmehr haben wir dann ein Problem, wenn wir dazu nichts zu bieten haben.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen ist es wichtig, dass die Landesregierung die Digitalisierungsstrategie entwickelt hat mit einem großen Teil im Automotive-Cluster. Deswegen ist es wichtig, dass wir mit der Branche den Strategiedialog haben, und zwar auf sieben Jahre angelegt.

Wir glauben, dass wir in allen Bereichen etwas tun müssen, so z. B. bei der Aus- und Weiterbildung. Es ist doch völlig klar, dass der Automobilmechaniker von einst keine Zukunft mehr hat. Heute geht es um die Fragen: Wie kommst du mit Hybridtechnologie klar? Wie kommst du mit dem Elektroauto klar, und wie kommst du mit Wasserstoff- und Brennstoffzellenantrieb klar? Das ist die Herausforderung in der Ausbildung und auch in der Weiterbildung. Es gibt auch viele Leute, die jetzt gerade mal 30, 35 Jahre alt sind und vielleicht noch 20 oder 30 Jahre einen Arbeitsplatz haben, die die neue Technik aber gar nicht gelernt haben. Also ist auch die Herausforderung die Weiterbildung – eine staatliche Aufgabe, natürlich zusammen mit der Wirtschaft. Das müssen wir tun, und das machen wir auch.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es geht auch darum, z. B. mit dem Handwerk zusammenzuarbeiten. Es ist ein Riesen-Act, in den nächsten Jahren die Ladestationen in privaten Garagen, Tiefgaragen, Parkhäusern und sonst wo aufzubauen. Das muss man lernen. Das ist mehr als nur einfach eine Steckdose zu legen. Da hat man dann mit verschiedenen Wallboxes, mit unterschiedlichen Strömen, mit Wechselstrom, Gleichstrom usw. zu tun. Auch dadurch kommen neue Arbeitsplätze.

Mich hat gefreut, dass bei der Studie herausgekommen ist: Es gibt verschiedene Optionen, darunter die Option, dass da in den nächsten Jahren sogar mehr Arbeit entstehen wird – gerade deshalb, weil wir die Hybridtechnologie und die neuen Antriebssysteme haben. Es könnte aber auch sein, wenn die Entwicklung sehr schnell ist, dass Arbeitsplätze wegfallen. Wenn aber in zehn Jahren 30 000 Arbeitsplätze wegfallen, dann sind das z. B. weit weniger, als der demografische Wandel ohnehin bewirkt.

Dass es Veränderungen gibt, dass nicht mehr jeder in zehn Jahren dieselbe Arbeit verrichtet wie heute, darauf muss man sich einstellen. Die Welt hat sich übrigens aber schon immer

verändert – und die Wirtschaft in besonderer Weise sowieso. Das Auto wird heute nicht mehr wie vor 70 Jahren in klassischen Fließbandprozessen produziert. Das sind heute hochmoderne Prozesse mit Robotereinheiten, mit Gruppenarbeiten. Das ist jetzt halt eine völlig andere Produktion.

(Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn!)

Also, ein Teil dieser Branche hat die Veränderungen schon immer wieder mitgemacht, und das sehr erfolgreich.

Ich kann nur sagen: Es ist wichtig, dass wir in der Politik dafür sorgen, dass Baden-Württemberg auch zukünftig Leitproduktionsort bleibt, dass Baden-Württemberg auch zum Leitmarkt dieser neuen Technologien im Verkehrssektor wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: Mit t geschrieben!)

– Mit t. – Herr Mack, es gibt einen Punkt, bei dem ich gern an Ihre Ausführungen anknüpfen will. Sie haben zu Recht gesagt: Entscheidend ist, was wir ins Schaufenster stellen. Aber ich sage Ihnen auch: Es ist doch völlig klar, dass dann, wenn wir alte Diesel ins Schaufenster stellen, das weltweit nicht besonders attraktiv ist für unsere Zukunftsfähigkeit.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Diesel sind die modernsten, die es gibt auf der Welt! Die effizientesten Motoren, die es gibt!)

In die Schaufenster müssen wir modernste Produkte stellen. Baden-Württemberg muss zum Reallabor moderner Mobilitätspolitik, moderner Automobile, moderner Mobilität werden. Dann haben wir Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Born SPD: Da hat jetzt aber der Wirtschaftsminister gesprochen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Die AfD-Fraktion möchte ihre Redezeit ausschöpfen. – Herr Fraktionsvorsitzender, anderthalb Minuten haben Sie noch.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, vielen Dank. – Ich wollte Sie jetzt nicht vom Mittagessen abhalten,

(Abg. Daniel Born SPD: Ihre Fraktion ist beim Mittagessen!)

aber zwei, drei Dinge möchte ich schon noch richtigstellen.

(Unruhe)

– Herr Born, Sie hätten die Regierung kritisieren können. Sie sind für die Verschiebung heute Vormittag verantwortlich und halten es nicht für nötig, hier dann auch über Mittag auszuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Born SPD: Dann können doch Ihre Leute hier sitzen bleiben!)

– Wir haben eine Terminplanung, wie Sie auch. Sie werden vielleicht wissen, dass heute die Kreiswahl- und Kommunalwahlausschüsse tagen. Da müssen die Vertrauenspersonen dabei sein. Wir haben nicht die Mitgliederanzahl wie Sie,

(Zuruf von der SPD: Zum Glück!)

(Bernd Gögel)

dass wir das alles aus den Kreisen abdecken können. Da gibt es Abgeordnete, die müssen da auch eingreifen und die Termine wahrnehmen. Also bitte; das sind keine Mittagessen, das sind ganz normale Termine.

(Abg. Daniel Born SPD: Das heißt, die sind gar nicht mehr im Landtagsgebäude? – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wir haben Präsenzpflcht! – Gegenruf von der AfD: Wo sind denn Ihre Leute? – Glocke der Präsidentin)

Zum „Dexit“: Herr Mack, in unserem Europawahlprogramm steht als allerletzte Möglichkeit, als Ultima Ratio: Wenn alle Versuche scheitern, diese EU zu reformieren – alle Versuche! –, dann kann man nicht ausschließen, dass es zum Schluss tatsächlich auch zu einem Ausstieg aus dieser „Firma“ kommt.

(Abg. Daniel Born SPD: Haben Sie einmal nach London geschaut? – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

– England wird doch nicht von der Weltfläche verschwinden. Wir treiben Handel mit England – nächstes Jahr, übernächstes Jahr, in zehn Jahren.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben es zuvor gemacht, und wir werden es danach machen. Es hat vorher funktioniert, und es wird auch zukünftig funktionieren.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nur, wie?)

Wir werden in England arbeiten und Urlaub machen und umgekehrt. Der Schüleraustausch wird funktionieren. Leute, England geht doch nicht von dieser Weltfläche. Davon müssen wir uns einmal verabschieden.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Aber es geht ihnen dann halt schlechter!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Abg. Bernd Gögel AfD: England hat sich mehrheitlich dafür entschieden, diese EU zu verlassen. Das dürfen Sie nicht dogmatisieren. Das ist ein demokratischer Prozess gewesen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Gögel, bitte!

Abg. Bernd Gögel AfD: Den haben wir zu respektieren und haben dies umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Fiechtner vor.

(Oh-Rufe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Aller guten Dinge sind drei.

30 Milliarden € will Volkswagen allein bis 2023 in E-Autos investieren. Von Massenarbeitslosigkeit kann also nicht die Rede sein, sollte man denken. Doch selbst dann, wenn der An-

teil der E-Autos bis zum Jahr 2035 lediglich um 23 % steigt, werden dadurch knapp 114 000 Arbeitsplätze verloren gehen. Was das für Baden-Württemberg bedeutet, kann man sich leicht ausrechnen, schließlich hängen hier rund 470 000 Beschäftigte direkt oder indirekt vom Automobil ab.

Die Jobverluste treffen nicht nur für einfache Helfertätigkeiten zu, sondern auch für hochqualifizierte Spezialisten.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Es gibt viele Studien zu diesem Thema; manche kommen sogar zu einem Plus an Jobs. Diese Studien betrachten jedoch viele Bereiche sehr isoliert. Doch die Auswirkungen betreffen nicht nur direkt unsere Autoindustrie, sondern genauso die Hotellerie, Restaurants und viele andere Branchen. Wir dürfen uns also nicht durch die massiven Stellenausschreibungen bei Porsche in Sicherheit wiegen. Die Studie des IAB ist dabei noch relativ vorsichtig. Der Stellenabbau könnte uns auch noch deutlich härter treffen.

Eine der wenigen Chancen, mehr Jobs zu generieren, bestünde darin, dass die Batteriefertigung in Deutschland stattfindet. Denn anders als bei Verbrennern stellt z. B. Daimler viele zentrale Komponenten nicht selbst her. Die Zellen im Bereich der Batterien kommen aktuell von Zulieferern aus Asien. Auch der E-Smart wird im nächsten Jahrzehnt in China produziert. Sogar unsere landeseigene Innovationsagentur e-mobil BW kommt zu dem Ergebnis, dass wir vorerst an dem Verbrennungsmotor festhalten müssen. Ob unser „Verkehrminister“ sich an die Empfehlung hält

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Tää, tää, tää!)

und damit viele Arbeitsplätze sichert, wage ich leider zu bezweifeln.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir auch am Ende von Tagesordnungspunkt 3 angelangt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Wie geplant kommen wir dann um 15:30 Uhr für die Regierungsbefragung wieder zusammen.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:31 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:30 Uhr)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

An erster Stelle hat die FDP/DVP das Thema

Stichtag für die Einschulung angemeldet.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich darf das Wort Herrn Kollegen Dr. Timm Kern geben.

Es ist so gedacht, dass die Fragen ungefähr drei Minuten und die Antworten möglichst nur fünf Minuten dauern sollen.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Initiatoren der Onlinepetition „Schuleintritt in Baden-Württemberg: Wir fordern die Verlegung des Stichtags auf den 30.06.“ haben mittlerweile fast 19 000 Unterschriften für ihr Vorhaben gesammelt, davon über 17 500 von Baden-Württembergern.

Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt die Petition, da ein Vorziehen des Stichtags den Eltern Wahlmöglichkeiten für die Einschulung gibt und ihnen in vielen Fällen ein umständliches Antragstellen erspart. Gut finden wir, dass die Onlinepetition ausdrücklich an der bestehenden Möglichkeit einer früheren Einschulung festhalten will.

Deshalb unsere erste Frage: Welche Gründe haben die Kultusministerin bewogen, das Anliegen der Onlinepetition abzulehnen, wie in der „Heilbronner Stimme“ vom 1. April 2019 zu lesen war?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Kollege. – Dann darf ich die Frau Ministerin ans Redepult bitten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kern, vielleicht war die Formulierung missverständlich, aber wir haben die Petition noch nicht abgelehnt. Wir haben das Thema momentan nicht auf der Tagesordnung, aber wir werden uns dann, wenn die Petition offiziell vorgelegt wird, natürlich mit dieser befassen. Es war vielleicht in der Presse nicht glücklich formuliert.

Wir haben momentan keinen erkennbaren Grund. Wir haben den Stichtag, wie Sie richtig sagen, 30. September, aber wir haben die Feststellung, dass durchaus die Möglichkeit besteht, früher oder später einzuschulen. Wir haben eine gewisse Flexibilität, wenn Eltern diese Grundlage sehen, wenn es in Abstimmung mit dem Schulleiter gegebenenfalls – nicht notwendig, aber möglich – im Rahmen eines ärztlichen Gutachtens bewertet wird. Wir haben gute Erfahrungen mit der Flexibilität dieses Systems. Die Zahlen sind auch relativ konstant; sie bewegen sich zwischen 8 % und 9 % der Eltern, die für ihr Kind einen früheren oder späteren Schuleintritt wählen. Uns sind auch nur wenige Problemanzeigen in diesem Zusammenhang bekannt.

Ich habe den Eindruck, dass die Eltern und auch die Pädagoginnen und Pädagogen sehr verantwortungsbewusst mit diesem Thema umgehen. Aber wir werden uns natürlich, wenn die Petition sozusagen offiziell abgeschlossen ist, noch einmal mit dem Thema insgesamt befassen. Vom Grundanliegen her teilen wir alle die Einschätzung: Es geht um den bestmöglichen Zeitpunkt der Einschulung für das Kind. Wir müssen schauen, dass das Kind nicht überfordert wird, dass es nicht nur nach dem Wunsch der Eltern geht, sondern zum Entwicklungsstand des Kindes passt. Deshalb gibt es da meinerseits eine gewisse Offenheit. Aber von unseren bisherigen Erfahrungen her sehen wir von uns aus keinen Handlungsbedarf.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Boser hatte sich auch gemeldet. – Dann darf ich Frau Abg. Boser bitten, ihre Frage zu stellen.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Frau Ministerin, ein Stichtag wird wahrscheinlich immer das Problem mit sich bringen, dass es für den einen besser und für den anderen schlechter passt. Jetzt werden jedoch immer mehr Einzelfälle benannt, wo die Beratung oder die Entscheidung nicht optimal begleitet wurde.

Daher die Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Kultusministerium, um die Beratung der Eltern nochmals zu verbessern – über Kindergärten, über Schule? Wie kann man den Prozess besser begleiten, dass sich Eltern in dem Prozess nicht allein fühlen, sondern sich gut begleitet fühlen, damit sie am Ende die richtige Entscheidung für ihr Kind treffen können?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Boser, aus meiner Sicht sprechen Sie etwas an, was, glaube ich, richtig ist und was wir uns im Zusammenhang mit der Petition auch anschauen müssen. Es ist sehr wohl bei uns angekommen, dass Eltern die Qualität der Beratung unterschiedlich bewerten. Manche fühlen sich sehr gut beraten, andere fühlen sich eher nicht sicher beraten. Deshalb schauen wir uns die Abläufe und auch die Beratung insgesamt an. Ich will durchaus einräumen, dass man da vielleicht noch Verbesserungen vornehmen kann, indem man klarere Strukturen vorgibt, indem man auch stärker darauf eingeht, was Eltern in diesem Zusammenhang konkret interessiert. Aber eine Beratung ist immer so gut, wie die Eltern oder die Betroffenen sie empfinden. Wenn es da erkennbar Verhandlungsbedarf gibt, werden wir dem auch entsprechen.

Das werden wir uns analog zum Thema Petition anschauen und prüfen. Ich hätte jetzt überhaupt keine Bedenken, dort dann gegebenenfalls zu Verbesserungen zu kommen. Ziel muss sein, dass sich die Eltern bestmöglich beraten fühlen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön. – Dann hat sich Herr Kollege Born für die SPD gemeldet.

Abg. Daniel Born SPD: Frau Ministerin, haben Sie selbst eine Position dazu, ob es nicht sinnvoll wäre, dass Eltern ihr Kind dann einschulen lassen können, wenn es in dem Zeitkorridor zwischen dem 30. Juni und dem 30. September sechs Jahre alt wird? Und wie ist eigentlich die Erfahrung in anderen Bundesländern?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Wie gesagt, wir haben – ich habe es vorhin gesagt – eine Flexibilisierung. Ich habe gerade die Zahl genannt: Um die 9 % wählen eine vom Stichtag abweichende Lösung, entweder einen früheren oder einen späteren Zeitpunkt. Die Zahlen sind relativ konstant.

Was die gefühlte oder empfundene Qualität der Beratung betrifft, gibt es unterschiedliche Ansätze; das habe ich ja eben beantwortet. Das schauen wir uns an.

Vom Grundsatz her sind die Rückmeldungen bei uns eigentlich relativ gut. Ich muss ehrlich sagen – – Deshalb tut es mir leid, wenn das in den Medien vielleicht zu strikt übergekommen ist, Herr Kern. Wir schauen uns das schon an.

Meine Nichten – – Ich habe zwei Patenkinder, die am 8. Oktober Geburtstag haben. Da besteht jetzt tatsächlich auch das Problem: Wann mache ich es denn? Wir unterhalten uns auch darüber.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Das ist nicht ganz einfach. Deshalb ist Beratung wichtig, und deshalb habe ich durchaus ein gewisses Verständnis – das räume ich offen ein – für einen Zeitraum, den man zur Verfügung stellt. Aber bei jedem Zeitraum gibt es eben auch Daten, die davor oder die danach liegen. Dann ergibt sich auch wiederum eine Diskussion.

Aus anderen Bundesländern haben wir jetzt keine Rückmeldungen mit einem besonders guten oder einem besonders schlechten Verfahren. Mit den 9 %, die bei uns von der Stichtagsregelung abweichen – so herum wie so herum –, haben wir eigentlich eine sehr gute Quote, also eine hohe Zufriedenheit mit der Stichtagsregelung – wenn ich das prozentual festmachen möchte. Gleichwohl schauen wir uns natürlich die Argumente der Eltern an.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Abg. Dr. Kern, bitte, noch einmal.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Ministerin, ich möchte noch einmal zwei Aspekte ansprechen. Sie haben einmal auf die Zahlen selbst abgehoben. Können Sie – in Zahlen – sagen, wie viele Rückstellungen es zu diesem Schuljahr 2018/2019 gegeben hat, oder uns diese Zahlen zur Verfügung stellen? Und wie viele Anträge gab es zu Kindern, die zwischen dem 30. Juni und dem 30. September Geburtstag hatten?

Um noch einmal auf die „Heilbronner Stimme“ vom 1. April zurückzukommen: Dort wird eine der Initiatorinnen aus Ravensburg mit der Aussage zitiert, ihr sei auf einen Antrag auf Rückstellung hin – Zitat – „ohne Begutachtung meines Kindes und ohne weitere Begründung“ gesagt worden, „dass erst im Mai entschieden werden kann“. Wie bewertet das Kultusministerium diesen Vorgang, und wie stellt das Kultusministerium sicher, dass bei der Entscheidung über die Anträge ausschließlich die Schulreife des Kindes im Mittelpunkt steht?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Zum einen wäre meine Bitte, dass wir Ihnen die aktuellen Zahlen nachliefern dürfen. Bevor ich jetzt grobe Schätzungen abgebe, bekommen Sie die korrekten Zahlen. Ich werde veranlassen, dass Sie die zügig bekommen.

Zur grundsätzlichen Einschätzung: Ja, das Thema Schulreife passt ein Stück weit zu der Frage: Wie wird beraten, und welche Beratungsabläufe haben wir?

Vom Grundsatz her ist es eine Einschätzung von Eltern oder auch des Schulleiters. Auf Wunsch des Schulleiters kann eine ärztliche Bewertung oder eine psychologische Begutachtung – wie auch immer – erfolgen.

Ich habe die Frage von Frau Boser durchaus so verstanden, dass wir uns vielleicht überlegen müssen, Kriterien einzuführen – weniger im Sinne einer Begutachtung, sondern eher im Sinne einer wirklichen Einschätzung des Kindes. Denn das Thema Schulreife ist natürlich vielfältig zu bewerten. Das Kind hat vielleicht schon die Fähigkeit, manches wie Schreiben und Lesen zu umfassen, hat aber von der Persönlichkeitsentwicklung, von der sozialen Stärke her vielleicht noch nicht die Möglichkeit, sich in einem Klassenzimmer zu behaupten. Dann wäre eine Einschulung auch falsch.

Deshalb: Ich glaube, wir müssten uns noch einmal anschauen, was das Thema Schulreife für die Beratung tatsächlich

heißt, um einen solchen Fall, wie Sie ihn jetzt zitiert haben, möglichst auszuschließen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Ich sehe im Moment keine weiteren – – Doch. Frau Abg. Boser, bitte.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich habe noch eine Frage zum Thema Schulreife. Die Kooperation Kindergarten/Grundschule versuchen wir jetzt ja auch über den neuen Pakt mit den Kommunen zu verbessern, indem wir die Erzieherinnen und Erzieher ebenfalls für die Kooperation entlasten.

Meine Frage lautet, ob nach Ihrer Einschätzung durch die engere Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule auch noch mal bessere Möglichkeiten bestehen, um die Einschätzung und auch die Zusammenarbeit mit den Eltern zu stärken und vielleicht auch das Vertrauen von beiden Seiten weiter zu stärken, damit wir eine gute Beratung, was den Stichtag und was die Einschulungsreife betrifft, hinbekommen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Exakt so wäre der Ansatz: die Beratung und diese Einschätzung zu ergänzen, weil auch eine Erzieherin oder ein Erzieher durchaus eine Einschätzung zu dem Kind hat. Das entspricht vielleicht nicht formal der Definition von Schulreife, aber es geht auch darum, wie weit das Kind ist und ob es sich in einem schulischen Rahmen wohlfühlt. Das ist Teil dessen, was da mit einfließt.

Auch das Thema Schuleingangsuntersuchung im Alter von vier Jahren, bei dem wir die Fördermaßnahmen erweitern und intensivieren wollen, ist sicher ein Prozess, der dann auch dazu führt, dass man Eltern besser beraten kann. Wir müssen dann aber auch sehen, dass sie sich bestmöglich beraten fühlen und nicht manchmal das Gefühl haben, dass es eine Goodwill-Entscheidung ist. Das haben die Eltern nicht verdient und das Kind auch nicht.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Böhlen, bitte.

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Ministerin Eisenmann, es geht darum, dass ja eine Onlinepetition dazu gestellt wurde und in der Zeitung zu lesen war, dass noch 16 000 Unterschriften gebraucht würden, um es beim Landtag anlanden zu lassen. Wir wissen beide – deswegen hätte ich gern Ihre Bestätigung –, dass eine Unterschrift reicht, um das Anliegen in den Petitionsgang nehmen zu können. Aber Sie haben gerade auch gesagt, dass es im parlamentarischen Verfahren weiterläuft. Mir geht es nur um diese Richtigstellung.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Gern. Wie gesagt, ich habe schon eingangs auf die erste Frage von Herrn Kern gesagt, dass es dann vielleicht in den Medien von uns nicht besonders glücklich dargestellt wurde. Wir nehmen das ernst, wir sind dafür offen. Wir befassen uns natürlich auch damit.

Meine Äußerung in den Medien war darauf bezogen, dass wir bei diesem Thema bisher keine wirklichen Problemanzeigen haben. Aber es kann natürlich auch sein, dass die nicht zwingend bis zu uns kommen. Deshalb bewerten wir natürlich die Petition voller Respekt und nehmen sie ins gebotene Verfahren.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Darf ich noch mal fragen?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, gern.

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Es geht nur darum, dass Sie, selbst wenn die Petition mit nur einer Unterschrift bei uns eingereicht würde, diese schon bearbeiten würden.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Selbstverständlich.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Danke!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. – Es hat sich noch Herr Abg. Dr. Rösler gemeldet.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Frau Ministerin, eine Verständnisfrage meinerseits, weil ich mir gerade nicht sicher bin – aber genau dafür gibt es ja auch solche Befragungen –:

Wenn es jetzt einen Vorgang gibt, bei dem die Eltern sagen: „Wir würden das Kind gern anders einschulen, als es die Regelzeit vorgibt“, liegt die Entscheidung dann bei den Eltern, oder liegt die Entscheidung – wie ich annehme – beim Schullektor? Ich möchte es sicher wissen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Die Eltern gehen mit dem Kind zu der Schule, zu der sie gehen möchten. Dort ist der Rektor oder die Rektorin zunächst entscheidend. Wenn eine Unsicherheit besteht, dann kann noch ein ärztliches Gutachten, eine ärztliche Bewertung eingeholt werden. Aber das entscheiden nicht die Eltern, nein.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gut, danke!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Fragen zu der ersten Themenstellung? – Das ist nicht der Fall. – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Dann kommen wir zum zweiten Themenkomplex, eingebracht von der AfD:

Eingriffe in den Straßenverkehr durch Autokorsos

Wem darf ich für die Fragestellung das Wort erteilen? – Bitte schön, Herr Abg. Stauch.

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Ich frage die Landesregierung zu den Eingriffen in den Straßenverkehr durch Autokorsos.

Im Zuge türkischer Hochzeiten – und nur um solche handelt es sich gemäß Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 16/5712 – kommt es immer wieder zu Rechtsbrüchen und gefährlichen Eingriffen in den Straßenverkehr, wie z. B. zu Autobahnblockaden. In der Stellungnahme heißt es:

Die Landesregierung hat im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenlebens Verständnis für die Pflege kulturellen Brauchtums, sofern diese unter Wahrung der Rechtsordnung sowie der individuellen Rechtsgüter der Bürgerinnen und Bürger erfolgt.

Aber angesichts 31 angezeigter Straftaten und 16 Ordnungswidrigkeiten bei insgesamt 90 Vorfällen durch türkische Autokorsos seit 2015 kann von einer Wahrung der Rechtsordnung keine Rede sein und sollte somit auch kein Verständnis der Landesregierung vorhanden sein.

Aber nicht nur türkische und arabische Korsos, sondern generell derartige mutwillige Eingriffe in den Straßenverkehr – egal, welcher Nationalität die Verursacher sind – sind hier angesprochen.

Ich frage nun die Landesregierung:

Erstens: Was gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um diese gefährlichen Eingriffe in den Straßenverkehr, verursacht durch Mitbürger, welche überschwänglich freudige Ereignisse, auch Sportveranstaltungen, durch Ordnungswidrigkeiten bis Straftaten zum Ausdruck bringen, abzustellen?

Zweitens: Was gedenkt die Landesregierung gegen das exzessive Hupen und den Missbrauch von Warnsignalen innerorts zu tun?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön, Herr Kollege Stauch. – Dann darf ich den Herrn Innenminister ans Redepult bitten.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Sehr gern. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter, Autokorsos, etwa bei Hochzeitsgesellschaften oder nach Fußballspielen, sind kein ganz neues Phänomen. Sie werden erfahrungsgemäß als Ausdruck der Freude

(Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD: Auf der Autobahn und mit Schusswaffen! – Abg. Bernd Gögel AfD: Mit Schusswaffen!)

nach den verschiedenen Anlässen durchgeführt.

Die Landesregierung hat im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenlebens Verständnis für die Pflege kulturellen Brauchtums – der zweite Halbsatz ist aber mindestens genauso entscheidend –, sofern dies unter Wahrung der Rechtsordnung sowie ohne Fremd- und Eigengefährdung erfolgt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr schön!)

Es ist mir wichtig, bei Feiern mit Augenmaß und unter örtlicher Lagebeurteilung durch die Polizei einzuschreiten.

(Zuruf: Sehr gut!)

So können die polizeilichen Maßnahmen vom verkehrserzieherischen Gespräch bis hin zur Strafanzeige und selbstverständlich auch zu fahrerscheinrechtlichen Maßnahmen reichen.

Lassen Sie mich ganz im Ernst hierbei eines deutlich klarstellen: Wir akzeptieren weder Autobahn- noch sonstige Straßenblockaden. Dann schreitet die Polizei konsequent ein. Blockadeaktionen sind gefährlich und haben mit vermeintlicher Brauchtumspflege nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD nickt.)

Diese Haltung ist selbstverständlich völlig losgelöst davon, welcher kulturelle Hintergrund bei den Feiern jeweils vorliegt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Gibt es zu diesem Themenkomplex noch Zusatzfragen? – Bitte schön, Herr Abg. Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Herr Minister. Das war ja wirklich eine sehr kurze Ausführung. Das muss man wirklich sagen.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich bin heute Morgen dafür gerügt worden, dass ich zu lange geredet habe.

(Heiterkeit)

Jetzt habe ich es ein bisschen kürzer gemacht.

Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt allerdings.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Sie müssen sich schon entscheiden.

Abg. Anton Baron AfD: Ihre Regierungsinformation hat schon ewig gedauert; das muss man wirklich sagen.

Aber zurück zum Thema: Es kommt ja jetzt immer häufiger vor, dass solche Autokorsos gemacht werden. Vor Kurzem war das schon wieder in Ludwigsburg auf der Autobahn der Fall. Planen Sie Schritte, die Ahndung solcher – meiner Meinung nach – Straftaten – es handelt sich um einen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr – zu verschärfen, oder lassen Sie das gerade so weiterlaufen?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, bitte.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Sie sprechen vermutlich den Sachverhalt der Autobahnblockade ...

Abg. Anton Baron AfD: Genau.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: ... vom 30. März auf der A 81 im Bereich des Polizeipräsidiums Ludwigsburg an.

Abg. Anton Baron AfD: Richtig.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Diese Hochzeitsgesellschaft, die mit hochwertigen Fahrzeugen unterwegs war, blockierte mindestens zwei der drei Fahrspuren auf der A 81 in Richtung Engelbergtunnel, so dass sich der Verkehr aufstaute. Die Beteiligten fuhren mit einer Geschwindigkeit von 60 bis 80 km/h unmittelbar hintereinander und hatten alle die Warnblinkanlage eingeschaltet, bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h in diesem Abschnitt.

Während der Konvoifahrt scherten immer wieder Fahrzeuge auf die Standspur aus, um rechts am Konvoi vorbeizufahren. Vermutlich wurde dabei auch gefilmt. Der Gesamtvorgang zog sich bis zu einer polizeilichen Kontrolle des Konvois – es waren zehn Fahrzeuge – nach dem Engelbergtunnel über eine Strecke von maximal 15 km über einen Zeitraum von ungefähr zehn Minuten hin.

Bis heute liegen keine Erkenntnisse über konkrete Gefährdungen von Verkehrsteilnehmern vor. Über mögliche führer-

scheinrechtliche Maßnahmen entscheidet die Staatsanwaltschaft bzw. die Führerscheinstelle im weiteren Fortgang.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sonderlich intelligent können die nicht gewesen sein! – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Haben Sie eine Meinung dazu, Herr Strobl?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Noch eine weitere Frage, Herr Abg. Baron? – Ja.

Abg. Anton Baron AfD: Ich möchte einmal fragen, welcher Vorfall gegeben sein muss, damit der Führerschein entzogen wird. Sie wissen ja, dass schon einige Male in Autos Waffen gefunden worden sind. Wann droht ein Führerscheinentzug?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Zunächst will ich sagen, dass hiervon natürlich schwerwiegende Straftatbestände berührt sein können. Beispielsweise ist Nötigung nach § 240 des Strafgesetzbuchs ein Straftatbestand, bei dem immerhin bis zu drei Jahre Haft oder eine entsprechende Geldstrafe möglich sind, also ein beachtlicher Straffrahmen. Hinzu kommen die Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz und die Straßenverkehrs-Ordnung mit den einschlägigen Möglichkeiten, auch des Führerscheinentzugs. Das ist im Strafgesetzbuch und in den entsprechenden Nebengesetzen auch so geregelt.

Ich kann Ihnen, Herr Abgeordneter, nur sagen: Aus der Sicht des Innenministers spricht nichts, aber auch gar nichts dagegen, alle Möglichkeiten der strafrechtlichen Sanktionierung voll zum Tragen kommen zu lassen, bis hin zu der Sanktionierung – das ist, um mit dem Recht zu sprechen, eine Maßregel der Sicherung und Besserung –, den Führerschein, wann immer es möglich ist, denen zu entziehen, die solche Dinge veranstalten und damit sich und andere gefährden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Vielleicht wäre noch ein Intelligenztest angezeigt!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Es gibt noch eine Frage von Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Minister, das Thema Autokorsos hat ja auch immer eine Lärmkomponente, die damit einhergeht. Wenn ich den tiefergelegten 3er BMW sehe, frage ich mich immer: Ist das ein Fan von Besiktas, Fenerbahce oder Galatasaray? Es sind aber teilweise auch Fans von Dortmund oder auch von Bayern, die in diesen Autos sitzen.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abgeordneter, weder die Frau Präsidentin, die deutlich jünger ist als ich und deshalb auch besser hört, noch ich haben Sie verstanden.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Es ging um die Lärmproblematik, die manchmal zu Hörschäden führt.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

– Entschuldigung! Ich rede ganz laut und ins Mikrofon.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Soweit es nicht um weitere Beschädigungen –

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Mit Autokorsos ist immer auch eine gewisse Lärmproblematik verbunden. Ich wollte sagen, da von der AfD die Frage gestellt wurde: Ob der 3er BMW nun mit Fanartikeln von Fenerbahce, Galatasaray oder von Dortmund oder Bayern München bestückt ist, ist vollkommen egal, wenn solche Motoren aufheulen.

Ist Ihnen bekannt, wie viele Fahrzeuge in Baden-Württemberg aufgrund besonderer Lärmbelästigung aus dem Verkehr gezogen worden sind? Welche Eingriffsmöglichkeiten gibt es? Gibt es dazu irgendwelche Informationen?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das kann man schriftlich beantworten!)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abgeordneter, zahlenmäßig gibt es keine entsprechenden Erfassungen, aber ich darf Ihnen einmal meine persönliche Meinung dazu sagen, die ich aber auch schon entsprechend in mein Haus einspeise: Es nervt kolossal.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Ich glaube, dass wir hierbei auch eine Zunahme haben. Es nervt nicht mich persönlich, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Ich habe auch ständig Kontakt mit Menschen, die sich in starkem Maß exakt darüber beklagen.

Ich unterstütze den baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Hermann außerordentlich in seinem Bemühen auf der in wenigen Stunden stattfindenden Verkehrsministerkonferenz, dass wir im Bereich des Posings, wenn bestimmte Schwellen für Ordnungswidrigkeiten oder gar für Straftaten überschritten sind, zu viel schärferen Sanktionen kommen. 10 € zu bezahlen ist für Leute, die diesen dicken Auspuff spazieren fahren, natürlich ein Witz. Deshalb müssen wir die Sanktionen in diesem Bereich erheblich verschärfen. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe null Komma null Verständnis dafür, warum Autos lauter sein müssen, als sie eigentlich sein müssten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD)

Ich verstehe, dass Menschen auch mal eine Spazierfahrt machen. Das ist auch in Ordnung. Aber für dieses Gepose, insbesondere unter dem Erzeugen von einem bestimmten Lärm, der ja offensichtlich für die, die ein solches Auto fahren, oder für irgendwelche anderen Leute dazugehört, habe ich null Komma null Verständnis, und da würde ich gern alles, was der Rechtsstaat hergibt – de lege lata und de lege ferenda –, ausreizen.

Darüber habe ich auch mit dem Kollegen Hermann schon gesprochen, weil das unsere beiden Ressorts berührt. Wir sind da auch sehr eng beieinander. Das, was wir an Möglichkeiten haben, wird ausgeschöpft. Darüber bin ich auch im Gespräch mit der Polizei.

Da, wo wir eine Nachschärfung im Ordnungswidrigkeitenrecht oder gar im Strafrecht brauchen, werden wir das tun. Wir haben uns in verschiedenen Städten des Landes, u. a. Mannheim,

auch schon ganz erfolgreich praktisch mit der Poserszene beschäftigt, auch mit Maßnahmen, die nicht unbedingt in der Strafprozessordnung oder im Strafgesetzbuch vorgesehen sind, die aber in der praktischen Ausführung dann einfach so gekommen sind, wie sie gekommen sind. Das hat bei denen, die solche Autos fahren, eine nachhaltige Wirkung hinterlassen. Auch diesen Weg werden wir weitergehen. Um was es im Einzelnen geht, erläutere ich Ihnen gern in einem Vieraugengespräch.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun bitte Herr Abg. Dr. Grimmer.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Ich möchte auch das Thema Lärm ansprechen, aber nicht in dem Sinn wie der Kollege, was sicher auch ein Thema ist, sondern im Zusammenhang mit den Korsos, die ja sehr häufig auch mit lautem Gehupe begleitet werden, was perverserweise als Hupkonzert bezeichnet wird, aber konzertant ist das ja kaum. Es ist sogar so, dass es ja auch gesundheitsschädlich sein kann. Es erschreckt die Leute insbesondere im Innenstadtbereich.

Ich habe noch nie gesehen, dass die Polizei da tätig wurde. Wie sehen Sie da die Rechtslage? Wird da eingegriffen? Sollte eingegriffen werden? Mich würde Ihre Meinung hierzu interessieren.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nicht erst seitdem ich Innenminister bin, sondern auch in der Zeit vorher habe ich natürlich solche Autokorsos, beispielsweise in meiner Heimatstadt Heilbronn, beobachtet. Ich habe aber im Unterschied zu Ihnen auch sehr, sehr oft beobachtet, dass die Polizei bei solchen Korsos zugegen gewesen ist.

Hier muss ich meine Antwort wiederholen: Die Polizei schreit selbstverständlich lage- und situationsabhängig insbesondere dann ein, wenn eine Fremd- oder Eigengefährdung gegeben ist.

Ich darf es mal auf Schwäbisch sagen: Wenn man sich entsprechend aus dem Auto lehnt oder aber mit entsprechenden Geschwindigkeiten fährt, ist das sicherlich ein Grund, warum ein polizeiliches Eingreifen angezeigt ist.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Was ist daran schwäbisch?
– Abg. Sascha Binder SPD: Das war aber nicht schwäbisch!)

Ich teile auch Ihre Auffassung, dass das Hupen in diesem Zusammenhang als störend empfunden wird und dass sich Menschen auch vor so etwas erschrecken. Die Hupe hat eine andere Funktion, als um damit irgendwelche Festivitäten zu begehen.

Ich habe allerdings auch Vertrauen darin, dass unsere Polizei-beamtinnen und Polizeibeamten anlassbezogen, situations- und lageabhängig die richtigen Maßnahmen vor Ort ergreifen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön. – Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei von der SPD.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Minister, mit dem Hinweis auf Mannheim haben Sie mir einen Teil vorweggenommen. – Für die Kollegen: Es sind vor allem Personen aus dem Umland, die sich erlauben, am Wochenende in die Großstädte zu fahren und sich dann dort mit ihren Fahrten im ersten Gang lächerlich zu machen. – In der Tat haben wir mit den ergriffenen Maßnahmen sehr gute Erfahrungen gemacht; darauf haben Sie hingewiesen.

Ich wollte noch eine Nachfrage an Sie richten. Ich hatte mal einen Dienstwagen, dessen Marke ich jetzt nicht nenne. Aber meine Frau hat sich fast einmal geweigert, mitzufahren. Es gibt darin eine Einrichtung, die sie „Proll-Modus“ genannt hat, die es ermöglicht, eine kleine Klappe im Auspuff umzulegen, um ein intensiveres Motorengeräusch zu erzeugen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Auspuffklappe, ja!
– Abg. Anton Baron AfD: Das haben Porsches serienmäßig!)

Ich finde das nicht nur hochtragisch peinlich, sondern auch im Hinblick auf die Lärmbelästigung – auch wenn es serienmäßig in der Ausstattung dabei ist – völlig daneben in der heutigen Zeit.

Das betrifft Ihr Ressort nur bedingt, Herr Innenminister. Aber wird auch einmal darüber diskutiert, der Autoindustrie einmal zu sagen, diese unnötigen Lärmzusatzeinrichtungen sollten abgeschaltet werden? Gibt es darüber Gespräche mit der Autoindustrie?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, in welchem Lebensabschnitt Sie sich dieses Auto zugelegt haben. Aber Ihre Frau hat jedenfalls recht mit der Kritik.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das war ein Dienstwagen des Landtags! – Lebhaftes Heiterkeit)

– Das kann aber nicht zu Zeiten dieser Landesregierung passiert sein.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war der Ersatz für die Trillerpfeifen von ver.di! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich nenne die Marke nicht! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Wieso fahren Sie eigentlich einen Dienstwagen des Landtags?)

Aber Ihre Frage ist eine ernsthafte, und ich will Ihnen einfach sagen: Ja, darüber sprechen wir in der Landesregierung. Ich habe eine sehr klare persönliche Auffassung: Autos, die auf Knopfdruck lauter gemacht werden können, damit sie lauter fahren, als sie eigentlich fahren müssten, braucht kein Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Thomas Blenke CDU)

Deswegen habe ich mir erlaubt – weil das, wie Sie richtig bemerkt haben, nicht in meine Ressortzuständigkeit fällt –, auf den Kollegen Hermann zuzugehen und mich mit ihm auszutauschen. Ich darf Ihnen auch berichten, dass wir darüber die gleiche Auffassung haben und dass wir uns das – da das keine Landeskompetenz, sondern eher sogar eine europäische, jedenfalls aber eine Bundeskompetenz ist – gemeinsam auf die Agenda geschrieben haben.

Wenn ich recht informiert bin, ist auch im Bundesrat inzwischen etwas am Laufen. Wenn der Kollege Hermann von der Verkehrsministerkonferenz zurückkommt, werde ich gern das Gespräch mit ihm aufnehmen, mich über den aktuellen Stand informieren. Wenn es Sie interessiert, dürfen Sie dann gern auf mich zukommen. Dann bekommen Sie diesen aktuellen Sachstand von mir wiedergegeben.

Noch einmal: Wir sind entschlossen, uns dieser Thematik anzunehmen. Wir sind auch unterwegs, Verbündete bei anderen Ländern usw. zu suchen, sodass wir gegebenenfalls über den Bundesrat und über die Wege, die uns erfolgversprechend erscheinen, tätig werden, damit diese unnötigen Schalter von den Armaturenbrettern der Autos verschwinden.

(Beifall der Abg. Martin Grath GRÜNE und Thomas Blenke CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Ich glaube, jetzt haben wir das Thema ausführlich behandelt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Radios haben wir noch nicht angesprochen!)

Ich sehe keine Wortmeldung mehr. – Vielen Dank, Herr Innenminister.

Wir verlassen jetzt diesen Themenkomplex und kommen zu dem Thema, das die Grünen auf die Tagesordnung gesetzt haben:

E i n r i c h t u n g e i n e s D r o g e n k o n s u m r a u m s i n K a r l s r u h e

Wem darf ich dafür das Wort erteilen? – Bitte, Herr Abg. Poreski.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Darf ich hier stehen bleiben?)

– Nein, Sie dürfen bitte nach vorn kommen, um die Frage einzuführen. Die Folgefragen werden dann von einem Saalmikrofon aus gestellt.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Wir haben ja für Drogenabhängige aufsuchende Angebote. Meine Frage dazu ist: Welche Vorteile sieht die Landesregierung, wenn ergänzend zu diesen aufsuchenden Hilfen auch Drogenkonsumräume vorgehalten werden?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Sozialminister, ich darf Sie zur Beantwortung dieser Frage nach dem Drogenkonsumraum in Karlsruhe nach vorn ans Redepult bitten.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Kollege Poreski, ich beantworte gern Ihre Frage. Wir haben aufgrund von § 10 a Absatz 2 des Betäubungsmittelgesetzes in der letzten Verordnung vom 2. Juli eine Rechtsverordnung erlassen, die es ermöglicht, dass in Stadtkreisen mit mehr als 300 000 Einwohnern Drogenkonsumräume eingerichtet werden können. Im Übrigen werden wir diese Verordnung nächste Woche im Gesetzblatt verkünden. Es hat sich jetzt verdoppelt. Alle Fraktionen im Haus bekommen heute diese Verordnung auch auf dem Postweg zugeschickt.

(Minister Manfred Lucha)

Warum richten wir Drogenkonsumräume ein? Drogenkonsumräume nach dem genannten § 10 a des Betäubungsmittelgesetzes müssen der Gesundheits-, Überlebens- und Ausstiegshilfe für Drogenabhängige dienen und müssen in das örtliche Suchtihilfenetz eingebunden sein.

Sie wissen, an dem betreffenden Platz in Karlsruhe gibt es bislang eine außergewöhnlich große sogenannte offene Szene, auch mit sozialen Implikationen: Die Gewerbetreibenden dort haben reklamiert, dass die Situation schwierig ist.

Der Betrieb dieser Drogenkonsumräume soll dazu beitragen, dass durch den Drogenkonsum bedingte Gesundheitsgefahren gesenkt werden, um damit insbesondere auch das Überleben von Abhängigen zu sichern, gleichzeitig die Behandlungsbereitschaft der Abhängigen zu wecken und dadurch den Einstieg in den Ausstieg aus der Sucht einzuleiten. Selbstverständlich geht es auch darum, die Inanspruchnahme weiterführender, insbesondere suchttherapeutischer Hilfen einschließlich einer vertragsärztlichen Versorgung zu fördern, sowie darum – ich habe es anfangs erwähnt –, die Belastungen der Öffentlichkeit durch konsumbezogene Verhaltensweisen zu reduzieren.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Minister. – Der Reihenfolge nach Fraktionsstärke entsprechend erlaube ich nun Herrn Kollegen Stefan Teufel das Wort.

Abg. Stefan Teufel CDU: Sehr geehrter Herr Minister, der Drogenkonsumraum ist sicherlich auch eine erweiterte Hilfe für schwerstabhängige Menschen; dies ist kein Freibrief für Drogenhandel. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass dort keine Straftaten verübt werden?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrter Kollege Teufel, herzlichen Dank für die Nachfrage. Wir haben in § 6 der Verordnung – ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich beim Innenminister; es war eine intensive Debatte, und wir haben eine Lösung hinbekommen – geregelt, dass ausschließlich für den eigenen Konsum Stoff mitgebracht werden darf. Wenn das Personal sieht, dass mehr dabei ist und gedealt werden könnte, ist das zu unterbinden. Es gibt eine Gelb-Rote Karte; es gibt eine Verwarnung. Es muss unterbunden werden. Sollte dies nicht gelingen, wird der Vorfall natürlich strafrechtlich zur Anzeige gebracht. Das ist eine klare Verabredung. Unser Ziel ist, dass dort keine Straftaten geschehen.

Wir evaluieren ja auch, und wir dokumentieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Woher er den Stoff hat, interessiert nicht!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön, Herr Minister. – Nun hat Herr Abg. Hinderer für die SPD das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Minister, Sie regeln das Thema ja untergesetzlich, auf dem Verordnungsweg. Das ist auch gut so. Sie hatten bereits im November 2017 einen Verordnungsentwurf erarbeitet. Die CDU-Landtagsfraktion hat ihre Bedingungen für die Zustimmung im Juni 2018 abgegeben, und wir freuen uns, dass wir heute nun die Verordnung in den Postfächern vorfinden, erlauben uns aber trotzdem die Frage: Was hat da so lange gedauert, und warum?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Gut Ding will Weile haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Ob das so gut ist, weiß ich gar nicht! – Vereinzelt Heiterkeit)

Das Ergebnis zählt. Lieber Herr Hinderer, ich könnte Ihnen später einmal die SMS des von uns sehr geschätzten Oberbürgermeisters der Stadt Karlsruhe zeigen, der sich noch einmal ausdrücklich für unseren großen Einsatz bedankt. Frau Weiser – für alle, die sie nicht kennen: die ehrenwerte Geschäftsführerin der Liga der freien Wohlfahrtspflege – hat mich unlängst auf einer Tagung quasi umarmt und gesagt, sie habe jetzt 29 Jahre auf den Drogenkonsumraum gewartet.

Zwischendrin hatte auch Ihre Partei einige Jahre die Ministerin gestellt; wir haben es nun hinbekommen. Das dauert eben ein bisschen – wir sind ja noch jung und fröhlich –, aber wir starten. Wir werden am Donnerstag oder Freitag nächster Woche die Verordnung verkünden, und die Vorbereitungen in Karlsruhe werden ebenfalls aufgenommen. Im Übrigen ist der Mittelbedarf für die Stadt Karlsruhe enorm; die Stadt Karlsruhe wird selbst ca. 300 000 € in die Hand nehmen.

Sie sehen, wir arbeiten Hand in Hand. Wir sind mit dem Suchtihilfenetzwerk in Kontakt, die AWO ist dabei; die Nachbarschaftsorganisationen helfen mit, ebenso wie die Polizei. Es gibt dort ja einen Begleitbeirat, und auch bei ihm muss ich mich wirklich noch einmal bedanken. – Sie sehen also, wir haben es hinbekommen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die FDP/DVP hat sich Herr Kollege Keck gemeldet.

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Vielen Dank. – Herr Minister, nachdem wir uns vor wenigen Wochen die Einrichtung in Karlsruhe selbst anschauen durften und es sich auch um eine wirklich tolle Einrichtung handelt, stellt sich die Frage: Könnten Sie sich vorstellen, in naher oder ferner Zukunft solche Räume auch in den ländlichen Regionen, den ländlichen Landkreisen – speziell jetzt im Landkreis Konstanz, aber auch in anderen Landkreisen – einzurichten, also nicht nur für die Kommunen ab 300 000 Einwohnern? Denn nicht nur in den Metropolen gibt es Drogenprobleme, Drogenkriminalität, sondern auch in den ländlichen Räumen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das will ich mir gar nicht vorstellen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön. – Herr Minister, bitte.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Wir haben gemeinsam einvernehmlich geklärt, dass wir es jetzt erst einmal auf Kommunen ab 300 000 Einwohnern begrenzen. Wir sehen, dass diese Szenen auch in anderen Metropolen vorkommen. Wir haben aktuell aber noch von keinen anderen Städten in Baden-Württemberg offensiv die Anzeige, dass ein Konsumraum erforderlich ist.

Unser Ziel muss sein, eine Suchtpolitik, Substitutionspolitik, Begleitungs- und Beratungspolitik zu betreiben, damit es nicht nötig wird, solche Konsumräume einzuräumen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

(Minister Manfred Lucha)

Wenn es uns aber tatsächlich aus vielen gesellschaftlichen Gründen nicht glückt, dies zu tun, dann schauen wir uns die Situation vor Ort an. Es gibt ja für solche Situationen das Evaluationsprinzip, falls andere Städte in entsprechender Größenordnung auf uns zukämen. So sind wir verblieben und werden dann zur entsprechenden Zeit darüber reden – gegebenenfalls gemeinsam mit Ihnen dann auch wieder ins Gespräch gehen –, ob Handlungsbedarf besteht.

Jetzt haben wir mit Karlsruhe den ersten Drogenkonsumraum. Wir werden das begleiten, wir werden die Erfahrungen, wie viele Menschen dort sind, wie es ihnen geht, wie viele Leben wir retten können, wie viele aussteigen, welche Ausstrahlung es auch auf die Szene im Ganzen hat, sammeln und Ihnen dann haarklein berichten. Das ist unser eigenes Interesse. Lassen Sie uns jetzt einfach dort erst einmal anfangen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön. – Für die Grünen hat sich noch einmal Herr Abg. Poreski gemeldet.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Minister, vielen Dank für die Ausführungen, die die Niedrigschwelligkeit dieses Angebots herausgestellt haben. Deswegen auch meine weitergehende Frage. Wenn diese niedrigschwelligen Zugänge ermöglicht werden: Welche weiteren Maßnahmen oder Konzepte unterstützt die Landesregierung, um die Abhängigen auf ihrem Weg aus der Sucht zu unterstützen?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrter Herr Kollege, vielen Dank für die Nachfrage. – Wir haben in der Tat – da sind wir, das muss ich einfach sagen, eine große Familie; auch Kollege Hinderer war in der letzten Legislaturperiode beteiligt; der Sozialausschuss hält schon zusammen – ganz sukzessive die suchtmmedizinische Versorgung ausgebaut. Wir haben ein sehr ausdifferenziertes Angebot von Niedergelassenen, im stationären Bereich mit Entzugsentwöhnungsbehandlung, Substitutionsbehandlung einschließlich Diamorphinsubstitution und Schwerpunktpraxen begonnen.

Wir geben zu – im Bundesbetäubungsmittelgesetz haben wir es geklärt –, wir haben da auch eine offene Flanke. Wir müssen Nachwuchsärztinnen und -ärzte gewinnen. Noch vor kurzer Zeit standen Ärzte mit einem Bein im Gefängnis. Das haben wir geklärt, Herr Innenminister, das konnten wir regeln. Aber jetzt brauchen wir wirklich den Nachwuchs.

Wir haben psychosoziale Beratungsstellen, wir haben die Kontaktläden, wir haben die Suchtselbsthilfe, wir haben die Suchtprävention. Ich bedanke mich ganz stark bei den beiden Regierungskoalitionsfraktionen, dass es uns für diesen Nachtragshaushalt gelungen ist, den Landeszuschuss für die psychosozialen Beratungsstellen wieder auf 17 900 € je Vollzeitskraft zu erhöhen. Wir fördern zudem mit einer Stellenerhöhung von 496 Stellen in den 1 100 Gemeinden, in den 44 Stadt- und Landkreisen flächendeckend im Land. Ich glaube, das lässt sich wirklich sehen.

Weil auch die Kollegin Kultusministerin da ist, erwähne ich: Wir sind in der Präventionsarbeit auch immer im engen Austausch, die Suchtprävention noch stärker und systematischer in die Schulen zu bringen. Wir wollen an allen Ecken und Enden informieren – auch über die ganzen neuen Drogen, die synthetischen Drogen, die „Legal Highs“. Es ist eine wirklich bedeutende Herausforderung, frühzeitig zu informieren.

Das gilt im Übrigen auch für das Nichtrauchen, meine Damen und Herren. Das ist mir genauso wichtig. „Be Smart – Don’t Start“ ist eine große Botschaft. Auch mit diesem legalisierten Bereich müssen wir sehr offen und informativ umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es noch Wortmeldungen? – Bitte, Herr Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Minister, ich erlaube mir die kurze Klarstellung, dass während der Zeit, als die SPD-Fraktion die Sozialministerin gestellt hat, kein Antrag vorlag und deshalb auch keine Verordnung erforderlich war.

Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Einwohnergrenze von 300 000 zunächst einmal auf dem Papier steht, damit die CDU-Fraktion zustimmen kann, dass aber, sobald z. B. die Stadt Freiburg, die darunter fallen würde, einen Antrag stellt, das Ganze wieder zur Diskussion steht und Sie dann die Verordnung gegebenenfalls entsprechend ändern würden?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So viele Rauschgift-süchtige gibt es doch gar nicht, dass man das überall braucht!)

Einige ergänzende Fragen: Was spricht außer dem Votum der CDU für diese dreijährige Befristung? Was halten Sie persönlich vor dem Hintergrund, dass in diesen Raum – auch seitens der Stadt Karlsruhe – jetzt investiert werden muss, von dieser Befristung, und was passiert mit den Investitionen, wenn nach drei Jahren dann Ende ist?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Die Befristung bereitet mir überhaupt kein Problem. Wir wollen sehen, ob wir das richtige Angebot machen.

Noch einmal: Unser therapeutisches Ziel ist es, dieses Angebot nicht zu benötigen. Wenn wir es in drei Jahren nicht mehr brauchten, wären wir die Ersten, die – – Der Raum ist auch sehr metallisch, das ist kein heimeliges Schmuckkästchen, das ist funktional, hygienisch, fachärztlich und alles andere als super. Wir würden die Flex in die Hand nehmen und abbauen.

Ich befürchte allerdings, dass wir das leider nicht ohne Weiteres machen. Lassen Sie uns das einfach betrachten. Jetzt steigen wir ein; wir wollen jetzt keine Botschaft senden an Szenen in Metropolen. Wenn sie denn da sind, werden wir uns damit auseinandersetzen. Gerade auch in der Sicherheitspartnerschaft in den Städten Freiburg und Stuttgart haben wir ein Ohr. Wenn der Bedarf real ist und die Kommunen auf uns zukommen, werden wir uns in geübter Form zusammensetzen und darüber sprechen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Auch bei der Beschaffung des Rauschgifts?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Nachfragen? Herr Kollege Zimmermann, möchten Sie sich zu Wort melden? –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! Ich habe mich schon zu Wort gemeldet, Frau Präsidentin!)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Bitte, Herr Abg. Baron.

(Abg. Anton Baron AfD erhebt sich und spricht in das Mikrofon an seinem Platz.)

– Ich glaube, es ist besser, Sie gehen zum Saalmikrofon, wenn Sie stehen.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank. – Herr Minister, ich halte diesen Raum gerade für die betroffenen Personen tatsächlich für sehr sinnvoll. Ich wollte fragen, ob Sie beispielsweise auch aus Hessen Erfahrungswerte mitgenommen haben – in Frankfurt gibt es so etwas Ähnliches – und ob man daraus schließen kann, dass es sich wirklich lohnt, so etwas einzurichten, und ob dies auch die Betroffenen unterstützt.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Selbstverständlich gibt es diese Expertise. Ich bin aber auf unsere Verordnung schon sehr stolz, weil sie im Hilfecharakter, was wir auch implizieren, was wir an Hilfen anbieten, weiter geht als andere, die es z. B. in Frankfurt schon lange gibt. Ich selbst komme auch aus der ambulanten Arbeit. Wenn ich die Kollegen dort besucht habe, habe ich gesehen, dass das nichts Angenehmes ist. Die Würde der Betroffenen ist kaum mehr gewährleistet. Das ist alles sehr funktional.

Wir haben uns auch die Situation in Dortmund angeschaut. Wir kennen auch die guten Ergebnisse aus der Schweiz. Dort – der Innenminister weiß das – war in Zürich der berühmte Platzspitz quasi eine nicht mehr betretbare Fläche. Das ist jetzt wirklich geregelt. Die Erfahrungen – wie so oft in der Suchttherapie – sind, dass das Heavy User sind. Da gibt es Biografien, die wirklich dramatisch sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Und, Herr Baron, wenn ich von hundert einen in eine irgendwie geartete würdigere Form des Lebens bringe, war es das schon wert. Das ist unser Anliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Fragenkomplex. – Vielen Dank, Herr Minister. – Wir schließen dieses Thema ab und können uns noch zehn Minuten der Frage der SPD widmen:

Auswirkungen des Qualitätskonzepts im Kultusministerium

Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, bitte.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Die Kultusministerin hat einen großen Umbauprozess unter dem Titel „Qualitätskonzept“ mit Kosten von bis zu 30 Millionen € initiiert. Dieser Umbauprozess ist stark in der Kritik. Manche sprechen von bis zu zehn Jahren, bis wohl erste Ergebnisse im Unterrichtsalltag spürbar sind. U. a. kommt es – das ist jetzt das Thema unserer heutigen Frage – zu personellen Veränderungen im Kultusministerium und an den Seminaren. Antworten auf Fragen der Opposition sind bislang offengeblieben.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat im Endausbau die zukünftige

Stabsstelle als Kopfstelle im Kultusministerium für die operative Steuerung der neuen Institute, des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung und des Instituts für Bildungsanalysen Baden-Württemberg? Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird also diese Stabsstelle haben, und in welcher Besoldungsgruppe ist die Leitung dieser Stabsstelle angesiedelt?

Weiter: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird die künftige Stabsstelle zur Lehrgewinnung und Unterrichtsversorgung sowie zur Entwicklung einer digitalen Bildungsplattform im Endausbau haben, und welche Besoldungsgruppe ist hier für die Leitung vorgesehen?

Schließlich die letzte Frage: Wie ist der aktuelle Stand, was die Leitungen bei den Seminaren angeht? Hier sind offene Stellen lange nicht besetzt worden. Werden diese jetzt besetzt? Können Sie uns hier neuere Informationen geben?

Herzlichen Dank.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön. – Frau Ministerin, ich darf Sie ans Redepult bitten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gern beantworte ich Ihre Fragen.

Personelle Auswirkungen, was das Kultusministerium angeht: Etwa 90 Personen werden aus dem Kultusministerium in andere Organisationseinheiten versetzt. Interesse daran konnte im Vorfeld bekundet werden. Alle Stellen in den neuen Instituten ZSL und IBBW – das haben wir ja schon mehrfach deutlich gemacht – werden extern ausgeschrieben – natürlich unter Einbindung der Personalvertretungen, der Gleichstellungsbeauftragten und der Hauptpersonalräte; keine Frage.

Außerhalb des Kultusministeriums sind Personen aus folgenden Einrichtungen betroffen: Landesinstitut, LAK, Rotenfels, RPs, SSA. Das betrifft also den gesamten Prozess, wie wir ihn schon mehrfach vorgestellt haben.

Was die Stabsstellen im Kultusministerium angeht, ist dies zum einen die Stabsstelle für die Rechts-, Dienst- und Fachaufsicht, die weiterhin im Kultusministerium bleibt. Es sind ja nachgeordnete Behörden abzudecken.

Die Stabsstelle, die das ZSL und das IBBW begleitet, wird acht bis zehn Personen umfassen. Die Leitung ist nach Besoldungsgruppe B 6 besoldet.

Die andere Stabsstelle, nach der Sie, Herr Fulst-Blei, gefragt haben, hat mit dem Qualitätskonzept nicht zwingend, hat mit diesem Prozess nicht direkt etwas zu tun. Das sind die Themen Lehrgewinnung und Unterrichtsversorgung sowie Bildungscloud. Diese Stabsstelle bildet Themen ab, die eine besondere Bedeutung haben. Hier gilt eine ähnliche Personenanzahl und wird die Leitung ebenfalls nach B 6 besoldet.

Beide Besoldungen – um auch gleich Ihre nächste Frage zu beantworten – sind im Haushalt etatisiert, sind im Kultusetat dargestellt.

Aufgrund des Prozesses, dass 90 Personen in andere Institute wechseln, werden wir im Kultusministerium künftig eine Abteilung weniger haben. Das heißt, die ganze Organisationsstruktur passt sich den neuen Herausforderungen an.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Deshalb ist es auch so – ich sage das, weil Sie nach den Kosten gefragt haben –, dass wir die Kosten im Haushalt dargestellt haben. Bei den Haushaltsberatungen ist dieses Thema auch mehrfach und ausführlich diskutiert worden. Dabei handelt es sich zum einen um Einmalkosten für Umzüge und Darstellungen in Höhe von ungefähr 2,6 Millionen € und zum anderen um Personalkosten für die neuen Leitungsstellen, die ausgeschrieben werden. Das war wichtig, damit in den Instituten sowohl die Abteilungsleitungen als auch die Referatsleitungen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kultusverwaltung, aber natürlich auch externen Mitarbeitern für Bewerbungen offenstehen. Deshalb war es uns wichtig, das in einem transparenten und offenen Verfahren zu machen.

Die Personalkosten für diese Stellen betragen ca. 5,7 Millionen € jährlich, werden aber abgeschmolzen, weil es dafür parallel – auch das haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen mehrfach dargestellt – Deckungsvermerke, k.w.-Vermerke bei Stellen des Kultusministeriums und anderen Einrichtungen gibt. Deshalb ist es mittelfristig ein finanzieller und personeller Aufwuchs, im Endausbau – auch das wurde schon mehrfach öffentlich und in Ausschusssitzungen kommuniziert – eine kostenneutrale Umsetzung, wie wir es auch angekündigt haben.

Das Thema Institute haben wir ja so weit insgesamt bereits mehrfach dargestellt, auch die Größenordnung, auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.

Gern kann ich noch darauf hinweisen, dass bekanntermaßen die Leitungsstelle beim ZSL mit Herrn Dr. Riecke-Baulecke

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Alles nicht gefragt!)

und die Leitungsstelle beim Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg mit Herrn Dr. Klein besetzt sind. Die Abteilungsleitungen sind nach Ausschreibung und Personalauswahlverfahren besetzt. Die Auswahlverfahren für die Referate laufen momentan.

So gesehen, sind wir in diesen Punkten so in der Umsetzung und auch im Zeit- und Finanzplan, wie wir es durch Haushalts- und grundsätzliche Entscheidungen, in Kabinetts- und Landtagsberatung sowie im Errichtungsgesetz angekündigt haben.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich habe noch eine Wortmeldung des Herrn Kollegen Haser. Die können wir noch aufnehmen, wenn Sie sich beide kurzfassen. Dann ist unsere Regierungsbefragung auch beendet.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die Frage nach dem Seminar ist nicht beantwortet!)

Abg. Raimund Haser CDU: Frau Ministerin, meine erste Frage: Was ist denn mit den Standorten der Seminare? Gibt es hier Veränderungen?

Zweite Frage: Wie sieht es mit dem Zeitplan aus? Das Ziel des Ganzen ist ja die Steigerung der Qualität. Wann wird sowohl an den Schulen als auch vielleicht spürbar im Unterricht bei den Schülerinnen und Schülern und bei den Bürgerinnen und Bürgern der Effekt dieser Veränderungen ankommen?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wären Sie einverstanden, Frau Ministerin, dass wir die Frage des Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei in der Beantwortung gleich mit dazunehmen?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das war die noch offene Frage nach den Seminaren!)

– Okay, dann hat sich das erledigt. Gut.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Das war mein Fehler; es ist angekommen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut, danke.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Zum Thema Seminare sage ich zunächst einmal etwas zu den Seminarstandorten insgesamt. Auch das haben wir schon mehrfach deutlich gemacht.

Die Seminarstandorte bleiben selbstverständlich, wie auch Rotenfels, die Landesakademie, erhalten. Wir brauchen die dezentralen Einheiten, und wir brauchen natürlich auch die Grundlagen und die Erfahrungen, die sie dort haben, um künftig nicht nur zentral inhaltlich Qualitätsvorgaben zu machen, sondern dies auch regional und damit dezentral umzusetzen.

Deshalb werden auch die offenen Stellen an den Seminaren ausgeschrieben. Es gab deshalb offene Stellen – da haben Sie recht, Herr Fulst-Blei –, weil sich aufgrund dieses Umgestaltungsprozesses und der Tatsache, dass die Seminare künftig „Seminare für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte“ heißen werden und die Fach- und Dienstaufsicht auf das ZSL übergegangen ist, womit auch die Fortbildung in eine engere Verzahnung mit der Ausbildung kommt, natürlich auch die Beschreibung und die Aufgaben, die die Leitung erfüllen muss, ändern.

Deshalb haben wir die Stellen natürlich nicht gestrichen. Sie bleiben vollumfänglich erhalten. Aber wir schreiben sie nach den neuen Bedarfen aus, da es wenig Sinn gemacht hat, sie nach dem alten Grundsatz noch auszuschreiben, um dann wenige Monate später, nach Inkrafttreten des Errichtungsgesetzes und der gesetzlichen Grundlagen, eine andere inhaltliche Ausrichtung vorzunehmen. Das erfolgt jetzt.

Ich habe in der nächsten Woche auch die Leitungen der Seminare – wie schon mehrfach – zu Gast, und wir werden auch darüber diskutieren, wo es noch Schnittstellen gibt, wie man damit umgeht. Aber dieser Prozess ist jetzt eingeleitet – da gibt es bereits eine enge Abstimmung der Seminare mit Herrn Dr. Riecke-Baulecke –, sodass wir es dann auch im Bereich Regionalstellen, Seminare, ZSL passgenau schaffen, tatsächlich aus einem Guss voranzukommen.

Wir werden diese Umsetzung, Herr Haser, jetzt Schritt für Schritt gestalten und parallel dazu die Themen, die ja schon länger auf der Tagesordnung stehen und die dann in den Schulen wirksam werden. Denn dieser Prozess ist selbst ein System, das die Unterstützung der Schulen stärken soll, das in den Schulen selbst aber zunächst keine Qualitätsverbesserung hervorruft. Dies habe ich ja, wie Sie wissen, auch kontinuierlich deutlich gemacht. Das ist uns durchaus bewusst. Es ist ein Zweisäulensystem.

Aber gerade am Thema Fortbildung wird gearbeitet, daran, wie wir die Fortbildungen inhaltlich schwerpunktmäßig un-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

ter Qualitätsstandards stellen können, um sie dann in die Fläche zu bringen. Daran wird bereits gearbeitet, sodass wir davon ausgehen, dass wir dabei relativ zügig vorankommen.

Auch die Arbeitsaufnahme im Gespräch mit den Schulleitungen wird relativ zügig erfolgen, um zu sehen, wo wir – auch im Rahmen des Bildungsmonitorings, das das IBBW macht – zügig vorankommen, um mit den Leitungen von Schulen aller Schularten an den einzelnen Standorten zu sehen: Wo sind Bedarfe, wo sind Handlungen, wie müssen wir zuarbeiten, um ins Unterstützungssystem zu kommen?

Das heißt, wir sind auf einem sehr guten Weg. Es ist ein sukzessiver Prozess. Ich muss mich auch ausdrücklich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Das ist ein sehr aufwendiger Personalfindungsprozess. Deshalb führen wir das Ganze mit dem nötigen Hochdruck, aber auch mit der nötigen Qualität durch, die wir brauchen, die unsere Mitarbeiter auch verdienen. Aber ich gehe davon aus, dass wir auf diesen beiden Schienen im Herbst schon deutlich vorangekommen sein werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit schließen wir die Regierungsbefragung unter Tagesordnungspunkt 4 ab.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

- a) **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Einführung eines inklusiven Wahlrechts**
- b) **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz über das Wahl- und Stimmrecht von Personen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksachen 16/5784, 16/5914, 16/5907

Berichterstatter: Abg. Ulli Hockenberger

Wir haben eine Redezeit von fünf Minuten für jede Fraktion vorgesehen.

Zuerst hat das Wort für die Grünen Frau Kollegin Dr. Leidig.

Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben bereits vor zwei Wochen über die Gesetzentwürfe debattiert. Ich fasse die grundsätzlichen Aspekte noch einmal zusammen.

Ziel von uns allen ist es, eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung im Kommunal- und im Landtagswahlgesetz von Baden-Württemberg aufzuheben, und zwar bereits zu den anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen. Menschen mit Behinderungen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten eine Betreuung bestellt wurde, wurden bisher pauschal von Wahlen ausgeschlossen. Laut einem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichts widerspricht das unserem Grund-

gesetz. Denn das ist eine Ungleichbehandlung und eine Benachteiligung von vollbetreuten Menschen mit Behinderungen.

Unser Gesetzentwurf stellt sofort Verfassungskonformität her. Damit können die betroffenen Menschen – das sind in Baden-Württemberg ca. 5 900 Menschen – an den Kommunal- und Regionalwahlen am 26. Mai dieses Jahres teilnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Dass uns das gelingt, darüber freuen wir uns sehr. Das war nur möglich, weil wir, die Regierungsfractionen der Grünen und der CDU, und das zuständige Innenministerium an einem Strang gezogen haben.

(Abg. Rainer Sticker SPD: Kommt selten vor!)

Zusätzlich ist es uns ein wichtiges Anliegen, die wahlrechtlichen Bestimmungen auf den Ebenen Europa, Bund, Land und Kommunen in bewährter Weise einheitlich auszugestalten.

Aber die Neuregelung im Bund steht noch aus. Unsere Übergangslösung ermöglicht eine Harmonisierung der Wahlgesetze, sobald der Bund endlich eine Neuregelung beschließt. Natürlich bedeutet das, dass wir dann an die Änderungen des Bundeswahlrechts anknüpfen und die landesgesetzlichen Regelungen im Landtags- und im Kommunalwahlrecht ändern werden.

Das ist wörtlich in der Begründung unseres Gesetzentwurfs zu lesen. Der Entschließungsantrag der SPD bringt hier also inhaltlich keinen Mehrwert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die darin geforderten kleinteiligen Änderungen unseres Gesetzentwurfs und die Schaffung einer zeitlichen Abhängigkeit vom Bundesbeschluss halten wir für nicht notwendig.

Zu den in dem Entschließungsantrag genannten Vorwürfen bezüglich der Verfassungskonformität: Sie, liebe SPD, haben es im Bund nicht hingekommen, rechtzeitig für die Europawahl ein verfassungskonformes Wahlrecht zu schaffen und damit die Grundlagen für ein einheitliches Wahlrecht zu legen. Ihr Verhalten kann eigentlich nur als Manöver zur Ablenkung vom Misserfolg im Bund verstanden werden.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfe SPD)

Für unseren Gesetzentwurf erhielten wir in der öffentlichen Anhörung breite Zustimmung. Vom Städtetag wie auch vom Gemeindetag wird eine rechtssichere Lösung gefordert, um die Kommunal- und Regionalwahlen reibungslos durchführen zu können. Die Verbände möchten unbedingt die Einheitlichkeit bei den Wahlgesetzen beibehalten und begrüßen daher die von uns angestrebte Aussetzung der Wahlrechtsauschlüsse.

Auf zwei weitere Punkte der Anhörung möchte ich noch kurz eingehen. Von der Landes-Behindertenbeauftragten und den Sozialverbänden wurde klar die Erwartung geäußert, dass eine spätere Neuregelung nicht hinter die Ziele des jetzigen Gesetzentwurfs zurückfallen dürfe. Wenn die betroffenen Menschen jetzt an der Wahl teilnehmen dürfen, dann darf es nicht

(Dr. Ute Leidig)

sein, dass wir ihnen das Wahlrecht in den folgenden Jahren verwehren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es geht darum, die Position, die Rechte von Menschen mit Behinderungen dauerhaft zu stärken. Zum anderen werden wir in die Pflicht genommen. Wir müssen auch das Unsrige dafür tun, die Möglichkeiten zur politischen Kommunikation für alle Menschen zu verbessern. Die Assistenzlösungen können vielleicht dazu beitragen.

Vor allem aber sind Informationen in einer Weise zur Verfügung zu stellen, dass alle Menschen sie auch verstehen können. Ein Ansatzpunkt hierzu ist die Abfassung von Wahlprogrammen in leichter Sprache. Leichte Sprache hilft vielen Menschen, nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Menschen mit Lern- und Leseschwächen sowie Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen. Wir sollten unser Möglichstes tun, allen Menschen den Zugang zur Politik zu erleichtern. Es liegt also auch an uns, politische Teilhabe zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir Grünen werden uns dieser Aufgabe stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann darf ich für die CDU Herrn Kollegen Hockenberger aufrufen.

Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Wahlrecht steht in einer Demokratie grundsätzlich jedem Volljährigen und selbstverständlich auch Menschen mit Behinderungen zu. Einen diskriminierenden allgemeinen Wahlrechtsausschluss von Menschen nur aufgrund ihrer Behinderung kennt kein Wahlgesetz. Das habe ich in der ersten Lesung schon ausgeführt, und das wiederhole ich wegen der Bedeutung an dieser Stelle gern.

Bei der Bundestagswahl 2013 waren 81 000 Menschen, die unter Vollbetreuung standen, bundesweit vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das sind 0,8 % aller Menschen, die eine Behinderung haben, und 0,13 % aller Wahlberechtigten. Einfach nur zur Einordnung der Dimension dieses Themas wollte ich diese Zahlen noch einmal genannt haben.

In all den vielen Diskussionen um das inklusive Wahlrecht wird immer wieder die UN-Behindertenrechtskonvention aufgeführt, und es wird argumentiert, die UN-Behindertenrechtskonvention lasse solche Wahlrechtsausschlüsse nicht zu. Wir wissen bzw. sind der Auffassung, dass dies nicht der Fall ist, und die Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die ich erwähnt habe, weist auch nach, dass 14 von 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein vergleichbares Wahlrecht wie wir haben.

Daher glauben wir, dass wir mit dem, was wir heute vorschlagen, einen guten Vorschlag machen, zumal die UN-Behindertenrechtskonvention in der Normenhierarchie unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, die Bedeutung eines einfachen Bundesgesetzes hat – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wir sind uns einig, dass Menschen, die nicht die notwendige Einsichtsfähigkeit haben, auch künftig vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Da spielt es keine Rolle, ob solche Menschen zur Wahl gehen oder auch nicht zur Wahl gehen. Es ist Aufgabe des Staates, die Ordnungsmäßigkeit der Wahl zu garantieren,

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]:
Sehr gut!)

sodass er auch Regelungen für den Fall treffen muss, dass Menschen diese Einsichtsfähigkeit nicht haben, zumal das deutsche Wahlrecht ja zulässt, dass bei relativ knappen Stimm-ergebnissen Mehrheiten verändert bzw. verfälscht werden können.

Die Landes-Behindertenbeauftragte, Frau Aeffner, hat in der Anhörung des Innenausschusses zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass ein bestehendes dauerhaftes Betreuungsverhältnis in allen Angelegenheiten nicht unbedingt und zwingend gleichbedeutend ist mit einer grundlegenden Unfähigkeit zum Treffen komplexer Entscheidungen wie bei Wahlen. Das größte Problem in Zukunft wird sein, die Kommunikationsfähigkeit diskriminierungsfrei festzustellen, sodass Menschen künftig nicht mehr von Wahlen ausgeschlossen sind.

Eine kurze Bemerkung zum Entschließungsantrag der SPD-Fraktion – Frau Kollegin Dr. Leidig hat es gesagt –: Wir verstehen nicht, dass hier ein Stück weit Misstrauen oder Sorge propagiert wird. Die Anhörung im Innenausschuss hat eindeutig ergeben, dass die Verbände und die kommunalen Landesverbände kein Problem mit unserem Vorschlag haben. Daher glauben wir, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

In der Begründung ihres Antrags weist die SPD darauf hin – ich zitiere –:

Im Anschluss daran würden die offensichtlich verfassungswidrigen Regelungen wieder gelten. Das ist kein gutes Zeichen für die Demokratie in Baden-Württemberg.

Diese Sorge können wir Ihnen nehmen: Der Bund muss bis 2021 eine verfassungsfeste Regelung treffen. Wir werden selbstverständlich an diese Bundesregelung anknüpfen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich fasse zusammen: Die Punkte, die Frau Dr. Leidig genannt hat, sind uns wichtig: Harmonisierung des Wahlrechts, Zugang zu Wahlen. Da möchte ich in der Tat unterstreichen: Wir haben im Unterschied zum Bund schnell und zügig reagiert. Ich glaube, sagen zu können, dass das ein gutes Beispiel für gelebte und praktizierte Demokratie ist, sodass wir den Menschen für die Zukunft eine verfassungsfeste Regelung an die Hand geben.

Im Übrigen hat der Bund zum Thema „Assistenzen und Wahlbetrugs-, Manipulationsmöglichkeiten“ ja auch noch eine Änderung von § 107 a des Strafgesetzbuchs in Aussicht gestellt, sodass wir auch da keine zusätzlichen Sorgen haben müssen.

Zitat: „Oft büßt das Gute ein, wer Besseres sucht.“ Sie erinnern sich: Mit diesen Worten hat mein Kollege Josef Frey in

(Ulli Hockenberger)

der letzten Plenarsitzung bei der Beratung des Brexit-Übergangsgesetzes William Shakespeare zitiert. So gesehen, beschließen wir heute ein gutes Gesetz für die davon betroffenen Menschen; ein besseres gibt es unter den obwaltenden Umständen nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Herr Abg. Rottmann.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Minister Strobl, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Das Wahlrecht ist eines der wertvollsten Güter in der Demokratie. Ein Ausschluss vom Wahlrecht ist nur als Ausnahme und unter ganz bestimmten Umständen zulässig. Hiervon waren bisher Menschen erfasst, bei denen auf eine Betreuung in allen Angelegenheiten entschieden worden war – eine vollumfängliche Betreuung, wenn das zuständige Gericht eine Betreuung in allen Angelegenheiten angeordnet hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat vor Kurzem – ganz grob verkürzt – geurteilt: Der Wahlrechtsausschluss von Menschen, die unter voller rechtlicher Betreuung stehen, verstoße sowohl gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl gemäß Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes als auch gegen das Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung gemäß Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes. Der Bundesgesetzgeber ist aufgefordert, insoweit Reformen in seinem Rechtskreis vorzunehmen, und zwar noch vor der nächsten Bundestagswahl.

Dies heruntergebrochen auf das Land bringt uns hinsichtlich der Rechtsfolgen in Zugzwang. Zu erwarten ist nicht, dass der Bundesgesetzgeber die beanstandeten Regelungen ersatzlos entfallen lässt; denn das höchste Gericht hat Wahlrechtsausschlüsse durchaus zugelassen, wenn eine Teilnahme an Kommunikationsprozessen zwischen Volk und Staatsorgan nicht möglich ist – nur eben nicht in dieser pauschalen Form wie bisher.

Wir begrüßen diese Klarstellungen. Gerade ich als Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses begrüße diese Klarstellung. Aber wir lehnen es ab, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, wie es unserer Meinung nach beim Antrag der SPD der Fall ist, welcher die betreffenden Regelungen der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und der Regionalverbandswahl einfach aufheben will.

(Beifall bei der AfD)

Damit wir nicht missverstanden werden: Jeder, der sein Wahlrecht ausüben kann, sollte das auch tun können. Aber sowohl die bisherige Regelung als auch der Vorschlag der SPD sind an dieser Stelle problematisch.

Die Betreuung in allen Angelegenheiten gehört zu den schärfsten Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte eines Menschen. Dies stand bislang in Verbindung damit, dass Menschen, bei denen dies der Fall ist, keine qualifizierte inhaltliche Wahlentscheidung treffen könnten. So war jedenfalls die Annahme. Die Entscheidungsunfähigkeit kann sogar dahin gehend inter-

pretiert werden, dass die betroffenen Menschen nicht einmal äußern können, ob sie überhaupt wählen wollen oder nicht – also beispielsweise Menschen im Koma, mit schweren kognitiven Einschränkungen von Geburt an, nach Unfällen oder im Fall fortgeschrittener Demenz.

An dieser Stelle führen wir an: Hier handelt es sich nicht um Menschen, die körperlich eingeschränkt sind und die, wie z. B. Blinde, ein Recht auf Assistenz beim Wählen haben. Bei dem Begriff „Assistenz“ müssen Sie hier aufpassen; denn Assistenz meint eben nicht, dass die Wahlentscheidung, die ein persönliches, ein unveräußerliches Recht ist, an andere Menschen delegiert oder von Dritten übernommen werden kann. One man, one vote. Die Entscheidungen, ob jemand wählen und was jemand wählen will, sind nicht übertragbar.

(Beifall bei der AfD)

Da ziehen wir eben beim Vorschlag der SPD nicht mit, wonach jeder Mensch wählen könnte, sollte und darf.

(Zuruf)

– In der richtigen Reihenfolge natürlich: kann, darf und soll.

Darüber, wie der Gesetzesbeschluss praktisch durchgeführt werden kann, verliert die SPD unserer Meinung nach keine Silbe. Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der betroffenen Menschen eher gar nicht in der Lage ist, zu wählen, als im Vergleich dazu ihre Rechte beim Bundesverfassungsgericht durchzusetzen, um mal zwei Extrempositionen darzustellen. Leider gibt es hier bisher keine umfassenden Untersuchungen und keine entsprechenden Daten.

Misstrauisch stimmt uns tatsächlich – das wurde in der letzten Sitzung, meine ich, vom Vertreter der FDP/DVP angesprochen – die Nähe verschiedener Betreuungseinrichtungen zu einigen politischen Parteien. Die Wahlausschlüsse boten bisher eben auch die Gewähr dafür, dass Betreuungspersonen nicht in Versuchung kamen, anstelle der Betreuten wählen zu können. Gerade bei der Briefwahl sehen wir diese Gefahr und möchten einen möglichen Missbrauch so gut wie möglich ausschließen.

Unser Vorschlag lautet, dass im Rahmen der Feststellung der Betreuungsverfahren auch eine Befähigung zur Wahl in gesonderter Weise geprüft wird und dass für die Betroffenen ein erleichterter Widerspruch gegen eine entsprechende Regelung möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sabine Wölfler SPD meldet sich.)

– Ich habe nicht genügend Redezeit, um Zwischenfragen zuzulassen.

Die Entscheidung der Regierung hingegen ist mutlos. Wichtige, aber knifflige Entscheidungen schiebt man gern von sich weg, in diesem Fall wieder zurück an den Bund, und wartet ab, bis von da eine Entscheidung kommt.

Andererseits wäre auch ein Vorpreschen nicht unbedingt sinnvoll gewesen, um rechtsverbindliche Regelungen zu schaffen. Wenn Landtagswahlrecht und Bundestagswahlrecht vielleicht wieder extrem voneinander abweichen, ist auch das ist nicht unbedingt eine Lösung.

(Daniel Rottmann)

Es wird notwendig sein, sich noch einmal weiter und intensiver mit der Sache auseinanderzusetzen. Es ist ja richtig, dass die bisherige Regelung geändert wird. Aber der SPD-Vorschlag geht zu weit und öffnet möglicherweise auch die Tür für Missbrauch. Der Ansatz der Landesregierung spielt auf Zeit, indem eine gemeinsame Regelung mit dem Bund gewollt wird. Das ist halbherzig, aber durchaus vertretbar.

Bei der Abstimmung werden wir es als Fraktion so handhaben wie sonst auch, dass nämlich jeder nach seinem Gewissen entscheidet.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD hat Frau Kollegin Wölfle das Wort.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Herr Rottmann, ich hätte von Ihnen ganz gern eine Antwort, was Sie mit der „Nähe von Betreuungseinrichtungen zu politischen Parteien“ gemeint haben. Das würde ich ganz gern einmal konkretisiert haben.

(Zurufe von der AfD – Unruhe bei der AfD)

Denn das ist ein Vorwurf, den Sie hier machen, der den Eindruck vermittelt, als würde da irgendeine Wahlmanipulation geplant sein. Das ist ein schwerer Vorwurf, und darauf hätte ich gern noch einmal eine Antwort.

(Abg. Udo Stein AfD: Getroffene Hunde bellen! – Weitere Zurufe von der AfD, u. a.: Da hat er Sie gar nicht erwähnt! – Total ungläubwürdig!)

– Es geht darum, dass hier ein Vorwurf im Raum steht. Ich will mit Ihnen gar nicht diskutieren.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir führen hier keine Dialoge. Frau Abg. Wölfle hat das Wort.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Die Antwort möchte ich gern noch haben – aber nicht jetzt.

Ich möchte zu Beginn meiner Rede die Beratung aus der ersten Lesung zu beiden Gesetzentwürfen sowie die Anhörung zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen – aus dem Hause Strobl – noch einmal kurz zusammenfassen. Grüne, CDU, SPD und FDP/DVP sowie auch die Landes-Behindertenbeauftragte Aeffner, die Kommunen und die Behindertenverbände haben sich dafür ausgesprochen, dass alle Menschen mit Behinderungen an den kommenden Wahlen teilnehmen dürfen. Grüne, CDU, SPD und FDP/DVP sowie die kommunalen Landesverbände haben betont, dass es nötig ist, eine möglichst große Übereinstimmung beim Wahlrecht für den Bundestag, den Landtag und die Kommunalparlamente zu behalten. So weit, so gut.

Aber jetzt hört der Konsens mit uns auf. Denn die Regierungsfaktionen und die FDP/DVP sowie die kommunalen Landesverbände haben sich im Gegensatz zu uns dafür ausgesprochen, die offensichtlich verfassungswidrigen Regelungen in unseren Wahlgesetzen zu belassen und nur durch eine Übergangsregelung außer Kraft zu setzen, und betont, dass man

weiter nach verfassungsrechtlich zulässigen Wahlrechtsausschlüssen für Menschen mit Behinderungen suchen könne. Das steht auch in Ihrem Gesetzentwurf klar drin.

Jetzt könnte man vielleicht denken: Da steht die SPD aber auf verlorenem Posten; die sollten ihren Gesetzentwurf wieder zurückziehen. Meine Damen und Herren, das ist alles eine Frage der Perspektive. Denn – ich habe es schon beim letzten Mal betont – Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die diskriminierenden Wahlrechtsausschlüsse – Herr Hockenberger, Sie haben gesagt, Sie hätten zügig reagiert – bereits vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ersatzlos gestrichen,

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Das ist falsch!)

so wie wir es Ihnen mit unserem Gesetzentwurf auch vorschlagen. Am vergangenen Freitag – ich habe es im Livestream angeschaut – hat der Landtag von Rheinland-Pfalz das ebenfalls getan. Die AfD hat dort übrigens zugestimmt; das nur zu Ihrer Information.

Die anderen Landesparlamente – Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen – haben einen Gesetzentwurf mit unserer Lösung im Verfahren, überall im breiten Konsens mit allen Parteien.

In Niedersachsen haben die Abgeordneten der Koalition aus SPD und CDU sogar einem im Verfahren stehenden Gesetzentwurf der oppositionellen Grünen mit unserem Vorschlag zugestimmt. Das muss man sich einmal überlegen. In Bayern, Hessen und im Saarland ist der Druck momentan nicht so hoch, weil dort aktuell keine Kommunalwahlen stattfinden.

Wenn die bekannte Entschließung im Bundestag umgesetzt wird, dann entspricht sie genau unserem Vorschlag. Frau Dr. Leidig, wer hat denn das Ganze im Bund verhindert? Doch nicht wir, sondern das war die CDU/CSU, denn der Gesetzentwurf kommt aus dem Innen- und nicht aus dem Justizministerium.

(Zuruf von den Grünen)

Die SPD versucht seit Monaten – das hat sie schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts getan –, eine Lösung hinzubekommen. Wir sind nicht daran schuld. Hören Sie also auf, hier irgendwelche Märchen zu erzählen.

(Beifall bei der SPD)

Wir, die SPD, vertreten den Lösungsweg, den alle anderen deutschen Parlamente, die bereits ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet haben, anstreben. Sie wollten keine Insellösung, Sie sind eine Insel. Viele sagen jetzt vielleicht: „Egal, Hauptsache, die Menschen mit Behinderungen können wählen.“ Klar, das kann man durchaus so sehen; aber Ihre Entscheidung ist eine Entscheidung mit Hintertür, denn nach der Wahl suchen Sie erneut nach Möglichkeiten, zumindest teilweise weiterhin Wahlrechtsausschlüsse zu haben.

Aber fragen Sie doch einmal die Menschen mit Behinderungen selbst; Sie haben die Stellungnahmen ja auch bekommen. Dazu möchte ich aus einem Schreiben der Lebenshilfe e. V. zitieren:

(Sabine Wölfle)

Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum die Aufhebung der Wahlrechtsausschlüsse bis Herbst 2021 befristet sein soll. Es ist für Menschen mit Behinderung enttäuschend, dass es in Baden-Württemberg keine generelle Aufhebung der Wahlrechtsausschlüsse geben soll. Wir wollen keine Übergangsregelung, sondern fordern ein unbefristetes Wahlrecht, so wie es in vielen anderen Bundesländern schon umgesetzt wird und zukünftig auch auf Bundesebene.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Behinderte sind nicht von der Wahl ausgeschlossen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besser hätte man es nicht ausdrücken können. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu, und wenn Sie nicht über Ihren eigenen Schatten springen können, stimmen Sie wenigstens unserem Entschließungsantrag zu, denn wir wollen eine gemeinsame Entscheidung im Einklang mit allen anderen Bundesländern.

Am Ende aber, wenn Sie unseren Gesetzentwurf ablehnen – was zu erwarten ist –, werden wir natürlich Ihrem Gesetzentwurf zustimmen; denn wenn das die einzige Lösung ist, nach der alle Menschen mit Behinderungen an der kommenden Kommunalwahl teilnehmen dürfen, wollen wir uns natürlich nicht dagegenstellen. Aber es ist kein Fest für die Inklusion.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Herr Abg. Professor Dr. Goll für die FDP/DVP das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf am Anfang, genau wie in der ersten Lesung, noch einmal betonen, dass ich es gut finde, dass wir uns alle einig sind, dass auch Menschen, für die in allen Angelegenheiten ein Betreuer bzw. eine Betreuerin bestellt worden ist, an der kommenden Kommunalwahl teilnehmen dürfen. Das ist schon einmal viel wert. Darin besteht komplette Einigkeit, und damit ist die nahe Zukunft für die Behinderten gesichert.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Nein!)

Zum Vorgehen gibt es zwei Vorschläge: einen respektablen Vorschlag der SPD und einen Vorschlag der Regierungsfraktionen der Grünen und der CDU. Wie ich bereits andeutete, ist für uns der Vorschlag von Grünen und CDU in diesem Fall vorzuzugwürdig, weil er differenzierter und „nachdenklicher“ ist und, wenn man ehrlich ist, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts besser und direkter umsetzt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Man kann es politisch grundsätzlich anders betrachten, aber für viele ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein Anlass, eine Neupositionierung vorzunehmen. Dann ist es schon viel wert, wenn man dieses Urteil 1 : 1 umsetzt. Und das Bundesverfassungsgericht hat eben nicht in dem Sinn geurteilt, dass jeder Ausschluss verfassungswidrig wäre.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ja, genau! – Abg. Ulli Hockenberger CDU: So ist es!)

Das steht nicht in dem Urteil, sondern das Bundesverfassungsgericht betrachtet die Sache etwas differenzierter – wahr-

scheinlich begründet; ich komme gleich noch darauf zu sprechen – und betont die Möglichkeit der Assistenzsysteme. Damit muss man sich einmal gedanklich auseinandersetzen: Was ist damit gemeint, und wie machen wir es richtig? Es mag sein, liebe Frau Kollegin Wölfle, dass am Ende dieses Prozesses die Erkenntnis steht, dass wir alle teilnehmen lassen, und zwar aufgrund unüberwindlicher Abgrenzungsschwierigkeiten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, natürlich! Klar! – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Das halte ich sogar für möglich, wenn nicht gar für wahrscheinlich. Wenn es so kommen sollte, dann steht natürlich auch eine bestimmte Missbrauchsgefahr im Raum. Jetzt komme ich nicht auf die Idee, nebulöse Anschuldigungen gegen Institutionen vorzubringen – das habe ich auch letztes Mal nicht getan –, sondern ich drücke mich mal so aus: Wir müssen uns klar darüber sein, dass die Situation, in der ein Mensch dem anderen beim Wählen die Hand führt, immer auch etwas Problematisches hat.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Vor allem, wenn man zittert!)

Das liegt ja auf der Hand. Da besteht eine Missbrauchsgefahr, die man nicht einfach wegschieben kann. Man muss sich z. B. zumindest Gedanken darüber machen, ob man dort vielleicht deutlicher machen muss als bisher, wo der Anfang strafbaren Verhaltens ist. Denn wer mehrfach Behinderteneinrichtungen besucht hat – und das haben wir alle –, weiß natürlich, dass es Menschen gibt, die nicht in der Lage sind, bei der Wahl eine Entscheidung zu treffen. Seien wir ehrlich. Darum urteilt das Bundesverfassungsgericht ja auch so. Wenn das nicht so umsetzbar ist, hätte ich persönlich gar nichts dagegen, dass man sagt: Es wählen alle. Aber dann hätte ich natürlich auch schon die Missbrauchsgefahr angesprochen und die Sanktionierungen vielleicht verdeutlicht, wenn nötig. Dazu war noch nicht ausreichend Zeit.

Deswegen ist aus unserer Sicht folgendes Vorgehen sinnvoll: Wir sichern jetzt für alle Behinderten die Teilnahme an der Kommunalwahl. Wir schauen uns anschließend die Bundesregelung an; das ist natürlich auch vernünftig. Auf die muss man nicht nur warten, da kann man sich auch aktiv in die Diskussion einmischen; ganz klar. Wenn wir die Bundesregelung haben, dann machen wir eine eigene Regelung. Da sind wir allerdings schon der Meinung – das würden wir der SPD zugestehen –: Das kann man dann schon in sechs Monaten schaffen.

Da der Entschließungsantrag der SPD im Übrigen offen genug formuliert ist, meine ich, sollte man respektieren, dass gerade auch die SPD-Fraktion sich um dieses Thema sehr bemüht hat. Deswegen werden wir auch dem Entschließungsantrag der SPD zustimmen. Denn was soll es? Wir machen es dann in sechs Monaten. Im Übrigen legt der Entschließungsantrag ja kein endgültiges Ergebnis fest.

Wir werden also sowohl dem Gesetzentwurf als auch dem Entschließungsantrag zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Herrn Minister Strobl ans Redepult bitten.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlässlich der Zweiten Beratung der beiden Gesetzentwürfe zum Thema Wahlrechtsausschlüsse – zum einen der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, zum anderen der Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – freut es mich, feststellen zu können, dass über das wesentliche Ergebnis der beiden Gesetzentwürfe, nämlich die Möglichkeit der Wahlteilnahme der in allen Angelegenheiten Betreuten bei den anstehenden Kommunalwahlen am 26. Mai, ein breites Einvernehmen in diesem Haus herrscht. Das ist ja zunächst einmal gut und schön.

(Beifall der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Dies wurde sowohl in der Ersten Beratung der beiden Gesetzentwürfe am 20. März hier im Plenum des Landtags als auch in der am gleichen Tag durchgeführten Sitzung des Innenausschusses deutlich. Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf der SPD mehrheitlich abgelehnt, während er dem Gesetzentwurf der Grünen und der CDU einhellig zugestimmt hat.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Völlige Überraschung!)

Dies ist erfreulich und zeigt, dass der Landtag in der Lage ist –

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Hätten Sie mal die Behindertenverbände auch eingeladen!)

– Frau Abgeordnete, Sie haben zwar ausgeführt, dass die SPD mit der Bundesregierung und der Koalition im Bund offensichtlich gar nichts mehr zu tun habe,

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Wir waren für eine Wahlrechtsänderung!)

aber ganz so scheint mir das nicht zu sein.

(Zuruf des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Wir jedenfalls in der Landesregierung und der Regierungskoalition sind in der Lage, auch in relativ kurzer Zeit tatkräftig Lösungen zu erarbeiten und auf den Weg zu bringen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Provisorien!)

Dies ist besonders für die von den bisher geregelten Wahlrechtsausschlüssen Betroffenen eine positive Botschaft. Denn ihnen wird mit der vorgesehenen Neuregelung die Wahlteilnahme bei den Kommunalwahlen am 26. Mai ermöglicht.

Mit Blick auf die praktische Umsetzung der kurzfristig geschaffenen Regelungen möchte ich erwähnen, dass das Innenministerium bereits mit Schreiben vom 22. März die kommunalen Landesverbände und die Rechtsaufsichtsbehörden über die sich abzeichnende Gesetzesänderung informiert hat. So können die Städte, Gemeinden und Landkreise bereits mit den Vorbereitungen beginnen, um eine ordnungsgemäße Aufstellung der Wählerverzeichnisse auch ganz praktisch zu gewährleisten.

Darüber hinaus blicken wir gespannt auf ein beim Bundesverfassungsgericht anhängiges Eilverfahren in Bezug auf die Re-

gelungen zur Europawahl, mit dem erreicht werden soll, dass die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig angesehenen Wahlrechtsausschlüsse auch für die Europawahl am 26. Mai keine Anwendung finden.

Für den Fall, dass insoweit kurzfristig noch ein Anpassungsbedarf für die Kommunalverwaltungen entstehen sollte, sind die Städte und Gemeinden vom Innenministerium und der Landeswahlleiterin auch hierüber selbstverständlich informiert worden.

Abschließend bitte ich Sie, für den Gesetzentwurf in der von der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU eingebrachten Fassung zu stimmen und damit ein rechtzeitiges Inkrafttreten vor den Kommunalwahlen am 26. Mai zu ermöglichen.

Die Koalitionsfraktionen der Grünen und der CDU sind handlungsfähig. Sie sind auch dann handlungsfähig, wenn die Zeit drängt. Was erarbeitet worden ist, ist eine Lösung, die klug ist, die Maß und Mitte hält, so, wie es dieser handlungs- und tatkräftigen Koalition entspricht.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Das haben wir heute Morgen erlebt!)

Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung jetzt zur **A b s t i m m u n g** über die beiden Gesetzentwürfe. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/5907.

Wir beginnen mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5784. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1 der Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/5784 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/5914. Hierzu liegt der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/6030, vor, den ich nach der Schlussabstimmung zur Abstimmung stellen werde. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 2 der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zunächst rufe ich auf

Artikel 1

Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich komme zu

Artikel 2

Änderung des Landtagswahlgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zum Schluss rufe ich auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Danke. Damit ist auch Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 3. April 2019 das folgende Gesetz beschlossen“:

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über das Wahl- und Stimmrecht von Personen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Enthaltungen? – Danke. Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/6030, abzustimmen. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? Ich bitte um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Danke. Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben damit Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ausstattung der Schulen für Vorbereitungsklassen – Drucksache 16/1931 (Geänderte Fassung)

(Unruhe)

– Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. – Hierzu hat das Präsidium folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die SPD nun Herrn Abg. Kleinböck.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Spracherwerb als Schlüssel zur Integration – ich denke, das ist eine Tatsache, die hier vollkommen unumstritten ist. Der Spracherwerb für jüngere Ge-

flüchtete findet bei uns in den allgemeinbildenden Schulen in den sogenannten VKL-Klassen und in den beruflichen Schulen in den VABO-Klassen statt.

Vor zwei Jahren hatten wir schon einmal die Situation abgefragt. Den heute vorliegenden Antrag haben wir gestellt, weil uns interessiert, wie sich die Situation insgesamt entwickelt hat.

Für die VKL-Klassen für junge Geflüchtete gilt, dass vor zwei Jahren mehr als 28 000 Schülerinnen und Schüler in rund 2 000 Klassen unterrichtet wurden. Heute, zwei Jahre später, sind es 21 000 Schülerinnen und Schüler in rund 1 500 Klassen. Die Relation hat sich also nicht verschoben.

Ähnlich sieht es auch bei den VABO-Klassen aus. Vor zwei Jahren waren es mehr als 9 000 Schülerinnen und Schüler in über 500 Klassen, heute sind es gut 4 000 Schülerinnen und Schüler in 250 Klassen. Auch da hat sich das Verhältnis ungefähr gehalten.

Wir machen aber eine Gesamtschau über die Fläche des Landes. Wenn wir uns vor Ort einmal näher umsehen, stellen wir fest, dass es durchaus Probleme gibt – auch neue Probleme – im Hinblick auf die Unterrichtsversorgung. Das ist kein Geheimnis, und ich denke, das kommt beim Kultusministerium auch so an.

Eine andere Frage, die wir auf keinen Fall aus den Augen verlieren dürfen: Was geschieht denn mit den jungen Menschen, die zu dem entsprechenden Zeitpunkt gerade nicht mehr berufsschulpflichtig sind? Gerade in den VABO-Klassen sind oftmals junge Leute, für die dann altersbedingt die Berufsschulpflicht nicht mehr gilt. Was passiert mit denen? Diese haben natürlich auch dann noch einen Bedarf an Sprachunterricht.

Für uns stellt sich daher schon die Frage: Gibt es hierzu eine Absprache zwischen Kultusministerium und Sozialministerium? Die Idee war ja auch einmal, die Altersgrenze anzuheben, damit auch diese jungen, nicht mehr unmittelbar berufsschulpflichtigen Menschen in den beruflichen Schulen unterrichtet werden können.

Nach den VKL- bzw. VABO-Klassen folgt der Übergang in die Regelklassen. Es wäre natürlich interessant, zu wissen, wie sich die entsprechenden Schülerzahlen entwickelt haben. Denn der reine Vergleich, wie ich ihn eben angestellt habe, sagt ja nichts darüber aus, was letztlich in den Regelklassen ankommt. Diese Information wäre schon allein deshalb interessant, weil, wie ich oft aus der Praxis höre, ein Schuljahr bei vielen Kindern und Jugendlichen gar nicht ausreicht, weil diese zuvor vielfach kaum oder nur wenige Jahre lang eine Schule besuchen konnten. Da verschärft sich dann natürlich das Problem.

Wenn ca. ein Drittel der Schülerinnen und Schüler das VABO wiederholt haben oder wiederholen, war es sicher richtig, dass die Stundentafel für den Spracherwerb im vergangenen Jahr ausgeweitet wurde. Das war eine sinnvolle und zielführende Maßnahme. Gleichwohl wissen wir natürlich nicht, welche Auswirkungen diese Ausweitung mit sich gebracht hat. Fakt ist: Wir leben in der Hoffnung, dass es sich positiv ausgewirkt hat.

(Gerhard Kleinböck)

Bei den VKL sieht es anders aus. Dort wurde die Stundentafel im Schuljahr 2017/2018 faktisch gekürzt. An den Grundschulen werden von 18 Stunden sechs Stunden bedarfsgerecht über das Schulumt verteilt, in der Sekundarstufe I sind es dann von 25 Stunden sogar neun Stunden. Mit zwölf bzw. 16 Stunden können eine angemessene Sprachförderung und Integration aber kaum gelingen, auch wenn es sich um eine gesonderte Klasse, also um die VKL, handelt. Eigentlich sollten diese 18 und 25 Stunden das Minimum sein und vom Schulumt zusätzlich Stunden vorgehalten werden, um dann auch in den Regelklassen weitere Unterstützung zu ermöglichen.

Wir wissen zwar, dass die jüngeren Kinder schneller eine Sprache erlernen, als das bei den älteren oder auch bei Erwachsenen der Fall ist. Trotzdem ist es auch hier notwendig, noch einmal diesen Querverweis auf die Muttersprache als Ausgangsbasis für den Erwerb einer neuen Sprache herzustellen. Die Muttersprache sicher zu beherrschen ist eine notwendige Voraussetzung, um eine neue Sprache lernen zu können.

Wir konnten heute im „Morgenmagazin“ zufällig einen Bericht sehen, in dem es um die zentrale Frage von Berufsfähigkeit und Spracherwerb ging. Der Tenor des Gesprächs mit den IHK-Vertretern lautete: Auch berufsbegleitend muss mehr für den Erwerb von Sprachkenntnissen getan werden; insbesondere die berufsspezifischen Inhalte bedürfen einer intensiven Vermittlung. Da stellt sich dann natürlich als Nächstes die Frage: Sind die Berufsschulen darauf vorbereitet?

Die Frage der Ressourcen habe ich hier noch gar nicht gestellt. Der Mehrbedarf an Deputaten für VKL und VABO liegt bei 1 280 Stellen. 1 165 sind aber nur zusätzlich als Deputate zur Verfügung gestellt worden. Der Rest wird laut Ministerium über die allgemeine Unterrichtsversorgung abgedeckt. Ich möchte einfach noch einmal feststellen: In Anbetracht dessen, was ich jetzt ausgeführt habe, ist es schon unverständlich, dass nicht mehr Personen zur Sprachförderung eingestellt werden und die 1 165 zusätzlichen Stellen auch noch mit k.w.-Vermerken versehen sind, die nur scheinbar verlängert werden.

(Beifall des Abg. Daniel Born SPD)

Liebe Kollegen, auch wenn sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den VKL- und den VABO-Klassen mittelfristig verringert, sollten wir auf die Kompetenz der Lehrkräfte, die an diesen Schulen arbeiten, nicht verzichten und die Sprachförderinstrumente an den Schulen halten. Diese Lehrkräfte müssen wir festhalten. Ich habe ja deutlich gemacht, dass es auch nach dem Besuch der VKL- und der VABO-Klassen einen Sprachförderbedarf gibt. Den können wir mit diesen Personen abdecken.

Für den ersten Durchgang erst einmal vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Frau Abg. Boser für die Grünen das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Integration ist für das Land eine wichtige Maßnahme, und zwar für alle Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – egal, ob sie mit einer

Fluchterfahrung oder aufgrund von Zuwanderung zu uns kommen.

Damit Integration gelingen kann, ist Sprache der wichtigste Schlüssel. So sind die Vorbereitungsklassen und die Klassen für die Vorbereitung auf Ausbildung und Beruf wichtige Bestandteile unserer Bildungslandschaft in Baden-Württemberg, und zwar nicht erst seit dem Jahr 2015. Das will ich an dieser Stelle einfach betonen: nicht erst seit dem Jahr 2015, als durch die Flüchtlinge mehr Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu uns kamen. Vielmehr war Baden-Württemberg schon immer ein Zuwanderungsland, und so sind die VKL- und VABO-Klassen an unseren Schulen schon seit Jahrzehnten an vielen Stellen ein fester Bestandteil.

Viele Lehrerinnen und Lehrer haben es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen bei uns in Baden-Württemberg durch Sprachförderung zu integrieren. Dafür unser herzlicher Dank.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der SPD sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

So, wie sich die VKL- und die VABO-Klassen in den letzten 20 Jahren verändert haben, so hat sich auch in den letzten vier Jahren die Thematik innerhalb der VKL- und der VABO-Klassen verändert. Ich finde es richtig und gut, dass die Landesregierung in all diesen Phasen immer wieder auch die Konzepte und die Anforderungen in diesem Bereich angepasst hat.

Als wir 2015 bis 2017 mehr Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung an den Schulen integriert haben, war nicht nur das Thema Sprachförderung ein wichtiger Bestandteil. Diese Kinder haben nicht nur nicht die deutsche Sprache mitgebracht, sondern sie haben Erfahrungen mitgebracht, die über vieles hinausgehen, was wir Erwachsenen uns überhaupt vorstellen können.

In dieser Phase war es extrem wichtig, dass Schulen die Möglichkeit hatten, über Monetarisierung auch Ehrenamtliche einzustellen, die den Kindern nicht nur die Sprache vermittelt haben, sondern die den Kindern auch andere Räume zur Verfügung gestellt haben, die ihnen andere Erfahrungen mitgegeben haben. Auch das ist ein großer Schatz, den Baden-Württemberg in sich trägt: dass es immer wieder Menschen gibt, die sich in dieser Situation zur Verfügung stellen und auf schwierige Situationen reagieren und hier in diesem Fall Kinder und Jugendliche so unterstützt haben, dass sie heute über Spracherfahrung bei uns in Baden-Württemberg Fuß fassen konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir stellen aber fest, dass in den letzten zwei Jahren auch durch eine veränderte Flüchtlingspolitik die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Klassen zurückgeht, sich aber auch die Schülerinnen und Schüler in den Klassen verändern. Es sind wieder mehr Kinder mit Zuwanderungshintergrund da, deren Eltern aus europäischen Staaten – Rumänien, Spanien, Italien, Frankreich – zu uns kommen, weil sie hier Arbeit finden, und weniger Kinder mit einem Flüchtlingshintergrund. So verändert sich auch die Anforderung in den VKL- und den VABO-Klassen.

(Sandra Boser)

Daher war es richtig, dass das Kultusministerium die Angebote angepasst hat und heute auch einen Schwerpunkt darauf legt, dass Kinder und Jugendliche nach der ersten VKL-Klasse, also wenn sie aus der Vorbereitungsklasse kommen, in der Regelklasse zusätzliche Stunden bekommen, um ihre Sprachkenntnisse zu vertiefen. Tatsächlich glaube ich, dass der Blick heute wieder viel mehr und intensiver auf die Sprachförderung in den Klassen gelegt werden muss als in den Jahren 2015 bis 2017. Auch darauf haben wir reagiert. In den VKL-Klassen kann wieder intensiv Sprachförderung betrieben werden. So ist es richtig und wichtig, dass wir die Angebote gerade in VKL und VABO immer auf ihre Wirksamkeit und auf das Notwendige überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Daher haben wir auch im vergangenen Jahr Anpassungen vorgenommen. Wir haben beispielsweise trotz der rückläufigen Zahlen bei den Schülerinnen und Schülern alle Stellen im System belassen – das sind 524 Stellen von Lehrerinnen und Lehrern –, um intensivere Maßnahmen in den Vorbereitungsklassen vorhalten zu können, um die Sprachförderung in den Regelklassen zu verbessern und auch die Angebote in den Vorbereitungsklassen für Ausbildung und Beruf zu verstärken.

Herr Kollege Kleinböck, Sie haben es angesprochen: Die Ausbildungsreife ist für uns extrem wichtig. So wird, wenn wir feststellen, dass die Zahlen weiterhin zurückgehen, der nächste Schritt sein, tatsächlich noch einmal hinzuschauen, wie wir junge Erwachsene, Jugendliche – auch über das 21. Lebensjahr hinaus – in den VABO-Klassen unterstützen können, damit sie in Ausbildung und Beruf integriert werden können.

Daher werden wir auch – das ist unser Anspruch als grüne Fraktion – immer die Entwicklung im Blick haben – so wie in den letzten 20 Jahren, wie in den letzten vier Jahren und in die Zukunft gerichtet –, damit wir das beste Angebot für Kinder mit Zuwanderungshintergrund bei uns haben. Denn nur wenn wir sie über die Sprachförderung bei uns integrieren, werden sie am Ende ein Teil unserer Gesellschaft sein. Dafür werden wir auch in Zukunft alles tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Kollege Haser.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kleinböck, ich denke, Frau Boser hat gleich den ersten Satz, den Sie gesagt haben, schon sehr überzeugend widerlegt. Ich möchte das nur noch einmal betonen. Sie haben gesagt, dass es gerade aufgrund der Flüchtlingszuwanderung so eine große Herausforderung ist. Ich glaube, wir müssen andersherum argumentieren und sagen: Selbstverständlich ist der Stellenaufbau, der Deputatsaufbau, den wir dort haben, der Flüchtlingswelle geschuldet. Wir sollten aber die Ressourcen tatsächlich nutzen, um den Spracherwerb insgesamt an den Schulen auch dauerhaft zu verbessern.

Bei uns zu Hause, in der IHK-Region Bodensee/Oberschwaben, gab es jüngst eine Erhebung, wie viele in den VABO-Klassen mittlerweile tatsächlich noch Flüchtlinge sind. Diese

Zahl sinkt rapide. Trotzdem werden die VABO-Klassen nicht unbedingt kleiner. Das liegt schlicht und einfach daran, dass zurzeit der Zuwachs an Beschäftigten bei uns hauptsächlich aus dem europäischen Ausland kommt. Das sind Menschen, die auch bleiben werden. Auch ein Rumäne, ein Pole, eine Ungarin oder eine Kroatin haben Anspruch darauf, in diese Gesellschaft aufgenommen zu werden. Ich glaube, es ist uns immer stärker bewusst, welche Rolle Sprache dabei spielt.

Wenn wir sagen, dass Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, also zu einem auch beruflich erfolgreichen Leben ist, dann müssen wir noch einmal einen Schritt zurückgehen und sagen: Die Voraussetzung für Bildung ist die Sprache. Denn Biologie, Geschichte, Gemeinschaftskunde, irgendwann vielleicht auch Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre oder Jura werden nun einmal in Deutsch unterrichtet. Deswegen ist es als Schlüssel wichtig, dass man Deutsch spricht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Vereinzelte Beifall bei den Grünen)

Das ist auch ein Unterschied zu der Zuwanderung, die wir in den Sechziger-, Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts und vielleicht noch in den Neunzigerjahren, als die Spätaussiedler zu uns gekommen sind, hatten. Früher war das kein Problem. Wir hatten so viele Arbeitsplätze mit einfachen Tätigkeiten, die man auch ohne große Sprachkenntnisse problemlos 40 Jahre lang ausüben konnte. Gerade im industriellen Bereich gab es sehr viele Berufe, in denen man gut Geld verdienen konnte, auch wenn man kein einziges Wort Deutsch sprechen konnte.

Ein Unternehmen, das ich jüngst besucht habe, ist eine Glasfabrik. Dort wird schwere Arbeit verrichtet. Dort war die erste Sprache, die die Gastarbeiter gesprochen haben, Türkisch. Da hat man alles auf Deutsch und auf Türkisch hingeschrieben. Dann hat man es auf Deutsch, Türkisch, Italienisch und Spanisch hingeschrieben. Irgendwann kamen Portugiesisch und in den Neunzigerjahren Russisch und Rumänisch hinzu.

(Zuruf von der AfD: Was ist mit Schwäbisch?)

Dann hat die Geschäftsleitung gesagt: Wir sind ein deutsches Unternehmen, und hier wird Deutsch gesprochen. Das hatte den positiven Effekt, dass Menschen plötzlich Deutsch gelernt haben, die vorher 40 Jahre lang kein Wort Deutsch gesprochen haben.

Ich glaube, das müssen wir auch als Auftrag annehmen, dass das Thema „Erwerb der deutschen Sprache“ viel, viel wichtiger ist. Deswegen dürfen wir auch in den Ressourcen nicht nachlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ich möchte auf zwei Punkte noch besonders eingehen. Es geht nicht nur um die Ressourcen, sondern es geht auch darum, mit der Heterogenität der Schülerschaft in diesen VKL-Klassen umzugehen. Es sind nicht alle, die kein Deutsch können, automatisch auf derselben Bildungstufe. Im Bereich der VABO-Klassen sitzt etwa die rumänische Gymnasiastin neben dem Analphabeten aus Afghanistan. Das muss man irgendwie zu-

(Raimund Haser)

sammenbringen. Deswegen ist es gut, dass es mit der Onlineplattform 2P – Potenzial und Perspektive –, die jetzt noch weiterentwickelt wird, die Möglichkeit gibt, auf diese Heterogenität einzugehen.

Ein zweiter wichtiger Punkt, der verändert wurde, ist, dass der Deutscherwerb nicht nur in der VKL-Klasse möglich ist, sondern dass der Übergang in die Regelbeschulung sanfter gestaltet wird. In welchem Umfang, muss man, wie ich glaube, ein Stück weit auch immer lernen.

Insgesamt ist es ein lernendes System. Es hat mit Menschen zu tun, und zwar immer mit unterschiedlichen Menschen. Die Situation 2015 war anders als die Situation 2019, und die Situation 2025 wird wieder anders sein.

An dieser Stelle danke ich allen Lehrerinnen und Lehrern und allen Ehrenamtlichen, die in den vergangenen Jahren in dieser wirklich schwierigen Aufgabe, die für uns alle nicht einfach war, schwierige Situationen überstanden haben und auch mit Problemen konfrontiert waren, die für Deutsche vielleicht sehr ungewöhnlich sind und bei denen vieles unklar war. Mein größter Dank für dieses Engagement. Wir werden Sie in unseren Überlegungen nicht vergessen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD hat Herr Abg. Baron das Wort. – Zuvor darf ich diejenigen, die sichtbar Zeitung lesen, bitten, das einzustellen.

Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja, an die Geschäftsordnung halten, meine Freunde. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Ausstattung der Schulen für Vorbereitungsklassen“ – ich habe bei dem Wort „Ausstattung“ zuerst die Tische, Bänke und Tafeln vor mir gesehen, auch wenn es hier natürlich in erster Linie um die Lehrerstellen geht.

Ich finde es sehr gut: Die Migranten – in Wahrheit sind es hauptsächlich Migranten und nur vereinzelt Flüchtlinge – sollen ihre Ausstattung – Tische und Stühle – selbst herrichten. Sie kennen die von den Schülergenerationen beschmierten Tische. Die kann man putzen. Die alten Holztische konnte man sogar abschleifen und wiederaufbereiten.

Diese Menschen bzw. deren Eltern kommen nach Deutschland mit dem Traum von einem besseren Leben. Die meisten haben eine idealisierte Vorstellung von Europa, oft haben sie vollkommen überzogene Erwartungen. Und jetzt bringen Sie diese Menschen dazu, ihre Tische selbst zu putzen.

Meine Damen und Herren, ich halte das für notwendig, damit die Schüler gleich merken, dass sie in eine Gesellschaft gekommen sind, in der sie sich Wohlstand erarbeiten sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Was Deutschland jahrelang auszeichnete, war die Durchlässigkeit des Systems. Es war die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs durch Leistung, die Möglichkeit, sich durch Arbeit Wohlstand erwerben zu können. Viele Migranten der ersten Generation haben dies begriffen und genutzt. Dieses allerers-

te Prinzip gilt es den Migranten möglichst früh deutlich zu machen – nicht durch beste Ausstattung, sondern durch die konsequente Einforderung von Leistung, Verbindlichkeit und der Einhaltung der Regeln.

Deshalb fordert die AfD: Die Anwesenheit muss konsequent dokumentiert werden. Wenn ein Schüler nicht zu einem regelmäßigen Schulbesuch bereit ist, dann ist er offenbar auch nicht bereit, sich in diese Gesellschaft einzugliedern, und dann sollten Konsequenzen geprüft werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern, dass die Identität nicht erst überprüft wird, wenn Straftaten begangen wurden, sondern schon bei der Einreise. Denn kein Bürger hat in einem fremden Land, in das er ohne Genehmigung einreist, ein Anrecht auf kostenlose Schulbildung.

Ein weiterer Punkt ist die Leistung. Diese muss unbedingt eingefordert werden. Wer nicht in der Lage ist, einen Hauptschulabschluss zu machen, ist in unserer Leistungsgesellschaft einfach verloren.

Die Schulabschlüsse der VABO-Klassen werden deklariert als ein dem Hauptschulabschluss gleichwertiger Schulabschluss. Entweder Hauptschulabschluss oder nicht – gleichwertige Schulabschlüsse braucht es nicht zu geben. Denn hier werden die deutschen Schulabschlüsse marginalisiert.

(Abg. Daniel Born SPD: Das ist doch auch ein deutscher Schulabschluss!)

Auch hier soll den jungen Leuten sofort klargemacht werden, dass sie in eine Leistungsgesellschaft gekommen sind, nicht in eine Kuschelgesellschaft.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So ein Quatsch! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

– Sie dürfen gern auch nachher reden. – Die AfD fordert, dass auch bei der Beschulung deutlich unterschieden wird zwischen Arbeitsmigration innerhalb der EU und Flüchtlings- bzw. Asylstatus.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was ist mit Migration außerhalb der EU?)

Für die Kinder der EU-Binnenmigration sind die Vorbereitungsklassen angemessen. Für die Kinder der Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten hat die AfD das Programm „Fit4Return“ entwickelt. Diese Menschen sind nur für einen begrenzten Zeitraum hier.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Deshalb steht hier vor allem der Erwerb derjenigen Fähigkeiten im Vordergrund, die nach der Rückkehr in die Herkunftsgebiete gebraucht werden. In Syrien geht es nun, nachdem das Land weitgehend befriedet ist, darum, das Zerstörte wieder aufzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das hat mit Syrien nichts zu tun!)

(Anton Baron)

Hierfür werden vor allem gute Handwerker benötigt und Leute, die anpacken können. Zudem sollten Personen aus anderen Kulturen von Lehrern unterrichtet werden, die wie sie selbst aus dieser Kultur kommen.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Die SPD macht sich mit diesem Antrag wieder einmal zur Migrantenlobby.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Sie machen sich ja lächerlich mit Ihrem Beitrag!)

Doch das investierte Geld und die Lehrerkapazitäten fehlen dann an anderer Stelle.

Die Vorbereitungsklassen beanspruchten bisher Ressourcen und Lehrerstunden, die nun in den Schulen fehlen. Die AfD fordert, dass bei der aktuellen Situation des Lehrermangels und des Unterrichtsausfalls die deutschen verbeamteten Lehrer in den Klassen eingesetzt werden, für die sie auch ausgebildet wurden, in den Regelklassen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Und die, die Deutsch als Fremdsprache machen?)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre schön, wenn sich die Murmelgruppen jetzt wieder etwas auflösen.

Wir schenken Herrn Abg. Dr. Kern für die FDP/DVP-Fraktion unser Gehör.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Freien Demokraten danken der SPD-Fraktion aus zwei Gründen für diesen Antrag. Erstens greift dieser Antrag mit den Vorbereitungsklassen einen Bereich der Bildung auf, der ganz wesentlich über eine erfolgreiche Integration entscheidet. Der aufmerksame Leser der Drucksache fragt sich allerdings, warum angesichts der konkreten Rahmenbedingungen und des nach wie vor hohen Bedarfs an Lehrkräften für die VKL-Klassen immer noch ein Großteil der Stellen Jahr für Jahr neu verlängert werden muss. Es wäre für Schulleiter und vor allem für viele betroffene Lehrkräfte eine große Hilfe, wenn ein Teil der Stellen entfristet und so auch unbefristete Arbeitsverhältnisse begründet werden könnten.

Die FDP/DVP wird diesbezüglich ein wachsames Auge auf den Entwurf für den Doppelhaushalt 2020/2021 werfen. Denn hier könnten Sie, Frau Ministerin Eisenmann, mit einer einfachen Maßnahme für mehr Planungssicherheit an den betroffenen Schulen sorgen. Wir fordern Sie auf, diese Chance zu nutzen.

Die Beantwortung der Frage nach dem Erfolg der Integration von jungen Menschen durch die Vorbereitungsklassen fällt im Gegensatz zu den anderen beiden Fragen allerdings sehr vage und allgemein aus. Wann der Übergang in den Regelunterricht erfolge, werde individuell festgelegt, so das Kultusministerium. Genauere Angaben haben wir vergeblich gesucht.

Deshalb sind aus unserer Sicht eine fundierte Erhebung und eine wissenschaftliche Begleitung der VKL-Klassen notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun zum zweiten Grund, warum wir Freien Demokraten der SPD für diesen Antrag dankbar sind. Vermutlich lag dies nicht im Fokus der SPD-Fraktion, aber wir erfahren quasi als Nebenprodukt des Antrags etwas über die Schularten, an denen die VKL-Klassen eingerichtet sind. Da sind die Haupt- und Werkrealschulen Spitzenreiter. Mit 455 von 810 Klassen insgesamt waren im Schuljahr 2016/2017 allein 56 % der VKL-Klassen an den Haupt- und Werkrealschulen angesiedelt. Die 7 017 Schüler machten sogar einen Anteil von knapp 58 % aus. Allein dieser Befund ist doch ein weiteres Argument dafür, dass die Haupt- und Werkrealschulen integraler Bestandteil unseres gegliederten und erfolgreichen Schulwesens bleiben müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Sie haben mit ihrer berufspraktischen, pragmatischen Ausrichtung nicht nur Generationen von Schülern zu einem Schulabschluss, einer Ausbildung und einem Beruf verholfen, sondern sie leisten eben auch den Löwenanteil der Integrationsarbeit unter den weiterführenden Schulen. Wir Freien Demokraten anerkennen und würdigen diese herausragende Arbeit ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie Sie wissen, hat meine Fraktion nun einen Gesetzentwurf zur beruflichen Realschule eingebracht. Wir wollen das berufspraktische Profil der Haupt- und Werkrealschulen durch eine enge Anbindung an die beruflichen Schulen stärken und ihnen so eine echte Zukunftsperspektive geben.

Nachdem die Front der Ablehnung in der ersten Lesung noch erschreckend groß war, mag dieser praktische Einblick in die Arbeit der Haupt- und Werkrealschulen den einen oder anderen vielleicht doch noch umstimmen. Es ist Zeit, dass wir eine Bildungspolitik ohne ideologische Scheuklappen machen, eine Politik, die einzelne Schularten weder bevorzugt noch benachteiligt. Zu wünschen wäre dies vor allem den vielen jungen Menschen, denen die Haupt- und Werkrealschule echte Chancen eröffnet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann ans Redepult bitten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle unsere Schulen in Baden-Württemberg leisten mit ihren Bildungsangeboten einen ganz zentralen und wichtigen Beitrag für eine gelingende Integration von Kindern, die zu uns geflüchtet oder zugewandert sind. Da die erforderlichen Sprachfördermaßnahmen anzubieten – darauf haben alle Rednerinnen und Redner hingewiesen – ist eine zentrale Herausforderung. Ich glaube, es ist auch eine zentrale Pflicht von uns, um dazu beizutragen, dass Integration gelingt. Deshalb hat die Landesregierung seit dem Schuljahr 2014/2015

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

sukzessive 1 165 zusätzliche Lehrerdeputate aufgebaut und stellt diese zur Verfügung.

Auf dieser Grundlage haben die allgemeinbildenden Schulen ein umfassendes Beschulungsangebot in VKL-Klassen vorbereitet. Folgende Rahmenbedingungen gelten dafür durch das Kultusministerium: zum einen im Zuge der Weiterentwicklung der Verwaltungsvorschrift, zum anderen dadurch, dass für Grundsätze zum Unterricht besondere Bedarfe für Kinder und Jugendliche mit Sprachförderbedarf, für Kinder mit nicht deutscher Herkunft und geringen Deutschkenntnissen gezielt und gesondert berücksichtigt wurden.

Darüber hinaus ist mir sehr wichtig: Sprache und demokratisches Handeln sind wesentliche Voraussetzungen für gelingende Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Aus diesem Grund wurde zum Schuljahr 2017/2018 erstmals in Baden-Württemberg eine Stundentafel VKL mit dem Pflichtbereich für die Fächer Deutsch und Demokratiebildung sowie einem Zusatzbereich für weitere Fächer eingeführt. Diese Stundentafel schafft jetzt einen verlässlichen Rahmen, eine verlässliche Basis für die Arbeit der Schulen, lässt aber gleichzeitig – das ist bei diesem Thema wichtig – Spielraum für individuelle und regional bewährte Konzepte vor Ort. Die unterrichtliche Grundlage bilden eben die eingeführten Curricula für Deutsch und Demokratiebildung im Bereich VKL.

Ich möchte mich, Herr Haser, dem Dank an die Lehrerinnen und Lehrer anschließen, die schon 2015 begonnen haben, als wir, das Land, zwangsläufig noch keine Konzepte haben konnten. Die Schulen haben mit viel Liebe, mit viel Empathie und mit unglaublichem Arbeitseinsatz die zugewanderten Kinder nicht nur betreut, sondern mit Bildung, mit Sprachförderung versehen. Deshalb kann man den Schulen, den Lehrerinnen und Lehrern damals wie heute für die tolle Arbeit, die sie in diesem Zusammenhang geleistet haben und weiterhin leisten, nicht genug danken. Das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Ein großer Teil dieser Kinder – Es ist ja auch das Grundkonzept, dass wir so bald wie möglich in die Regelschule, in den Regelunterricht überführen wollen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

weil wir sagen: In diesem Umfeld lernt sich Deutsch am besten. Das ist der Grundsatz, der, glaube ich, nach wie vor richtig ist. Gleichwohl stellen wir natürlich fest, dass auch diese Kinder und jungen Menschen durchaus unterschiedlich sind. Das ist auch gut so.

Vordringliches Ziel ist es deshalb, Bildungsangebote und entsprechende Förderung jeweils passgenau an vorhandene Förderungen, an jeweils individuelle Bedarfe besser anzupassen und damit durchaus auch neue Kompetenzen zu entwickeln, um einen schulischen oder dann auch einen beruflichen Abschluss im Bereich VABO entwickeln zu können.

Deshalb haben wir auf dieser Basis und mit dieser Zielsetzung das Konzept zur Weiterentwicklung von Integrationsmaßnahmen entwickelt, das seit dem Schuljahr 2018/2019, also seit diesem Schuljahr, Schritt für Schritt umgesetzt wird. Die sehr heterogenen Sprachkenntnisse der neu zugewanderten Schü-

lerinnen und Schüler machen eben einen differenzierten und flexiblen Einsatz der Ressourcen für die Sprachförderung im Bereich VKL und in den Regelklassen notwendig.

Deshalb bin ich ausgesprochen dankbar: Wir hatten im Nachtrag zum Haushalt 2018/2019 die insgesamt 1 165 Lehrerstellen für die Sprachförderung für Flüchtlinge ausgebracht. Davon sind 965 Stellen mit einem k.w.-Vermerk bis August 2020 und 200 Stellen mit einem k.w.-Vermerk bis August 2019 versehen. Diese k.w.-Vermerke können aber – das ist der Unterschied zu bisher – im Haushaltsvollzug und unter Zustimmung des Finanzministeriums bedarfsgerecht verlängert werden – nicht nach der Anzahl der geflüchteten Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, sondern nach dem Bedarf in der Weiterentwicklung des Konzepts. Ich bin den Regierungsfractionen sehr dankbar, dass wir hierfür den Weg frei gemacht haben, um flexibler und damit passgenauer auf individuelle Bedürfnisse im Hinblick auf gelingende Integration eingehen zu können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Für eine nachhaltige und damit erfolgreiche Unterstützung der Schülerinnen und Schüler beim Übergang ins Regelsystem – auch darauf haben wir reagiert – sind begleitende sprachbezogene Übergangsmaßnahmen inzwischen strukturell verankert.

Für den Aufbau der für den Fachunterricht notwendigen sprachlichen Kompetenzen erhalten die allgemeinbildenden Schulen in den Regelklassen seit dem Schuljahr 2018/2019 – auch das ist Teil des neuen Konzepts – zusätzliche Ressourcen. Diese können für additive Sprachförderkurse, abgestimmt jeweils auf die Bedürfnisse der zugewanderten Kinder und Jugendlichen, zugeschnitten werden.

Auch beim erstmaligen Besuch der Regelklasse kann man feststellen: Wenn zusätzlicher Bedarf besteht, können, werden und müssen wir selbigen auch entsprechend erfüllen. Dazu steht neuerdings ein Umfang von bis zu vier Wochenstunden für einen Zeitraum von zwei Jahren zur Verfügung.

Die Erfahrungen zeigen, dass es ganz wichtig ist, dass wir diese Angebote auch weiter passgenau und immer kleinteiliger bezogen auf die einzelnen Bedarfe herunterbrechen. Vor diesem Hintergrund haben wir gerade auch auf die besonderen Herausforderungen in den Grundschulen reagiert, indem den Lehrkräften, die im VKL-Bereich tätig sind, mehr Unterrichtszeit zur Verfügung gestellt wird. Den Staatlichen Schulämtern werden pro gebildeter VKL-Klasse in der Grundschule seit diesem Schuljahr ebenfalls zusätzlich zwei Stunden für Sprachfördermaßnahmen zugewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daran wird deutlich, dass wir von einem – ehemals durchaus sinnvollen – starren System dazu übergegangen sind, die notwendigen Lehrerdeputate zu erhalten – Gott sei Dank –, um so individueller auf die jeweiligen Entwicklungen und Bedarfe bei der Unterstützung der einzelnen Kinder und Jugendlichen, ob bei VKL oder VABO, eingehen zu können.

Wir werden – das kann ich zusagen – im Sinne einer gelingenden Integration daran arbeiten, dieses System immer weiter zu verbessern. Das haben die Kinder und jungen Menschen wahrlich verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Mir liegt noch eine Wortmeldung des Kollegen Hinderer vor.

(Zuruf: Kleinböck!)

– Kleinböck, Entschuldigung. – Entschuldigung, ich habe Sie doch angeschaut und gemeint.

(Zuruf von der SPD: Die kann man mal verwechseln!
– Heiterkeit)

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Mit dem Bart? Irgendwie passt es nicht. Aber gut.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Kern, ich glaube, das, was Sie hier ausgeführt haben, ist ein Fehlschluss. Aber ich komme noch dazu. Wir werden ja im Mai noch Gelegenheit haben, über Ihren Ansatz und über Ihren Gesetzentwurf zur beruflichen Realschule zu reden. Da werde ich das auch noch im Detail ausführen.

Frau Boser, danke für den Hinweis. Es geht nicht nur um Geflüchtete, über die wir hier im Zusammenhang mit den VKL- und vor allem den VABO-Klassen reden. Wir haben zunehmend auch Zuwanderer, die hoch qualifiziert zu uns kommen und deren Kinder natürlich auch einen Sprachförderbedarf haben. Die sind eben auch in den VKL- und den VABO-Klassen.

Kollege Haser hat anerkannt, dass es dort eine gewisse Heterogenität gibt, mit der die Lehrerinnen und Lehrer umgehen. Welche Schulform wäre denn besser geeignet, diese Heterogenität aufzunehmen und anschließend in den Regelklassen die vorhandenen Kompetenzen zu nutzen, als die Gemeinschaftsschulen?

Kollege Baron, das, was Sie hier ausgeführt haben, will ich gar nicht groß kommentieren.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Eigentlich müsste man sagen: Thema verfehlt, setzen, Sechs. Das reicht eigentlich komplett.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Das war komplett daneben –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der CDU)

komplett daneben, weil Sie mit keiner Silbe überhaupt das Thema aufgegriffen haben, um das es hier geht.

Ich will noch mal deutlich machen, wo wir diese Ehrenamtlichen und vor allem auch die Lehrkräfte haben, die Deutschunterricht an den Schulen vermitteln. Das ist ja nicht nur das, was sich in den 1 165 Deputaten widerspiegelt, sondern es ist eben auch das, was in den beruflichen Schulen schon vorhanden ist. Wenn die Ministerin oder das Ministerium sagen, der Rest werde über die allgemeine Unterrichtsversorgung abgedeckt, dann bedeutet das doch auch, dass wir mal in die beruflichen Schulen blicken können. Kollege Röhm, Kollege Brauer, wir waren am vergangenen Samstag beim Technischen Lehrertag und haben dort erfahren, dass viele dieser technischen Lehrerinnen und Lehrer Deutschunterricht in den be-

ruflichen Schulen in den VABO-Klassen anbieten. Daher müssen wir da halt auch genauer hinsehen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Kleinböck, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch zwei Sätze zu unseren Forderungen.

(Zuruf von der CDU: Wir verzichten drauf!)

Ich will es kurz machen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Zeitmanagement: Sechs!)

Die Entfristung der 1 165 Stellen für die Lehrkräfte für Sprachförderung wäre für alle Schülerinnen und Schüler nützlich. Die VKL brauchen die 18 und die 25 Stunden plus die Ressourcen für die Förderung nach dem Übergang in die Regelklassen.

Ich will einen letzten Satz sagen. Der herkunftssprachliche Unterricht muss stärker in den Fokus genommen werden. Wir könnten beispielsweise im Rahmen eines Schulversuchs klären, wie ein staatlich verantwortetes und qualitativ hochwertiges Angebot an dieser Stelle sichergestellt werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Emil Sänze AfD: Das waren aber drei Sätze!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Wir können den Antrag Drucksache 16/1931 (Geänderte Fassung) für erledigt erklären, weil er ein reiner Berichtsantrag ist. – Damit sind Sie einverstanden.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. März 2019 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Dritten Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag – 3. GlüÄndStV) – Drucksachen 16/5894, 16/5908

Berichterstatter: Abg. Karl Zimmermann

Für diesen Tagesordnungspunkt ist keine Aussprache vorgesehen. Wir kommen daher direkt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Beschlussempfehlung. Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Innenausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Wir kommen morgen, Donnerstag, 4. April, um 9:30 Uhr wieder zusammen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:45 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen bei den Schriftführer/-innen und in verschiedenen Ausschüssen

Gremium	Funktion	scheidet aus (* mit Niederlegung des Mandats zum 31.03.2019)	tritt ein
	Schriftführer/-in	Felder*	Dr. Becker
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Felder*	Dr. Becker
Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration	stellvertretendes Mitglied	Felder*	Dr. Becker
Ausschuss für Finanzen	stellvertretendes Mitglied	–	von Eyb
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Mitglied	Felder*	Dr. Becker
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	–	Dr. Becker
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Felder*	Dr. Becker
Ausschuss für Soziales und Integration	stellvertretendes Mitglied	Felder*	Dr. Becker
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	stellvertretendes Mitglied	Felder*	Dr. Becker
Ausschuss für Europa und Internationales	Mitglied	Felder*	Dr. Becker
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Felder*	Dr. Becker

02.04.2019

Dr. Reinhart und Fraktion

Anlage 2

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

Nachwahl eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat

Es scheidet aus:

Frau Sylvia Felder

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Herr Abg. Dr. Alexander Becker

02.04.2019

Dr. Reinhart und Fraktion

Anlage 3

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung

Es scheidet aus:

Frau Sylvia Felder

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Herr Abg. Dr. Alexander Becker

02.04.2019

Dr. Reinhart und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

Nachwahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe

Es scheidet aus:

Frau Sylvia Felder

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Herr Abg. Dr. Alexander Becker

02.04.2019

Dr. Reinhart und Fraktion